

Beschlussvorlage

vom 16.11.2023

öffentliche Sitzung

**Handlungskonzept gegen Rassismus und
Rechtsextremismus im Landesprogramm NRWeltoffen**

Beratungsreihenfolge

Datum	Gremium
29.11.2023	Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Senioren und demographische Vielfalt (Vorberatung)
30.11.2023	Städteregionsausschuss (Entscheidung)

Beschlussvorschlag

Der Städteregionsausschuss beschließt das der Sitzungsvorlage 2023/0516 als Anlage beigefügte Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus für die StädteRegion Aachen als zukünftige Grundlage der Arbeit der Fachstelle gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in der StädteRegion Aachen.

Sachlage

Das Land Nordrhein-Westfalen hat zum 01.01.2017 mit dem Programm „NRWeltoffen“ eine Förderkulisse für die Entwicklung bzw. Fortschreibung eines Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus und Rassismus für Kreise und kreisfreie Städte geschaffen. Die StädteRegion Aachen hat einen Zuschlag im Rahmen des Programms erhalten. Der Städteregionstag hat das Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus am 13.12.2018 verabschiedet (vgl. SV-Nr.: 2018/0502).

Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind ernstzunehmende Bedrohungen für unsere Gesellschaft und unsere Demokratie. Sie haben in den letzten Jahren zugenommen und äußern sich in Form von Hass, Diskriminierung und Gewalttaten gegenüber Minderheiten und Andersdenkenden. Rechtsextremismus ist laut Bundesamt für Verfassungsschutz weiterhin eine der größten Bedrohungen für das friedliche Zusammenleben in der Gesellschaft. Zugleich werden rechte Strukturen und die Anhänger_innenschaft immer heterogener. Während sich ältere Strukturen auflösen, gehen Rechtsextreme gemeinsam mit Esoteriker_innen, Impfgegner_innen und Verschwörungsgläubigen auf die Straße. Insgesamt entwickelt sich diese Szene sehr dynamisch und verlagert ihre Schwerpunkte in der StädteRegion Aachen mittlerweile auf die Themen Ukrainekrieg und Nahostkonflikt. Zugleich macht die jüngste Welle antisemitischer Übergriffe in Folge der Terroranschläge der Hamas und des eskalierenden Nahostkonfliktes den Bedarf an Bildungs- und Beratungsangeboten mit migrationsgesellschaftlicher Perspektive deutlich.

Im Rahmen des Förderprogramms ist die regelmäßige Überarbeitung der Handlungskonzepte vorgesehen. Da das Konzept der StädteRegion Aachen noch aus der Förderphase 2017/18 stammte, wurde in den letzten Jahren ein

Handlungskonzept entwickelt, dessen Ziele, Themen und Maßnahmen sich an den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen orientieren und zugleich den sich wandelnden Anforderungen an die Verwaltung entsprechen. Das Handlungskonzept ist in die drei Themenfelder Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus unterteilt, wodurch auch letzterem Thema erstmals inhaltlich eine größere Rolle zukommt. Bei der Entwicklung des Konzeptes wurden Bürger_innen, Expert_innen, Institutionen und Organisationen auf verschiedene Weise einbezogen.

Um die im Handlungskonzept aufgeführten Handlungsempfehlungen möglichst praxisnah zu gestalten, wurden Workshops durchgeführt, in denen mit Mitgliedern der Fraktionen, Mitgliedern der Integrationsagenturen in der Region sowie Fachkräften der freien Wohlfahrt Empfehlungen erarbeitet wurden.

Im Rahmen der Überarbeitung des lokalen Handlungskonzepts haben sich die folgenden Handlungsfelder ergeben:

- Empfehlungen für den Bildungssektor und pädagogische Praxis
- Empfehlungen für die Verwaltung der StädteRegion Aachen
- Empfehlungen für die Zivilgesellschaft
- Empfehlungen für den Gesundheitssektor
- Empfehlungen für den Bereich Beratung, Unterstützung und Empowerment Betroffener

Aufgrund des Umfangs und der Komplexität des Handlungskonzeptes wurde eine gekürzte Version des Handlungskonzeptes angefertigt. Um einen möglichst niedrigschwelligen Zugang zu den Inhalten zu ermöglichen sind weitere Versionen in einfacher Sprache sowie in den am häufigsten in der StädteRegion vorkommenden Sprachen vorgesehen. Diese werden in den kommenden Monaten veröffentlicht.

Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure tragen mit einer Vielzahl von Maßnahmen, Projekten und Aktivitäten dazu bei, dass relevante Erscheinungsformen gesehen, gesellschaftlich reflektiert und diesen aktiv begegnet werden kann. Wirksame Prävention gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus braucht vor allem Aktivitäten und Engagement vor Ort. Hier setzt das Programm NRWeltoffen an, indem es die Kreise und Kommunen bei der nachhaltigen Entwicklung und Umsetzung präventiver Handlungskonzepte unterstützt. NRWeltoffen leistet einen wichtigen Beitrag zur Abstimmung und Vernetzung der Aktivitäten vor Ort.

Rechtslage

Die Umsetzung des Förderprogramms NRWeltoffen und die Entwicklung eines Handlungskonzepts sind freiwillige Aufgabe.

Personelle Auswirkungen

Siehe Finanzielle/bilanzielle Auswirkungen

Finanzielle/bilanzielle Auswirkungen

Die Personalaufwendungen für die befristete 1,0 Stelle sind im Haushaltsplanentwurf 2024 mit 72.940 € veranschlagt sowie im Basiswert des Personalbewirtschaftungskonzeptes berücksichtigt. Weiterhin sind die Landeszuweisungen in Höhe von 73.500 € veranschlagt. Die Stelle ist derzeit befristet bis zum 31.12.2023. Bei positiver Bescheidung über den Antrag für die Jahre 2024/2025 wird die Befristung bis 31.12.2025 verlängert.

Soziale Auswirkungen

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus muss als eine gesamtgesellschaftliche sowie auf Dauer angelegte Aufgabe verstanden werden. Aufgrund der aktuellen Geschehnisse weltweit und der daraus erwarteten Entwicklungen in Deutschland sind Programme wie „NRWeltoffen“ von besonderer Bedeutung. Das vorliegende Konzept bildet eine wichtige Grundlage für die Arbeit in diesem Bereich der kommenden Jahre. Dies kommt allen Menschen in der Region zugute.

Im Auftrag:
gez.: Dr. Ziemons

Anlage/n

1 - Handlungskonzept NRWeltoffen (öffentlich)

**#GEMEINSAM
ZUKUNFT
GESTALTEN**

Handlungskonzept

gegen Rechtsextremismus und Rassismus
für die StädteRegion Aachen



Kommunales
Integrationszentrum
StädteRegion Aachen



Inhalt

1 Einleitung	4
1.1 Entwicklung des Projekts NRWeltoffen – lokale Handlungskonzepte gegen Rassismus und Rechtsextremismus	4
1.2 Aktuelle Herausforderungen und Entwicklungen	5
1.3 Aufbau und Inhalt dieses Handlungskonzepts	6
2 Handlungsempfehlungen	8
2.1 Empfehlung für den Bildungssektor und die pädagogische Praxis	10
2.2 Empfehlungen für die Verwaltung der StädteRegion Aachen	13
2.3 Empfehlungen für die Zivilgesellschaft	17
2.4 Empfehlungen für den Gesundheitssektor	22
2.5 Empfehlungen für den Bereich Beratung, Unterstützung und Empowerment Betroffener	25
3 Ziel des Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus und Rassismus	27
4 Das erste Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus für die StädteRegion Aachen .	28
5 Vernetzung	29
5.1 Die Mitgliedschaft in der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR)	34
6 Organisierter Rechtsextremismus in der Städteregion Aachen	36
6.1 Definition: Rechtsextremismus	36
6.2 Die Entwicklung der rechten Szene in der Städteregion	36
6.3 Das Auftreten rechtsextremer Akteur_innen im Rahmen der Proteste gegen die Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus und sogenannter "Friedensdemos"	37
6.4 Sonstige Akteur_innen aus dem rechtsextremen und antidemokratischen Spektrum	38
6.5 Politisch motivierte Straftaten aus dem rechtsextremen Milieu	39
6.6 Rechtsextremismus und Radikalisierung im Netz	39
6.7 Fazit	40



7 Befragung: Rassismuserfahrungen in der StädteRegion Aachen	43
7.1 Begriffsklärung und theoretischer Rahmen: Rassismus	43
7.2 Methodik und Forschungsstand	44
7.3 Zielgruppe und Stichprobe	45
7.4 Forschungsfragen	46
7.5 Auswertung der Umfrageergebnisse	46
7.5.1 Allgemein-personenbezogene Daten	46
7.5.2 Religionszugehörigkeit	46
7.5.3 Angaben zu persönlichen Rassismuserfahrungen.....	46
7.5.4 Erfahrungen mit Behörden und Ämtern	48
7.5.5 Persönlicher Umgang mit Rassismus	48
7.5.6 Reaktionen auf rassistische Diskriminierungserfahrungen durch Dritte	49
7.5.7 Unterstützung durch Dritte	49
7.5.8 Gründe für die Zu- oder Abnahme rassistischer Diskriminierungserfahrungen aus Sicht der Befragten	50
7.5.9 Wünsche an die Städtereion Aachen	51
7.6 Ergebnisdiskussion	52
7.6.1 Zusammenfassung der Ergebnisse	52
7.6.2 Interpretation der Ergebnisse	53
8 Antisemitismus – Grundlagen und Handlungsempfehlungen	55
8.1 Begriffsklärung: Antisemitismus.....	56
8.2. Gespräch mit Stephan Grigat „Antisemitismus ist immer eine Form der Krisenbewältigung“ vom 26.01.2023.....	59
9 Schluss	64
10 Literaturverzeichnis	65



1 | Einleitung

1.1 Entwicklung des Projekts NRWeltoffen – lokale Handlungskonzepte gegen Rassismus und Rechtsextremismus

Rechtsextreme Parteien sind in ganz Europa auf dem Vormarsch. Auch in Deutschland nennt der Verfassungsschutz zahlreiche Beispiele für rechtsextreme Tendenzen und Parteien.

Rechtsextremismus und Rassismus sind nach wie vor ernstzunehmende Bedrohungen für unsere Gesellschaft und unsere Demokratie. Beide Phänomene haben in den letzten Jahren zugenommen und äußern sich in Form von Hass, Diskriminierung und Gewalttaten gegenüber Minderheiten und Andersdenkenden. Wir müssen uns diesen Herausforderungen stellen und konkrete Maßnahmen ergreifen, um Rechtsextremismus und Rassismus entschlossen zu bekämpfen.

Dieses Handlungskonzept ist ein erster Schritt in diese Richtung. Es soll dazu beitragen, die Ursachen von Rechtsextremismus und Rassismus zu verstehen und gezielte Maßnahmen zu entwickeln, um beiden Phänomenen entgegenzuwirken. Dazu gehören Maßnahmen wie Prävention, Intervention und Strafverfolgung, aber auch die Förderung von Bildung und vielfältigen Dialogen.

Wir sind der Überzeugung, dass nur ein ganzheitlicher Ansatz und eine gemeinsame Anstrengung aller gesellschaftlichen Akteur_innen erfolgreich sein werden.

Mit dem Beschluss vom 27.10.2016 hat sich die StädteRegion Aachen für die Teilnahme am Landesförderprogramm „NRWeltoffen – Lokale Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ entschieden. Das Projekt ist seitdem im Kommunalen Integrationszentrum (A 46) der StädteRegion Aachen verortet.

Das Kommunale Integrationszentrum engagiert sich im Namen der städteregionsinternen Einrichtungen gegen Rassismus und Rechtsextremismus, um durch

die Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung und die Vernetzung mit anderen Akteur_innen ein friedvolles und offenes Miteinander zu fördern.

Bereits seit dem Jahr 2000 wird das Programm „Miteinander in der StädteRegion – für Vielfalt, Teilhabe und Empowerment“ aus Eigenmitteln der StädteRegion Aachen finanziert. 2012 hat der StädteRegionstag den Projektstatus von „Miteinander“ aufgehoben und es damit als festen Bestandteil der Arbeit gegen Rassismus etabliert. „Miteinander“ möchte die Bewohner_innen der StädteRegion zum Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus motivieren. Bei „Miteinander“ liegt die niedrigschwellige Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen durch die Bereitstellung entsprechender Fördermittel sowie die Beratung ebendieser Organisationen im Vordergrund. Zudem möchte „Miteinander“ von Rassismus und Diskriminierung betroffene Menschen in ihrem Engagement stärken.

Das Projekt „NRWeltoffen – lokale Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus“ unterstützt und berät die Kommunen bei der Auseinandersetzung mit den Themen Rechtsextremismus und Rassismus. Es hat dabei zum Ziel, wirksame Handlungsstrategien gegen beide Phänomene zu entwickeln und diese gleichzeitig an die konkreten Bedarfe der Kommunen anzupassen. Die StädteRegion Aachen möchte bei der Erstellung selbiger Handlungsstrategien sukzessive die Perspektive von Menschen, die von Rassismus und Antisemitismus betroffen sind oder sein können, vermehrt in den Fokus rücken. Ziel ist es, ebendiesen Gruppen die Möglichkeit einer Mitgestaltung zu bieten, entsprechend die Wünsche und Bedarfe zu analysieren und etwaige Maßnahmen in der Region umzusetzen.

Zur Analyse dieser Bedarfe wurden im Rahmen des Projekts bereits im Jahr 2017 verschiedene zivilgesellschaftliche Akteur_innen zu den Themen Rassismus und Rechtsextremismus vor Ort befragt. Beruhend auf den Ergebnissen wurde das erste Handlungskonzept

gegen Rechtsextremismus und Rassismus für die StädteRegion Aachen erstellt. Bei der damaligen Erhebung handelte es sich um eine qualitative Befragung anhand von Leitfadeninterviews.

Im Herbst 2021 wurde zur Weiterentwicklung des Handlungskonzepts eine Online-Befragung durchgeführt, an der in der StädteRegion Aachen lebende Menschen mit internationaler (Familien-)Geschichte teilgenommen haben. Die Zielgruppe wurde anhand einer quantitativen Methode in Kombination mit drei qualitativen Fragestellungen zu ihren Rassismuserfahrungen befragt und darüber hinaus gebeten, Vorschläge für den Umgang mit Rassismus und Rechtsextremismus in der StädteRegion Aachen zu formulieren.² Anhand der Ergebnisse konnte ermittelt werden, in welchen Sektoren gegenwärtig ein erhöhter Bedarf an Maßnahmen und Initiativen gegen Rechtsextremismus und Rassismus besteht und wie dem aus der Perspektive von Rassismus betroffenen Menschen entgegen gewirkt werden sollte.

Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus gefährden nachweislich die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Der Bedarf an Präventions-, Aufklärungs- und Deradikalisierungsarbeit ist kontinuierlich gegeben und die entsprechenden Maßnahmen sollten weitergeführt und ausgebaut werden. Neben den Kontinuitäten nationalistischer Tendenzen ist auch auf die historische Konstanz rechter Gewalt hinzuweisen.

Angesichts der Komplexität gegenwärtiger rechtsextremer Entwicklungen, zeigt sich die Notwendigkeit vielfältiger Gegenmaßnahmen, sowohl durch staatliche und politische Initiativen, als auch durch den Einsatz der Zivilgesellschaft. Die Zunahme rassistischer, antisemitischer und Demokratie delegitimierender Narrative in der Gesamtgesellschaft erfordern die dringende Sicherung und Vernetzung bestehender Strukturen in den Kommunen, Städten und bundesweit.

Das Bundeskriminalamt berichtet im Mai 2023, dass die Anzahl politisch motivierter Straftaten im Themenfeld „Hasskriminalität“ 2022 im Gegensatz zum Vorjahr um 9,70% zugenommen haben.³ Hasskriminalität meint „Straftaten, die durch gruppenbezogene Vorur-

teile motiviert begangen werden.“⁴ Politisch motivierte Straftaten, die dem Spektrum „rechts“ zugeordnet werden, sind im Gegensatz zu 2021 um 6,96% gestiegen.⁵ Insgesamt konnten im Jahr 2022 in der Bundesrepublik 23.493 rechts motivierte Straftaten durch das Bundeskriminalamt erfasst werden.⁶ Die Zunahme dieser Straftaten wird „mit den Themenzusammenhängen ‚COVID-19/ Corona-Pandemie‘, ‚Ukraine‘ sowie ‚Versorgungssengpass‘“ begründet.⁷ Die Bedeutung dieser Aspekte zeigt sich auch im Rahmen der in diesem Handlungskonzept vorgenommenen Ausgangsanalyse.

Das lokale Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus für die StädteRegion Aachen will einen Beitrag dazu leisten, Menschen im Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu unterstützen, Rassismus erkennen und benennen zu können, diesen abzubauen und von Rassismus betroffene Menschen zu stärken.

1.2 Aktuelle Herausforderungen und Entwicklungen

Rechtsextremismus bleibt laut Bundesamt für Verfassungsschutz eine der größten Bedrohungen für das friedliche Zusammenleben in der Gesellschaft. Zudem werden laut des Verfassungsschutzberichtes rechte Strukturen und deren Anhänger_innenschaft in Deutschland zunehmend heterogener.⁸ Dies bildet sich auch in der StädteRegion ab. Viele ursprüngliche Strukturen haben sich weitestgehend aufgelöst, gleichzeitig gehen rechtsextreme Akteur_innen gemeinsam mit Esoteriker_innen, Impfgegner_innen und Verschwörungsgläubigen auf die Straße.⁹ Dem entsprechend herausfordernd ist es, Akteur_innen aus dem rechten Spektrum diesem eindeutig zuzuordnen und angemessen darauf zu reagieren. Zudem ist anzumerken, dass im Zeitraum der Erstellung dieses Handlungskonzepts eine sehr hohe Dynamik in der Szene vorherrscht und sich die Schwerpunkte und Aktionsradien der Rechtsextremen in der StädteRegion Aachen fast wöchentlich verändern und sich mittlerweile dem Thema Ukraine-Krieg zuwenden.¹⁰ Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung greifen Rechtsextreme sowohl in der

² S. hierzu Kapitel 7

³ Vgl. BKA 2023

⁴ Vgl. Ebd.,⁵ Vgl. Ebd., ⁶ Vgl. Ebd., ⁷ Ebd.

⁸ Vgl. ebd.

⁹ S. hierzu das erste lokale Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus der StädteRegion Aachen (2018).

¹⁰ Vgl. Klarmann 2022, S. 1

analogen als auch in der digitalen Welt den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine als Thema für ihre Ideologie auf.

Mittels der Instrumentalisierung politischer und medialer Themen, die ein erhöhtes Konfliktpotential bieten, gelingt es der extremen Rechten zunehmend, die Anschlussfähigkeit an bürgerliche Kreise erfolgreich für sich zu nutzen. Die Aktionen einiger Kritiker_innen der Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie¹¹ und hiermit zusammenhängende verschwörungstheoretische Narrative, manifestieren sich daher in einem zunehmend radikalen Protestgeschehen, welches von einem der „Demokratiedistanz unterlegen[en, Erg. d. Autorin], überwiegend rechtsaffinen Radikalisierungsgeschehen [...] unterwandert wird.“¹²

Die in diesem Handlungskonzept vorgenommene Analyse geschieht zu einer hochdynamischen Zeit, die für viele Menschen von Zukunftsängsten und wirtschaftlicher Unsicherheit geprägt ist. Die Vielfalt gegenwärtiger Krisen reicht von einer weltweiten Pandemie und der daraus resultierenden Politik über den Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 bis hin zu einer weltweiten Klimakrise. Zudem ist die StädteRegion Aachen nach wie vor von den Folgen der Flutkatastrophe im Juli 2021 betroffen, die sich deutlich auf die Kommunen und die Lebenswelten vieler Bewohner_innen auswirken. Die gegenwärtigen globalen und lokalen Krisen können zu unsicheren Zukunftserwartungen und Verlustängsten führen, was sich im aktuellen Protestgeschehen, der zunehmenden (Online-)Radikalisierung und neuen politischen Phänomenen widerspiegelt.¹³

Dieses Handlungskonzept wurde vor den Terroranschlägen der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023 fertiggestellt. Zum Zeitpunkt der Drucklegung zeichnete sich eine Eskalation des Nahostkonfliktes ab. Diese Entwicklungen konnten im Handlungskonzept nicht mehr berücksichtigt werden.

Die rechtsextreme Szene lebt heute mit und von ihrer Heterogenität. Auch in der StädteRegion zeigt sich das politische Spektrum rechts der Union in einem stetigen Wandel.¹⁴ Eine besondere Herausforderung bei

der Erstellung und Umsetzung dieses Handlungskonzepts stellt die räumliche Ausdehnung der StädteRegion Aachen dar. Bei der Arbeit gegen Rassismus und Rechtsextremismus im ländlichen Raum begegnen wir teilweise großen räumlichen Distanzen und unterschiedlich ausgeprägten Handlungsbedarfen in den jeweiligen Kommunen. Umso wichtiger sind die Vernetzung mit den bestehenden kommunalen und überregionalen Strukturen sowie die Analyse und Beobachtung durch entsprechende Fachstellen wie die Koordinationsstelle des Projekts NRWtoffen.

1.3 Aufbau und Inhalt dieses Handlungskonzepts

Im ersten Teil dieses Handlungskonzepts werden konkrete Handlungsempfehlungen gegen Rassismus und Rechtsextremismus sowie Antisemitismus für die StädteRegion Aachen aufgeführt.

Dieses Handlungskonzept orientiert sich an gegenwärtigen Bedarfen: Es ist ein Appell an uns alle in der StädteRegion Aachen, unser friedliches gesellschaftliches Zusammenleben nicht als Selbstverständlichkeit anzusehen, sondern aktiv dafür einzustehen und betroffene Menschen besonders zu schützen. Die sich mithilfe der Analyse der Ausgangssituation in der StädteRegion Aachen ergebenden Handlungsfelder werden im ersten Teil des Handlungskonzepts benannt.

Die folgenden Handlungsfelder werden bearbeitet:

- » Empfehlungen für den Bildungssektor und die pädagogische Praxis
- » Empfehlungen für die Verwaltung
- » Empfehlungen für die Zivilgesellschaft
- » Empfehlungen für den Gesundheitssektor
- » Empfehlungen für den Bereich Beratung, Unterstützung und Empowerment Betroffener

Im Anschluss an die Handlungsempfehlungen folgt eine ausführliche Untersuchung der bestehenden Bedarfe in der StädteRegion Aachen. Hierzu wird zunächst die Zielsetzung dieses aktualisierten Handlungskonzepts erläutert. Im Anschluss wird ein Rück-

¹¹ „Seit dem Jahreswechsel 2019/2020 kursiert weltweit das SARS-Coronavirus-2 (SARS-Cov-2), welches der Erreger der Krankheit Covid-19 (Corona Virus Disease 2019) ist“ (Robert-Koch-Institut 2021). Am 30. Januar wurde der Ausbruch des Coronavirus durch die WHO zu einer internationalen gesundheitlichen Notlage erklärt und es wurden vielfältige staatliche Maßnahmen zur Eindämmung der Infektionsraten eingeführt

(z. B. Schließung bestimmter Bereiche des Einzelhandels, die Verpflichtung zum tragen von Atemmasken in öffentlichen Bereichen usw.).

¹²Kemmesies et al. 2022

¹³Vgl. Kemmesies et. Al. 2022, S. 10

¹⁴Vgl. Klarmann 2022/ Kapitel 6

blick in das erste Handlungskonzept der StädteRegion Aachen, welches 2017 verabschiedet wurde, unternehmen, um zu verdeutlichen, welche neuen Herausforderungen heute bestehen und welche Phänomenbereiche und Handlungsbedarfe beinahe unverändert andauern.

Darauffolgend wird die Ausgangssituation in der StädteRegion Aachen dargestellt: ein wichtiger Aspekt in der Arbeit gegen Rassismus und Rechtsextremismus ist die Vernetzung und Abstimmung der bestehenden Strukturen, um die vorhandenen Ressourcen sinnvoll einzusetzen und zu nutzen. Diese Vernetzung reicht von lokalen Netzwerkpartner_innen (z. B. Vereine, Programme, wichtige lokale Akteur_innen) über die Landesebene (z. B. die Vernetzung mit den NRWtoffen-Standorten NRW) bis hin zur Bundesebene (z. B. das Netzwerk „Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage“) und zur europäischen Ebene (über die Mitgliedschaft in der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus).

Anschließend erfolgt die Ausgangsanalyse im Hinblick auf das Thema Rechtsextremismus in der StädteRegion Aachen. Mithilfe der letzten beiden Verfassungsschutzberichte, einer Recherche des Fachjournalisten Michael Klarmann sowie einer einschlägigen Literaturrecherche wird die aktuelle Situation, Zusammensetzung und Dynamik der rechtsextremen Szene in der StädteRegion Aachen dargestellt. Hierbei wird zudem deutlich gemacht, wie Rechtsextreme politische Leerstellen für sich nutzen und inwiefern sich die rechtsextreme Szene heute deutlich heterogener zusammensetzt als es noch vor wenigen Jahren der Fall war.

Um das Thema Rassismus in diesem Handlungskonzept zu bearbeiten, wurde eine Online-Befragung in der StädteRegion Aachen durchgeführt. Es wurde ermittelt, in welchen Bereichen des alltäglichen Lebens Menschen mit internationaler (Familien-)Geschichte Rassismuserfahrungen machen, welche Auswirkungen diese haben und was aus Sicht der befragten Gruppe von der StädteRegion Aachen gegen Rassismus getan werden sollte. In Kapitel 7 wird der Rassismusbegriff, der in diesem Handlungskonzept verwen-

det wird, zunächst definiert und anschließend die Befragung (Methodik, Stichprobe) sowie die Ergebnisse der Befragung (Auswertung, Ergebnisdiskussion) dargestellt.

Da das Thema Antisemitismus nicht durch die Befragung abgebildet werden konnte, wurde ein Experteninterview mit Stephan Grigat, Professor für Theorien und Kritik des Antisemitismus und Leiter des Centrums für Antisemitismus- und Rassismusstudien (CARS) in Aachen, geführt und entsprechende Handlungsempfehlungen für das Themenfeld Antisemitismus formuliert.



2 | Handlungsempfehlungen

Die folgenden Handlungsempfehlungen sollen einen Orientierungsrahmen für alle Akteur_innen in der StädteRegion Aachen sowie für die Ämter der Städte-Region selbst bilden.

Die Handlungsempfehlungen sind konkrete Interventionsvorschläge, welche als Reaktion auf die dargestellte Problemlage erarbeitet wurden.

Neben diesen konkreten Maßnahmen werden an dieser Stelle gemeinsame übergeordnete Leitlinien formuliert, die die Arbeit gegen Rassismus und Rechtsextremismus prägen sollten. Diese bilden einen Orientierungs- und Reflexionsrahmen für die Arbeit gegen Rassismus und Rechtsextremismus:

Kontinuität: Rechtsextreme, antisemitische und rassistische Gewalt sind keine neuen oder temporären Phänomene, sondern sie treten immer wieder und in unterschiedlicher Ausprägung auf. Maßnahmen, Projekte und Programme dürfen dementsprechend nicht nur dann ausgeführt und konzipiert werden, wenn diese Form der Gewalt sich offen zeigt, sondern sie müssen kontinuierlich und unbefristet stattfinden. Die StädteRegion Aachen setzt sich für eine langfristige Umsetzung von entsprechenden Maßnahmen ein.

Einbezug diverser migrantischer Perspektiven: Bei Themen, die unmittelbar im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Ungleichheiten stehen, können durch die Teilung einer möglichen Einflussnahme Privilegien umverteilt werden. Damit ist gemeint, dass bei Fragen nach der Veränderung gesellschaftlicher Ungleichheiten die Perspektive benachteiligter, also betroffener Menschen vermehrt einbezogen werden muss, damit die Deutungshoheit zu ebendiesen Themen den Betroffenen zukommt. Wenn die Perspektiven der diskriminierten Gruppe nicht oder nur marginal einbezogen werden, kann dies eine Reproduktion und Festigung bestehender Dominanz- und Machtverhältnisse bedeuten.

Haltung zeigen: Rassismus und Rechtsextremismus bedrohen die freiheitlich-demokratische Grundordnung und sind mit Diskriminierungsmechanismen

verbunden. Die StädteRegion Aachen muss sich sowohl auf der Ebene der Verwaltung, als auch der Ebene der Politik für die Einhaltung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), welches Diskriminierungen jeder Art verbietet und die Einhaltung der Gleichbehandlung aller Menschen fordert, einsetzen. Demgemäß sind die Mitarbeiter_innen und Entscheidungsträger_innen der StädteRegion Aachen dazu angehalten, Haltung zu zeigen und sich öffentlich gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus zu positionieren.

Reflektieren und sensibilisieren: Menschen, die nicht von Rassismus betroffen sind, haben aufgrund dessen bestimmte soziale, politische, kulturelle und wirtschaftliche Privilegien, unabhängig davon, wie sie persönlich zu rechtsextremen oder rassistischen Weltanschauungen stehen. Jeder Mensch ist dazu angehalten, die eigene Position und die eigenen Privilegien in unserer heutigen Gesellschaftsordnung sowie eigene rassistische Wissensbestände zu reflektieren, um diesen entgegenzuwirken. Wir alle tragen Vorurteile in uns und sollten uns das ständig ins Bewusstsein rufen.

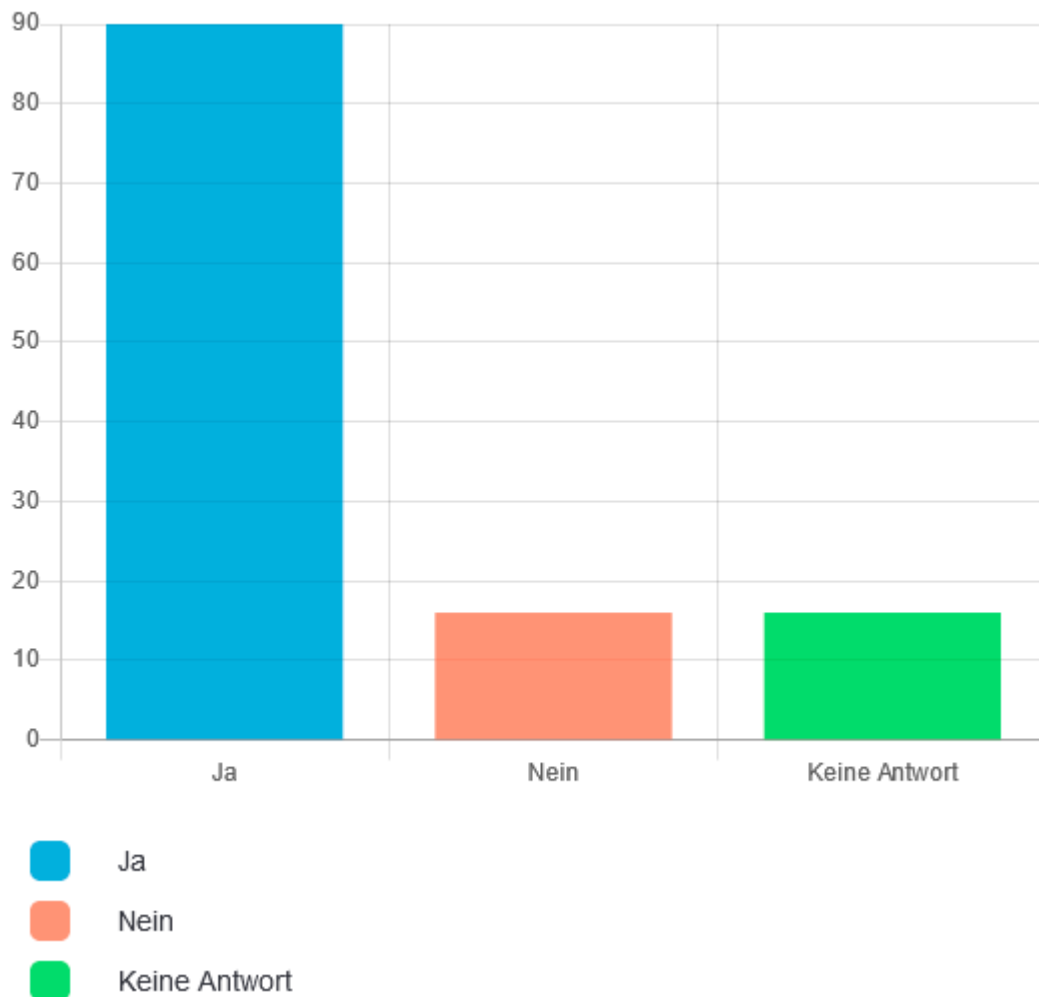
Erkennen, analysieren und informieren: Rechtsextreme, Antisemit_innen und Rassist_innen nutzen sowohl online als auch im realen Leben propagandistische Mittel und rassistische Vorurteile, um Menschen für ihre Zwecke zu mobilisieren. Damit die Menschen in der StädteRegion dafür weniger anfällig sind, sollten sie darin geschult sein, solche Strategien und rassistische Vorurteile zu erkennen. Hierzu können politische und schulische Bildung einen wichtigen Beitrag leisten. Ebenso sind entsprechende Fachstellen dazu angehalten, rechtsextreme und antisemitische Tendenzen zu beobachten und über diese zu informieren.

Einnahme einer intersektionalen Perspektive: Intersektionalität ist ein Konzept, das die verschiedenen Dimensionen von sozialer Ungleichheit und Diskriminierung berücksichtigt und ihre Wechselwirkungen miteinander untersucht. Es geht davon aus, dass individuelle Identitäten und Erfahrungen nicht auf eine einzige Dimension reduziert werden können, sondern dass sie sich aus einer komplexen Verbindung ver-

schiedener Faktoren formen. Zu den Kategorien, auf die sich Intersektionalität bezieht, gehören beispielsweise Alter, Gender, „Rasse“, Klasse, sexuelle Orientierung, Behinderung, Religion, Ethnizität und viele weitere Merkmale, die das Leben und die Erfahrungen einer Person prägen können. Durch die Berücksichti-

gung dieser Kategorien ermöglicht Intersektionalität eine umfassendere Analyse sozialer Ungleichheit und Diskriminierung. Indem wir intersektionale Perspektiven einbeziehen, können wir die Erfahrungen und Herausforderungen marginalisierter Gruppen besser verstehen.

Haben Sie in Ihrem Leben rassistische Diskriminierungserfahrungen gemacht?

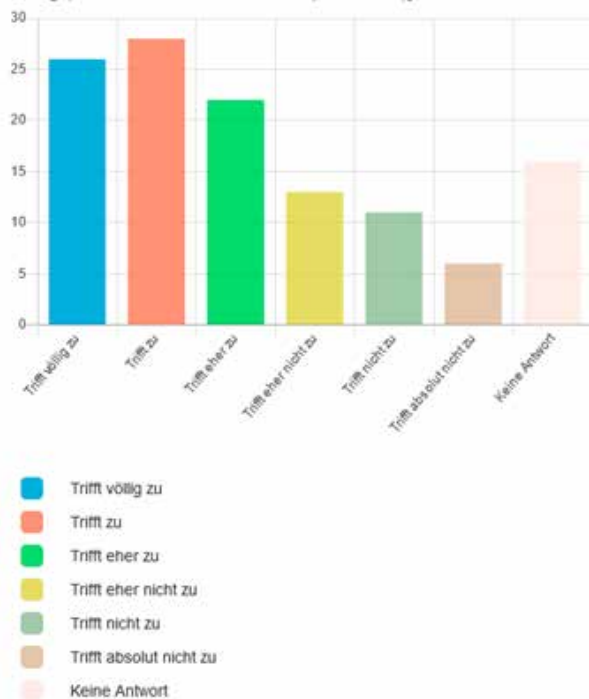


Im Rahmen der 2021 in der StädteRegion durchgeführten Befragung konnten 122 Personen zu ihren Rassismuserfahrungen befragt werden. In dieser Abbildung zeigt sich bereits deutlich, dass der Großteil der Befragten angibt, in ihrem Leben Rassismuserfahrungen gemacht zu haben.

Im Folgenden werden wichtige Ergebnisse aus der Umfrage skizziert, die den Bedarf an entsprechenden Gegenmaßnahmen verdeutlichen und passende Handlungsziele sowie -empfehlungen formuliert.

2.1 Empfehlung für den Bildungssektor und

In welchem Umfeld haben Sie diese Erfahrungen gemacht?
[Bildung (Kita, Schule, Universität, Sprachkurs)]



die pädagogische Praxis

"Educate people on racism. Make people aware of what is wrong and offensive".
(Aus den Antworten der Befragung)

Wie in der Abbildung ersichtlich, stimmen 62,29% der in der StädteRegion Aachen befragten Menschen der Aussage zu (trifft völlig zu: 21,31%, trifft zu: 22,95%, trifft eher zu: 18,03%), dass sie im Bildungssektor rassistisch diskriminiert wurden. Zudem wird in einem der Freifelder¹⁵ der Wunsch nach einer Sensibilisierung der Zivilgesellschaft durch Bildungsangebote deutlich.

Der Afrozensus, eine erste große Befragung zu Schwarzen Lebensrealitäten in Deutschland, konnte im Jahr 2020 3380 Menschen zu den Themen Rassismus und Diskriminierungserfahrungen befragen.¹⁶ In den Ergebnissen dieser Studie zeigt sich ebenfalls ein hohes Vorkommen rassistischer Diskriminierungserfahrungen im Bildungssektor: 81,1% der Befragten

geben an, im Bildungssystem Diskriminierungserfahrungen gemacht zu haben.¹⁷ 88,5% geben außerdem an, dass nach Einschätzung der Befragten die Diskriminierung aufgrund der sog. "ethnischen Herkunft" und bei 79,8% der Befragten aufgrund der "Hautfarbe" stattgefunden hat.¹⁸

Bildung ist einer der relevantesten Lebensbereiche, in dem über Rassismus aufgeklärt wird. Gleichzeitig finden sich auch in diesem Sektor rassistische Strukturen, Abläufe sowie Einzelpersonen, die nicht ausreichend für das Thema Diversität und die Gefahren rassistischer Diskriminierungen für betroffene Schüler_innen sensibilisiert sind. Umso wichtiger ist es, sowohl Schüler_innen als auch Lehrkräfte dazu zu ermutigen, sich mit den eigenen, meist unbewussten rassistischen Denkweisen auseinanderzusetzen und diesen entgegenzuwirken. Diese Auseinandersetzung muss prozesshaft und langfristig in den Bildungseinrichtungen verankert werden, um eine grundlegende Veränderung zu erwirken.

Wichtig ist, dass insbesondere nicht-betroffene Menschen für Vorurteile und Rassismus sensibilisiert werden. Daher ist die rassismuskritische Bildung entlang der Bildungskette, ebenso wie im Erwachsenenalter, von großer Relevanz. Im Kommunalen Integrationszentrum betreut und berät der Fachbereich "Integration durch Bildung" die Schulen in der StädteRegion Aachen in Bezug auf rassismuskritische Bildung, vorurteilsbewusstes Lernen und diversitätssensible Bildung. Dabei werden sowohl die Schüler_innen als auch die pädagogischen Fachkräfte angesprochen. Zur rassismuskritischen Bildung der Gesellschaft gehört zudem die Erwachsenenbildung. Insbesondere die Volkshochschulen in der StädteRegion leisten hierbei einen wichtigen Beitrag. Die Volkshochschulen bieten jährlich ein vielfältiges Kursangebot an, beteiligen sich an den bundesweiten Aktionswochen gegen Rassismus und an der Implementierung einer historisch-politischen Bildung und Erinnerungskultur.

Ebenso wichtig ist aber auch die Stärkung und Befähigung betroffener Schüler_innen und Lehrkräfte, beispielsweise in Form von Empowerment-Workshops und der Einrichtung von Stellen, an die sie sich bei Ras-

¹⁵ S- Kapitel 7.4.2

¹⁶ Afrozensus 2020, S. 169

¹⁷ Vgl. ebd.

¹⁸ Vgl. ebd.

sismusvorfällen wenden können.

Neben Bildungsinstitutionen spricht dieses Handlungskonzept auch Einrichtungen der Kulturellen Bildung, wie Museen, Bibliotheken und Kulturzentren an.

Aus den in diesem Handlungskonzept gewonnenen Erkenntnissen ergeben sich die folgenden Handlungsempfehlungen:

Ziel:

Bildungseinrichtungen (Kita, Schule, Weiterbildung) in der StädteRegion Aachen verpflichten sich zu einer aktiven Auseinandersetzung mit den Themen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung mit dem Ziel, allen in der Einrichtung lehrenden und lernenden Menschen ein möglichst diskriminierungsfreies bzw. diskriminierungssensibles Umfeld zu bieten.

Die koordinierende Fachstelle empfiehlt, dass...

- » Bildungseinrichtungen (insbes. Kitas und Schulen) bei der Entwicklung einer gemeinsamen Haltung gegen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung unterstützt werden.
- » die Arbeit mit den "Schulen ohne Rassismus - Schulen mit Courage" in der StädteRegion Aachen intensiviert wird.
- » regelmäßig Workshops, Schulungen und Fortbildungsformate für alle in Bildungseinrichtungen tätigen Fachkräfte angeboten werden und diese über Angebote von externen Kooperationspartner_innen informiert werden.
- » Lehrkräfte und Schulsozialarbeitende zum spezifischen Thema Antisemitismus geschult werden, um diesen erkennen und ihm entsprechend entgegenwirken zu können.
- » die Schüler_innen(-vertretungen) der Schulen in der StädteRegion Aachen bei der Auseinandersetzung mit den Themen Rassismus und Rechtsextremismus unterstützt und Multiplikator_innen innerhalb der Schüler_innenschaft zu einem angemessenen Umgang mit Rassismus und Antisemitismus befähigt werden.
- » Bildungseinrichtungen in die Planung und Ausrichtung der jährlichen Aktionswochen gegen

Rassismus einbezogen werden.

- » Kindertageseinrichtungen bei der diversitätssensiblen Öffnung unterstützt werden und die Teilnahme an Programmen wie "Rucksack KiTa" und "Griffbereit" in der StädteRegion Aachen weiter ausgebaut wird.
- » Bildungseinrichtungen geschulte Ansprechpersonen (bspw. Vertrauenslehrer_innen) benennen, an die sich Betroffene im Falle von Diskriminierungen wenden können.
- » Kooperationen mit den Ausbildungsstätten für Erzieher_innen, Sozialarbeiter_innen und Lehrer_innen angestrebt und antisemitismus- und rassismuskritische Lehrformate in der Ausbildung von pädagogischen Fachkräften perspektivisch fest verankert werden.

Ziel:

Die Bewohner_innen der StädteRegion Aachen setzen sich mit der Geschichte Deutschlands und der damit verbundenen Verantwortung auseinander. Dabei werden die Angebote der bereits etablierten Erinnerungskultur durch migrationsgesellschaftliche und jüdische Perspektiven erweitert und ergänzt.

Die Koordinierende Fachstelle empfiehlt, dass...

- » außerschulische Lernorte bei der migrationsgesellschaftlichen und rassismuskritischen Öffnung unterstützt und verschiedene Perspektiven bei Geschichtserzählungen gemeinsam mit den Einrichtungen erarbeitet werden. Hierbei sollen vor allem bislang marginalisierte Perspektiven (z. B. zu Kolonialismus, Gastarbeit, rassistische Gewalt) einbezogen werden.
- » sowohl in den Schulen als auch in Institutionen der historisch-politischen Bildung, (junge) Menschen (weiterhin) zur Auseinandersetzung mit der deutschen und europäischen Gewaltgeschichte im Rahmen von Kolonialismus, Shoa und Weltkriegen angeregt und dazu ermutigt werden, Verantwortung für die Vergangenheit und das Erinnern zu übernehmen.

Ziel:

Ein differenziertes Wissen, insbesondere über den Islam und das Judentum, wird vermittelt. Dabei werden Vorurteile, Zerrbilder und Vorstellungen von Kultur, Religiosität und ethnischer Herkunft kritisch reflektiert, dekonstruiert und abgebaut.

Die koordinierende Fachstelle empfiehlt, dass...

- » Institutionen der (Erwachsenen-)Bildung Angebote entwickeln, mit denen ein Bewusstsein für Vorurteile (insbesondere gegenüber Religionen und Kulturen) geschaffen wird und Strategien zur Bekämpfung von Antisemitismus und Rassismus, aber auch zum Umgang mit Rassismus im Alltag, vermittelt werden.
- » gemeinsam mit externen Partner_innen (z. B. "Wegweiser - gemeinsam gegen Islamismus", lokale Religionsgemeinschaften) Formate zur Vermittlung eines differenzierten Bildes der Weltreligionen angeboten und umgesetzt werden.
- » Formate entwickelt werden, die gegen (rechts) populistische Propaganda, Hetze und Fake-News - insbesondere in den (Sozialen) Medien - sensibilisieren und Methoden eröffnen, sich gegen diese zu positionieren (z. B. durch Argumentationstrainings).

Ziel:

Den Bildungseinrichtungen in der StädteRegion Aachen stehen Medienbestände zu den Themen Rassismus, Rechtsextremismus und Diversität zur Verfügung.

Die koordinierende Fachstelle empfiehlt, dass...

- » allen Interessierten Medienkoffer zur Ausleihe zur Verfügung gestellt werden. Die in den Koffern enthaltenen Materialien (z. B. Fachliteratur, Unterrichtsmaterialien, Spiele, Übungen) zu den Themen Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus und Diversität werden regelmäßig aktualisiert. Ebenso werden Referent_innenlisten bereitgestellt.
- » eine Kooperation mit dem Euregionalen Medienzentrum in diesem Kontext zukünftig angestrebt wird.
- » der aktuelle wissenschaftliche Diskurs als Leitbild für die Arbeit gegen Rassismus, Antisemitismus



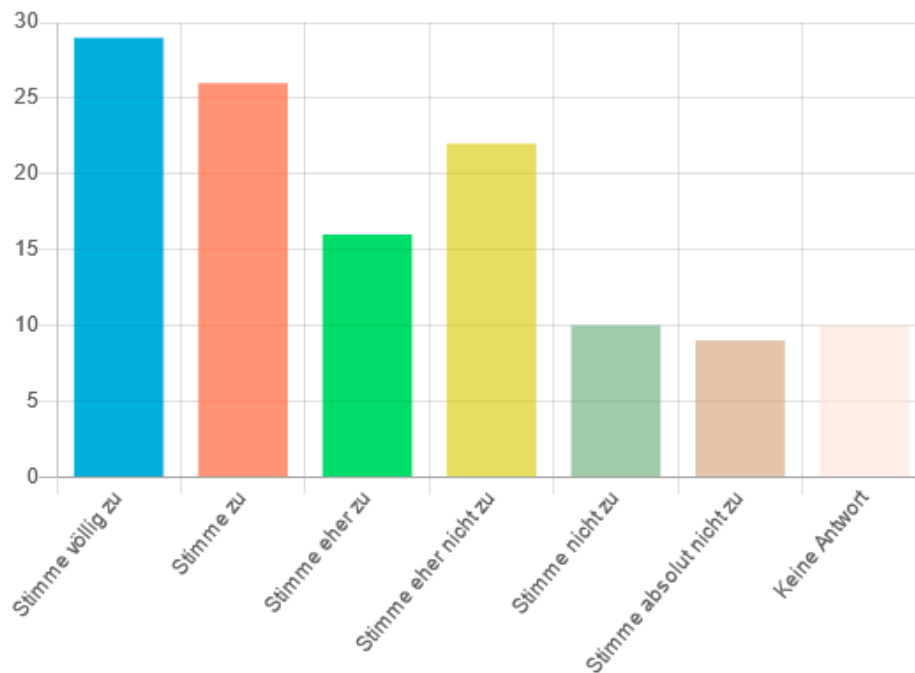
2.2 Empfehlungen für die Verwaltung der StädteRegion Aachen

Was wünschen Sie sich von der StädteRegion Aachen im Hinblick auf das Thema Rassismus?

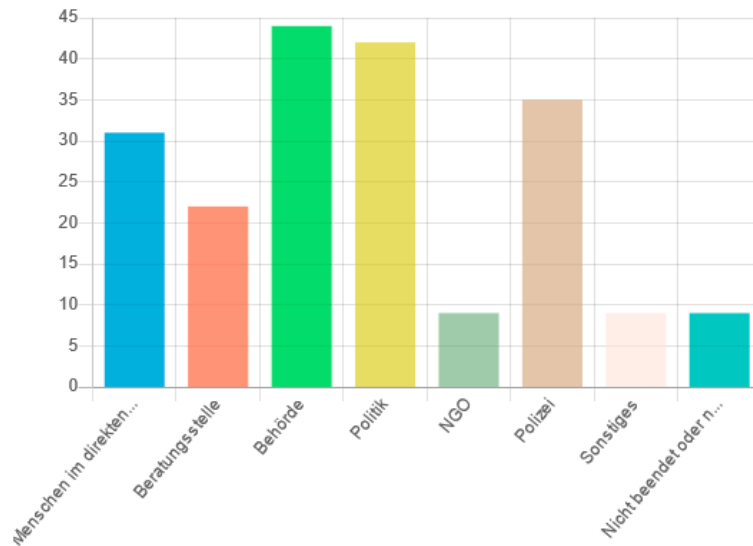
"Ein menschenwürdiges Verhalten von den Beamt_innen und Behörden wie z. B. dem Jobcenter, dem Ausländeramt, dem Arbeitsamt und dem BAföG Amt! "

(Aus den Antworten der Befragung)

Ich habe das Gefühl, bei Behörden und Ämtern ist meine Migrationsbiografie von Nachteil.

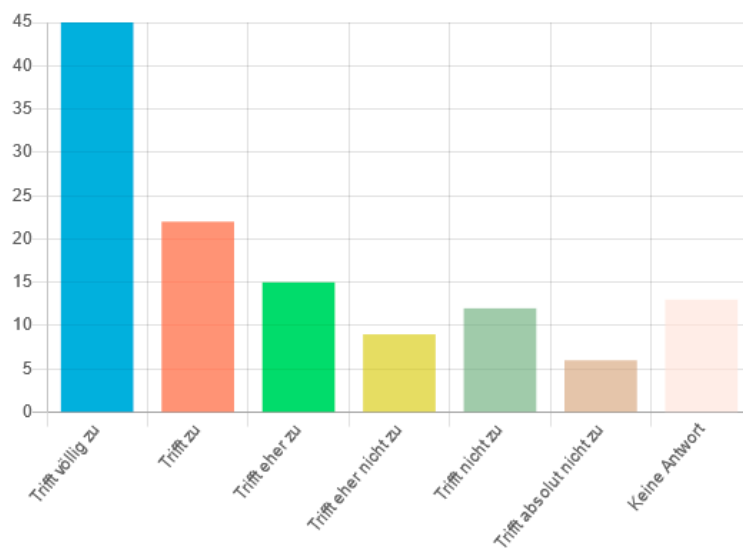


Von wem hätten Sie sich mehr Hilfe oder Unterstützung gewünscht?



- Menschen im direkten Umfeld (Freunde/ Familie/ Kolleg_innen/ Nachbar_innen/etc.)
- Beratungsstelle
- Behörde
- Politik
- NGO
- Polizei
- Sonstiges
- Nicht beendet oder nicht gezeigt

In welchem Umfeld haben Sie diese Erfahrungen gemacht? [Amt oder Behörde (z. B. Arbeitsagentur oder Ausländerbehörde)]



- Trifft völlig zu
- Trifft zu
- Trifft eher zu
- Trifft eher nicht zu
- Trifft nicht zu
- Trifft absolut nicht zu
- Keine Antwort

67,22% der Befragten stimmen dem Vorkommen rassistischer Diskriminierungserfahrungen im Bereich der Verwaltung und Behörden zu. Zudem wünschen sich 53,68% der Befragten mehr Unterstützung von der Verwaltung der StädteRegion Aachen im Kampf gegen Rassismus. Hierzu gehört einerseits die Repräsentation von Menschen mit internationaler Familiengeschichte in der Verwaltung, gleichzeitig aber auch die rassistuskritische und diversitätssensible Öffnung öffentlicher Einrichtungen sowie die Schaffung von migrationsfreundlichen Behördenstrukturen.¹⁹

Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass Rassismuserfahrungen in der Verwaltung und in Behörden keine Ausnahmefälle sind.²⁰ In diesem Handlungskonzept wird demnach empfohlen, Rassismus von der Verwaltung ausgehend als Problem anzuerkennen, die Problemwahrnehmung zu schärfen und entsprechende Lösungsmöglichkeiten zu etablieren. Die Notwendigkeit der rassistuskritischen Arbeit im Verwaltungssektor hat sich bereits im alten Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus der StädteRegion Aachen gezeigt.²¹ Auch an dieser Stelle kann zudem noch auf verschiedene umfangreiche Befragungen, wie den Afrozensus und den Rassismusmonitor 2020, verwiesen werden: 65% der Befragten stimmen tendenziell dem Vorkommen rassistischer Diskriminierungen, ausgehend von Behörden zu.²² Im Afrozensus geben sogar über 70% der Befragten an, aufgrund ihrer Hautfarbe oder sogenannten "ethnischen Herkunft" in Behörden Rassismuserfahrungen gemacht zu haben.²³ Als Konsequenz wird von den Initiator_innen und Autor_innen des Afrozensus der "Prozess einer rassistuskritischen Professionalisierung" der Verwaltung gefordert.²⁴

In diesem Handlungsfeld werden gleichzeitig die Verwaltungsmitarbeitenden und parteiübergreifend alle Akteur_innen der Politik in der StädteRegion Aachen angesprochen. Die angesprochenen Akteur_innen können in ihrer Funktion wichtige Impulse in die Gesamtgesellschaft geben, aktiv am Abbau von Ängsten und Unsicherheiten gegenüber der Politik mitwirken und durch eine transparente Kommunikation zur Demokratiefähigkeit der Bewohner_innen der StädteRegion beitragen.

Aus den in diesem Handlungskonzept gewonnenen Erkenntnissen ergeben sich die folgenden Handlungsempfehlungen:

Ziel:

Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierungen werden in der Verwaltung und Politik nicht geduldet. Politik und Verwaltung verstärken ihren Prozess der rassistuskritischen und diskriminierungssensiblen Professionalisierung.

Die koordinierende Fachstelle empfiehlt, dass...

- » regelmäßige Formate zur Sensibilisierung der Mitarbeitenden - insbesondere der Führungskräfte - der StädteRegion zu den Themen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung im Rahmen des städtereigenen internen Fortbildungskatalogs angeboten werden, damit die Mitarbeitenden einen sensiblen Umgang mit diesen Themen praktizieren und zu einer rassistuskritischen Haltung angeregt werden.
- » Leitlinien für den Umgang mit Rassismus, Diskriminierung und Antisemitismus in der Verwaltung entwickelt werden.
- » die StädteRegion Aachen an (thematisch) bedeutungsvolle Gedenktage erinnert und über diese informiert.
- » die StädteRegion Aachen über Festtage unterschiedlicher Religionen informiert.
- » der lokalen Politik und den Verwaltungsmitarbeitenden Schulungen und Argumentationstrainings zum Umgang mit faschistischen Haltungen und Falschinformationen angeboten werden.
- » sich die StädteRegion Aachen für die kontinuierliche Weiterführung der Projekte und Programme einsetzt, die gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus wirken sollen.

¹⁹ vgl. Kapitel 7.4

²⁰ vgl. ebd.

²¹ vgl. StädteRegion Aachen 2018

²² Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung 2022, S. 55

²³ Afrozensus 2020, S. 90

²⁴ Ebd. S. 273

Ziel:

Prozesse innerhalb der Verwaltung, die sich diskriminierend auswirken, werden identifiziert. Es wird geprüft, wie diese langfristig verändert werden können.

Die koordinierende Fachstelle empfiehlt, dass...

- » die Beschwerde- und Beratungsstellen für Menschen, Institutionen und Vereine, die von Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung betroffen sind, stärker bekanntgemacht werden.
- » das Kommunale Integrationszentrum mit den zuständigen Institutionen in einen kontinuierlichen Austausch über Maßnahmen zur Erfassung von Rassismus-/Antisemitismus-Fällen eintritt.
- » die Lenkungsgruppe des Kommunalen Integrationsmanagements bei der Identifikation und Analyse von rassistischen Strukturen und Versorgungslücken miteinbezogen wird.
- » im Kommunalen Integrationszentrum der StädteRegion Aachen Konzepte der migrationsgesellschaftlichen Öffnung modellhaft erprobt werden, die perspektivisch auf alle Ämter der StädteRegion übertragen werden sollen.
- » mit den Führungskräften in der Städtereion Aachen Strategien zur migrationsgesellschaftlichen Öffnung ihres Arbeitsbereichs erarbeitet werden.

Ziel:

Die StädteRegion Aachen nimmt das Thema Diversität der Mitarbeitenden vermehrt in den Fokus.

Die koordinierende Fachstelle empfiehlt, dass...

- » insbesondere durch Personalgewinnung und -entwicklung der Vielfalt der Gesellschaft Rechnung getragen wird.
- » Empowerment-Räume für Mitarbeitende der StädteRegion mit internationaler (Familien-) Geschichte angeboten werden.
- » Menschen mit internationaler (Familien-) Geschichte besonders dazu ermutigt werden, sich bei der Verwaltung der StädteRegion Aachen zu bewerben.

Ziel:

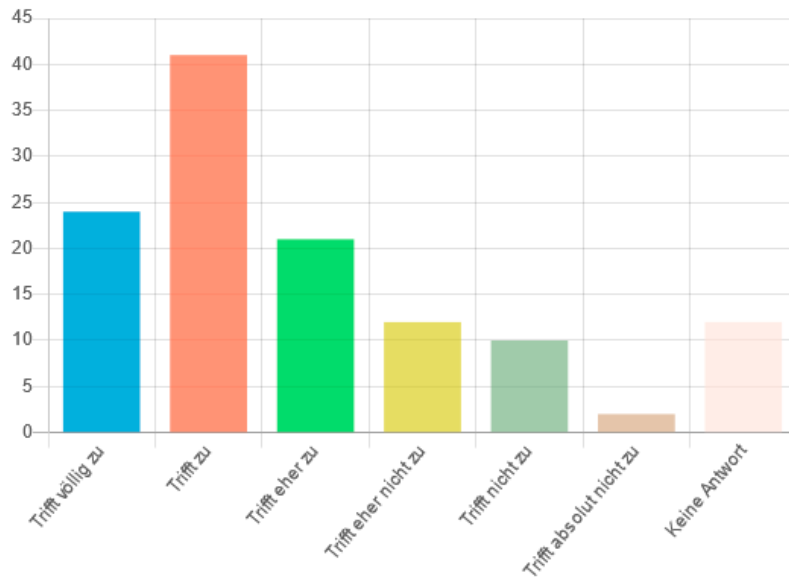
Veranstaltungen der StädteRegion Aachen sind möglichst diskriminierungssensible Räume und möglichst für alle Einwohnende zugänglich.

Die koordinierende Fachstelle empfiehlt, dass...

- » das Kommunale Integrationszentrum auf Anfrage bei Awareness-Konzepten für Veranstaltungen berät und unterstützt.

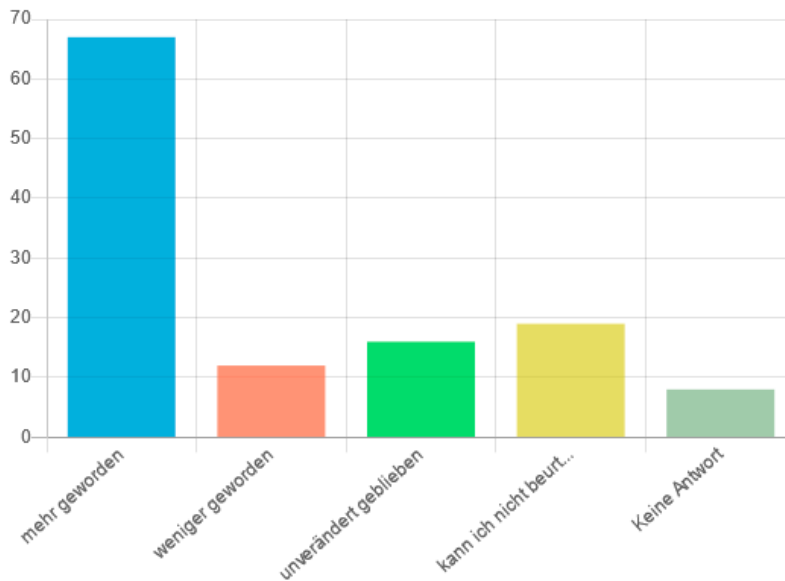


In welchem Umfeld haben Sie diese Erfahrungen gemacht?
[Alltag (z. B. beim Einkaufen, im Bus)]



- Trifft völlig zu
- Trifft zu
- Trifft eher zu
- Trifft eher nicht zu
- Trifft nicht zu
- Trifft absolut nicht zu
- Keine Antwort

Aus meiner Sicht sind in den letzten drei Jahren rassistische
Diskriminierungen (...)



- mehr geworden
- weniger geworden
- unverändert geblieben
- kann ich nicht beurteilen
- Keine Antwort

2.3 Empfehlungen für die Zivilgesellschaft

Zivilgesellschaftliches Handeln gilt als wichtiger Motor im Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

Besonders bei der Auswertung der Freifelder wird von den Befragten der Wunsch nach Sensibilisierung der Zivilgesellschaft geäußert.²⁵ Insgesamt können 51 Aussagen aus den Freifeldern diesem Wunsch zugeordnet werden.²⁶ Auch bei der Frage nach dem Vorkommen rassistischer Diskriminierungserfahrungen ist deutlich zu erkennen, dass die Befragten Rassismus häufig in Form von Alltagsrassismus wahrnehmen (s. o.).

Die Zivilgesellschaft trägt maßgeblich dazu bei, rechts-extremen Akteur_innen den Nährboden für die Verbreitung ihrer menschenfeindlichen Weltanschauung zu entziehen. In der StädteRegion gibt es ein großes Engagement gegen Rechts. Dementsprechend ist das zivilgesellschaftliche Engagement eine wichtige Ressource in der Arbeit des Projekts NRWtoffen und sollte fortlaufend gestärkt werden.

Außerdem zeigen sich besonders in Zeiten multipler Krisen gesellschaftliche Spaltungstendenzen, die von Rechtsextremen zur Verbreitung ihrer Gesinnung genutzt werden. Häufig wird durch das Wählen rechter Parteien eine Ablehnung der etablierten Parteien ausgedrückt oder die Sorge um die eigene (finanzielle) Sicherheit auf die soziokulturelle Ebene übertragen. Auf diese Weise kommt es zur Konstruktion eines Kausalzusammenhangs zwischen Zuwanderung und wirtschaftlichen Problemlagen.²⁷ Daraus ergibt sich häufig die universelle Beschuldigung von Menschen mit internationaler (Familien-)Geschichte, die Schuld für eine (vermeintliche) Ressourcenknappheit zu tragen. Im Umkehrschluss heißt das für dieses Handlungsfeld, dass entsprechende Gegenstrategien notwendig sind, um die Zivilgesellschaft vor rechter Propaganda zu schützen und die Demokratie sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern und bestenfalls an manchen Stellen wiederherzustellen.

Aus den in diesem Handlungskonzept gewonnenen Erkenntnissen ergeben sich die folgenden Handlungsempfehlungen:

Ziel:

Die StädteRegion Aachen fördert und unterstützt das zivilgesellschaftliche Engagement bei der Auseinandersetzung mit den Themen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus.

Die koordinierende Fachstelle empfiehlt, dass...

- » die StädteRegion Aachen Antragsverfahren zur Umsetzung von Projekten, Maßnahmen und Aktionen gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus für zivilgesellschaftliche Akteur_innen möglichst einfach hält.
- » die Möglichkeiten zur Förderung von Projekten bekannter gemacht werden. Insbesondere sollen dabei Initiativen und zivilgesellschaftlich engagierte Menschen erreicht werden, die bislang noch wenig vernetzt sind.
- » Initiativen, Vereine und sonstige Akteur_innen, die sich gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus engagieren möchten, bei konkreten Vorhaben durch die StädteRegion unterstützt werden. Hierzu gehört sowohl die konzeptionelle Beratung als auch die Beratung bei der Anfertigung und Einreichung von Förderanträgen.
- » das Kommunale Integrationszentrum zusätzlich zu den bestehenden Richtlinien (ethische) Grundsätze der Arbeit formuliert, zu denen sich die Fördermittelempfänger verpflichten.

Ziel:

Die StädteRegion Aachen fördert Räume der Begegnung und des Dialogs. Sie setzt sich für ein friedliches, demokratisches und gleichberechtigtes Miteinander ein und unterstützt bestehende Räume der Begegnung dabei, an Bekanntheit zu gewinnen.

²⁵ Vgl. Kapitel 7.4

²⁶ vgl. ebd.

²⁷ vgl. Mudde 2020, S. 127ff

Die koordinierende Fachstelle empfiehlt, dass...

- » in Kooperation mit den lokalen Integrationsagenturen, den Migrant_innenselbstorganisationen und den Religionsgemeinden Begegnungsformate zum Abbau von Vorurteilen entwickelt werden.
- » Formate zum Bürger_innen- und Stadtteildialog für die Kommunen in der StädteRegion Aachen entwickelt werden.
- » die durch die StädteRegion Aachen ausgebildeten Dialogischen Prozessbegleiter_innen (Dialogue Facilitations) an verschiedenen Stellen Dialoggruppen begleiten und somit zu einer respektvollen und wertschätzenden Dialogkultur in der StädteRegion Aachen beitragen.
- » die entsprechenden Fachstellen im Kommunalen Integrationszentrum weiterhin vielfältige Veranstaltungen organisieren. Um neben der Abbildung aktueller wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Diskurse auch einen niedrighschwelligigen Zugang zu den Themen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus zu bieten, wird die Entwicklung von niedrighschwelligigen Formaten und Kampagnen für die StädteRegion Aachen empfohlen.

Ziel:

Vereine und Initiativen, bei denen Freizeitangebote stattfinden, werden zur migrationsgesellschaftlichen Öffnung ermutigt.

Die koordinierende Fachstelle empfiehlt, dass...

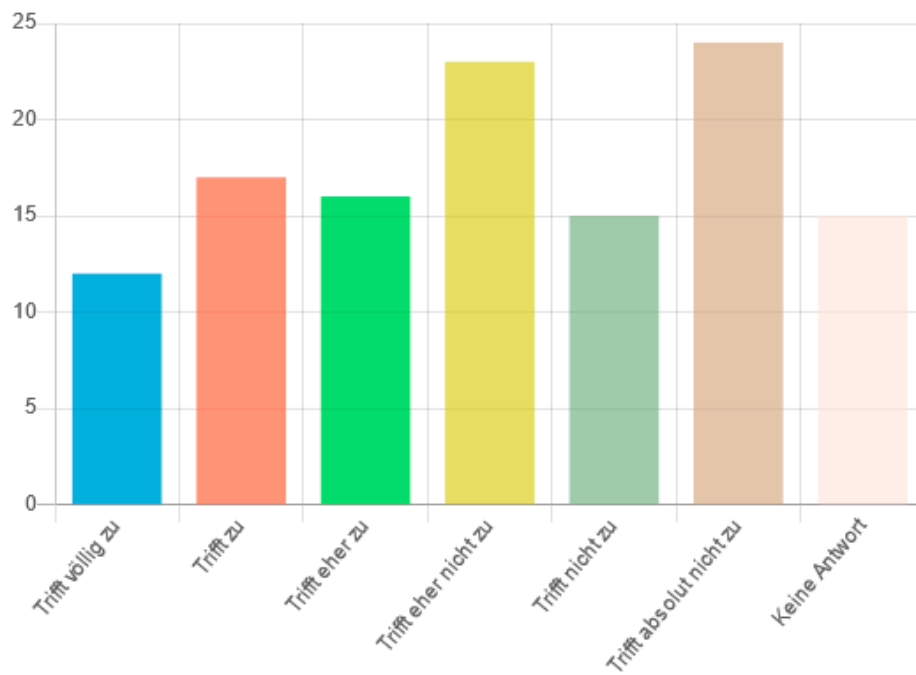
- » Vereine in der StädteRegion Aachen weiterhin insbesondere im Rahmen des Förderprogramms KOMM-AN NRW bei der migrationsgesellschaftlichen Öffnung und dem Abbau von Zugangsbarrieren für neu zugewanderte Menschen unterstützt werden.
- » KOMM-AN NRW als wichtiges Instrument genutzt wird, um insbesondere Vereine und Initiativen zu erreichen, die bislang nur wenig oder keine finanzielle Förderung erhalten haben und darüber hinaus noch wenig vernetzt sind bzw. sich kaum mit dem Thema befasst haben.

- » Vereinsmitglieder - insbesondere Vorstände - in der StädteRegion Aachen zu den Themen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung geschult werden, um entsprechende Impulse in die Vereine geben zu können.



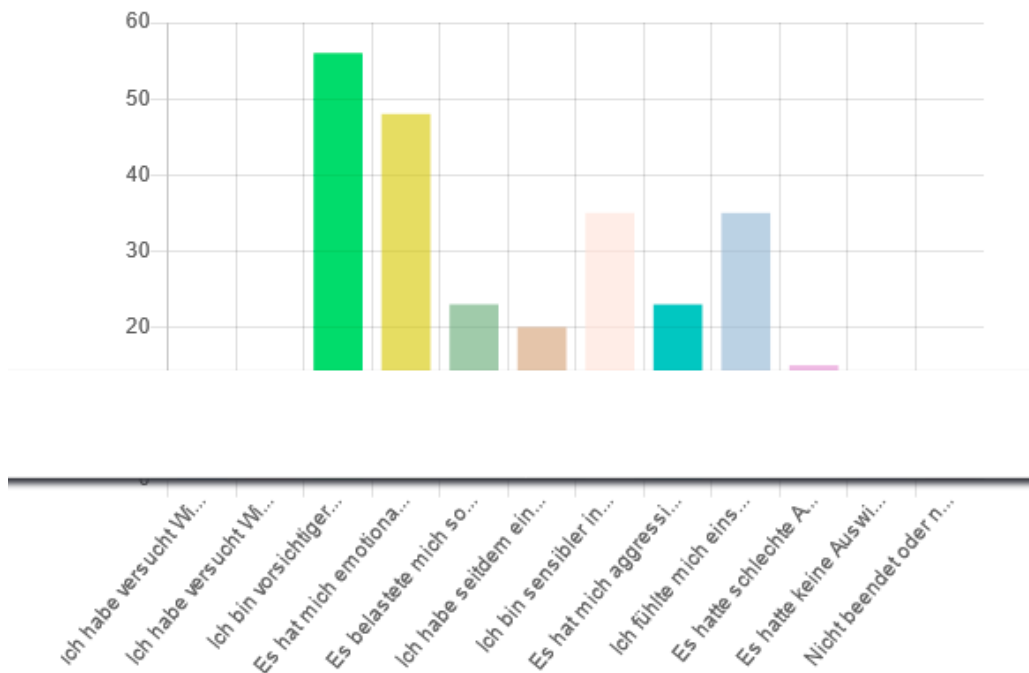
2.4 Empfehlungen für den Gesundheitssektor

In welchem Umfeld haben Sie diese Erfahrungen gemacht?
[Beim Krankenhaus / Arzt]



- Trifft völlig zu
- Trifft zu
- Trifft eher zu
- Trifft eher nicht zu
- Trifft nicht zu
- Trifft absolut nicht zu
- Keine Antwort

Welche Auswirkungen hatten rassistische Diskriminierungserfahrungen auf Sie?



- Ich habe versucht Widerstand zu leisten und fühlte mich dadurch besser
- Ich habe versucht Widerstand zu leisten und fühlte mich dadurch schlechter
- Ich bin vorsichtiger im Umgang mit anderen Menschen geworden
- Es hat mich emotional mitgenommen
- Es belastete mich so sehr, dass ich die Situation immer wieder vor Augen habe
- Ich habe seitdem ein Angstgefühl
- Ich bin sensibler in Bezug auf Rassismus geworden
- Es hat mich aggressiv gemacht
- Ich fühlte mich einsam / ausgeschlossen
- Es hatte schlechte Auswirkungen auf meine Gesundheit
- Es hatte keine Auswirkungen
- Nicht beendet oder nicht gezeigt

In der Befragung geben 15 Menschen an, aufgrund von Rassismuserfahrungen unter gesundheitlichen Folgen zu leiden. 19 Menschen empfinden zudem soziale Ängste oder ein Misstrauen.²⁸

Aktuelle Studien zeigen, dass sich Rassismus auf die mentale und körperliche Gesundheit betroffener Menschen auswirkt.²⁹ Erkennlich ist dabei außerdem, dass auch vom Gesundheitswesen selbst Rassismus und Diskriminierung ausgehen: "Koloniale Denkmuster, deren Resultat vermeintlich biologische, rassistische Kategorisierungen und Hierarchisierungen waren, wirken bis heute noch in Form von Stereotypen und fehlerhaften Annahmen über rassifizierte Personengruppen".³⁰

Diese Diskriminierungen sind häufig vielfältig und in verschiedenen Bereichen des Gesundheitssektors zu erkennen: es sind Themen wie Alltagsrassismus, Diskriminierungspraktiken in vielfältigen Teams oder große Barrieren bei der Anerkennung von Abschlüssen von Ärzt_innen aus anderen Ländern.

Zudem spielt dabei der Einfluss von alltäglichen Rassismuserfahrungen auf die psychische Gesundheit eine Rolle. Gleichzeitig geben Menschen mit internationaler (Familien-)Geschichte an, sich im Gesundheitswesen nicht ernst genommen zu fühlen.³¹ Zudem herrscht nach wie vor eine Unterrepräsentation von BiPoC im Bereich der Mitarbeitenden des Gesundheitssystems.³²

Bekannt ist außerdem, dass während der Corona-Pandemie in Deutschland soziale Konflikte und Probleme einerseits verstärkt und gleichermaßen offengelegt wurden. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) beschreibt die Pandemie als Antreiber von Diskriminierungen und Benachteiligungen.³³ Dabei nimmt Rassismus einen bedeutsamen Platz ein: 2020 vermehrten sich die Beratungsanfragen an die ADS um 78% von 3580 Fällen auf 6383 Fälle.³⁴

Beim Gesundheitsamt StädteRegion Aachen sind vielschichtige Aufgaben im Bereich des Gesundheitsschutzes und der Gesundheitsförderung angesiedelt. Dementsprechend ist es ein zukünftiges Anliegen,

auch in Kooperation mit dem Gesundheitsamt und im Rahmen des Projekts NRWoffen, das Thema Rassismus und Gesundheit in den Blick zu nehmen und entsprechende Handlungsbedarfe zu identifizieren. Zudem wird angestrebt, die Bedarfe in der StädteRegion Aachen in diesem Handlungsfeld zukünftig genauer zu ermitteln und sichtbar zu machen, um spezifische Maßnahmen zu entwickeln. Bei der Bearbeitung dieses Handlungsfeldes wurde deutlich, dass die Verbesserung der Datengrundlage sowie die Vernetzung mit Expert_innen angestrebt werden sollte, da beides noch nicht ausreichend vorhanden ist.

Aus den in diesem Handlungskonzept gewonnenen Erkenntnissen ergeben sich die folgenden Handlungsempfehlungen:

Ziel:

In der StädteRegion Aachen wird die Wissensgrundlage zum Thema Rassismus im Gesundheitssektor verbessert und entsprechende Gegenmaßnahmen konzipiert.

Die koordinierende Fachstelle empfiehlt, dass...

- » durch die Vernetzung mit wichtigen Akteur_innen (z. B. dem Gesundheitskiosk) die Bedarfe im Themengebiet Gesundheit spezifischer ermittelt werden.
- » durch eine Zusammenarbeit mit dem Bildungszentrum für Pflege und Gesundheit (BZPG) der Themenbereich Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung in der Aus- und Fortbildung von medizinischen Fachkräften Berücksichtigung findet.
- » die Daten der lokalen Beratungsstellen zum Thema Gesundheit und Rassismus zur zukünftigen Maßnahmenplanung herangezogen werden.
- » der Zusammenhang zwischen Rassismus und Gesundheit - insbesondere bei der psychosozialen Betreuung von Menschen mit Rassismuserfahrung - berücksichtigt und stärker in den Blick genommen wird.

Ziel:

In der StädteRegion Aachen stehen mehrsprachige Informationsmaterialien zum Gesundheitswesen in Deutschland bereit.

²⁸ vgl. Kapitel 7.4

²⁹ vgl. IKK Classic 2022/ BfgA 2021/ Aikins 2021

³⁰ Bundesfachnetz Gesundheit & Rassismus 2022.

³¹ vgl. IDA-NRW 2022, S. 8

³² vgl. ebd.

³³ vgl. ebd.

³⁴ vgl. ADS 2021

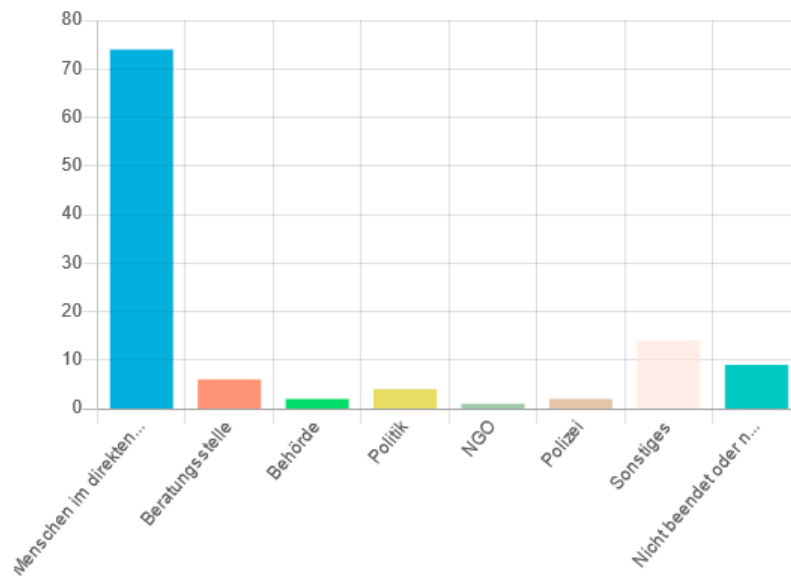
Die koordinierende Fachstelle empfiehlt, dass...

- » die StädteRegion Aachen in Kooperation mit dem Gesundheitskiosk der StädteRegion Aachen umfassende mehrsprachige Informationsmaterialien für Neuzugewanderte zum Gesundheitssystem in Deutschland zur Verfügung stellt.
- » die StädteRegion sich für eine Regelung der Finanzierung von Übersetzungen von Arztbesuchen einsetzt, um die ärztliche Versorgung für Neuzugewanderte zu verbessern.



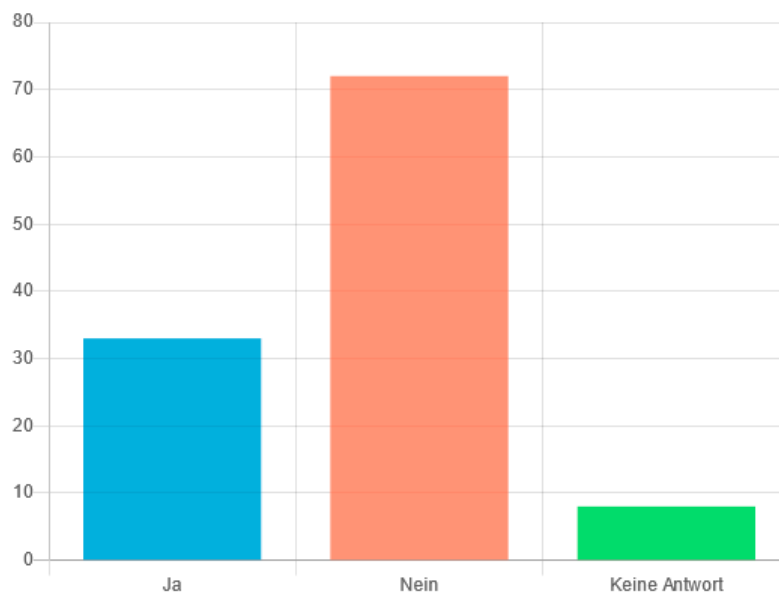
2.5 Empfehlungen für den Bereich Beratung, Unterstützung und Empowerment Betroffener

Wer hat Ihnen nach rassistischen Diskriminierungserfahrungen geholfen?



- Menschen im direkten Umfeld (Freunde/ Familie/ Kolleg_innen/ Nachbar_innen/etc.)
- Beratungsstelle
- Behörde
- Politik
- NGO
- Polizei
- Sonstiges
- Nicht beendet oder nicht gezeigt

Kennen Sie Stellen, an die Sie sich bei rassistischen Diskriminierungserfahrungen wenden können?



- Ja
- Nein
- Keine Antwort

In den dargestellten Ergebnissen der Befragung wird einerseits der Wunsch nach mehr Unterstützung durch entsprechende Beratungsstellen deutlich, gleichzeitig kennen nur 32 der 122 befragten Personen ebensolche Beratungs- und Anlaufstellen in der StädteRegion Aachen. Aus den Darstellungen ergibt sich ein Handlungsbedarf in Bezug auf die bestehenden Beratungsstrukturen, gleichermaßen aber auch der Bedarf an Maßnahmen zum Empowerment Betroffener:

"Die Sache [Rassismus, Erg. d. Autorin] nicht banalisieren, die Menschen mit Migrationsbiografie ermutigen, zu reden".

Rassismus ist ein macht-, wirkungsmächtiges und omnipräsentes Phänomen. Es äußert sich in Unterdrückung und Diskriminierung und strukturiert Lebenswirklichkeiten machtungleich. Umso wichtiger ist es von Rassismus betroffenen Menschen die Deutungshoheit in diesem Thema zuzugestehen (Powersharing).

Empowerment "beschreibt mutmachende Prozesse der Selbstbemächtigung, in denen Menschen in Situationen des Mangels, der Benachteiligung oder der gesellschaftlichen Ausgrenzung beginnen, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen, indem sie sich ihrer Fähigkeiten bewusst werden, eigene Kräfte entwickeln und ihre individuellen und kollektiven Ressourcen zu einer selbstbestimmten Lebensführung nutzen lernen [sowie, Erg. d. Autorin] einen konfliktreichen Prozess der Umverteilung von politischer Macht, in dessen Verlauf die Menschen aus der Machtunterlegenheit austreten und sich ein Mehr an Macht, Verfügungskraft und Entscheidungsvermögen aneignen."³⁵

Empowerment ist also ein Vorgehen mit der Grundannahme, dass Veränderungen des gesellschaftlichen und alltäglichen Lebens möglich werden, wenn einzelne Betroffene durch Bewusstwerdung und Reflexion der eigenen Positionierung Zugang zu den für eine Veränderung notwendigen eigenen Ressourcen erlangen.³⁶

In den letzten Jahren haben sich sowohl in der StädteRegion als auch in der Stadt Aachen verschiedene Initiativen, Bündnisse und Netzwerke von und für BIPOC³⁷ gegründet, die mit dem Empowerment-Ansatz in geschützten Räumen arbeiten.³⁸ In der Region beraten die Servicestellen für Antidiskriminierung Menschen, die von Diskriminierung und/ oder Rassismus betroffen sind. Gemeinsam mit ihnen entwickeln sie Strategien, wie sie sich wehren können. In der StädteRegion gibt es zur Zeit die Servicestelle Eifel - angesiedelt beim Caritasverband der Region Eifel e. V. - sowie das Gleichbehandlungsbüro in der Stadt Aachen in Trägerschaft des Pädagogischen Zentrums Aachen e. V.

Aus den in diesem Handlungskonzept gewonnenen Erkenntnissen ergeben sich die folgenden Handlungsempfehlungen:

Ziel:

Empowerment-Prozesse werden gefördert und unterstützt. Migrant_innen werden in ihrem zivilgesellschaftlichen Engagement und in ihrer politischen Partizipation gestärkt.

Die koordinierende Fachstelle empfiehlt, dass...

- » die Servicestelle Migrant_innenorganisation des Kommunalen Integrationszentrums StädteRegion Aachen ihre Arbeit fortsetzt.
- » die StädteRegion Aachen weiterhin Schulungsangebote zur Professionalisierung der Migrant_innenorganisationen und des Arbeitskreis Kommunale Integrationsräte (AKI) anbietet.
- » in der StädteRegion Aachen durch verschiedene Akteur_innen regelmäßig Empowerment-Workshops von und für BIPOC angeboten werden.
- » Fördermittel für entsprechende Maßnahmen bereitgestellt werden.
- » das Kommunale Integrationszentrum zusätzlich zu den bestehenden Richtlinien (ethische) Grundsätze der Arbeit formuliert, zu denen sich die Fördermittelempfänger verpflichten.

³⁵ Klöck 1998, S. 38

³⁶ vgl. Yigit/ Can 2006, S. 170f

³⁷ Die Abkürzung „BIPOC“ benennt Schwarze, Indigene und People of Color und soll die Gewalt, Diskriminierung und historisch gewachsene Unterdrückung hervorheben. Die Bezeichnung ist eine politische Selbstbezeichnung der Community und ist aus einem Widerstand gegen die Unterdrückung und für Gleichberechtigung entstanden.

³⁸ „Zur Selbstbemächtigung und damit synergetischen Entfaltung der Eigenstärken bedarf es der Schaffung von mehrfach-geschützten Räumen von und für Schwarze, Indigene und People of Color, in denen über die Verwundungen eine dialogische und solidarische Begegnung im emphatischen Verstehen und Vertrauen mit „Seinesgleichen“ möglich und Empowerment real erfahrbar wird.“ (Can 2013, S. 12)

Ziel:

Bei der Bearbeitung der Themen Rassismus, Antisemitismus und weiteren Formen der Diskriminierung werden die Perspektiven von Betroffenen einbezogen.

Die koordinierende Fachstelle empfiehlt, dass...

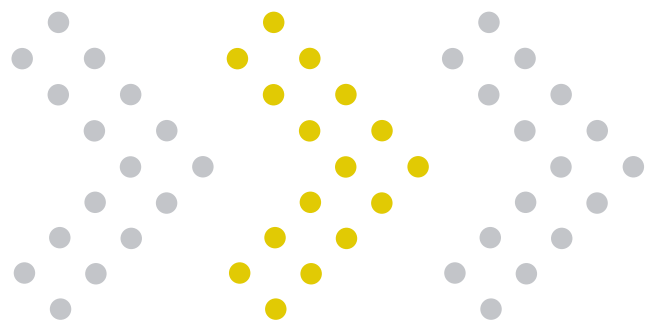
- » die Perspektive von Menschen, die von Rassismus und Antisemitismus betroffen sind, weiterhin verstärkt bei der Maßnahmenentwicklung und der Entscheidungsfindung einbezogen wird. Hierzu sollen vor allem die bestehenden Gremien (z. B. der Arbeitskreis der kommunalen Integrationsräte) genutzt werden. In diesem Rahmen können Maßnahmen gegen Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus und weitere Diskriminierungsformen diskutiert und kritisch reflektiert werden.
- » zukünftig die Perspektive jüdischer Menschen bei der Arbeit gegen Antisemitismus vermehrt einbezogen wird. Hierzu wird eine Kooperation mit der jüdischen Gemeinde Aachen angestrebt.
- » gemeinsam mit jüdischen Verbänden und den in der StädteRegion lebenden Jüd_innen Strategien zur Bekämpfung von Antisemitismus erarbeitet werden.

Ziel:

Menschen, die von Rassismus betroffen sind, kennen Beratungsstellen gegen Diskriminierung in der StädteRegion Aachen.

Die koordinierende Fachstelle empfiehlt, dass...

- » die Beschwerde- und Beratungsstellen für Menschen, Institutionen und Vereine, die von Rassismus und Diskriminierung betroffen sind, stärker bekanntgemacht werden.
- » das Kommunale Integrationszentrum mit den zuständigen Institutionen in einen kontinuierlichen Austausch über Maßnahmen zur Erfassung von Rassismus-/Antisemitismus-Fällen eintritt.



3 | Ziel des Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus und Rassismus

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalens hat im Rahmen des Engagements "für ein respektvolles gesellschaftliches Miteinander - gegen Rechtsextremismus und Rassismus" das Integrierte Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus im Mai 2016 verabschiedet.³⁹ Die Aufdeckung der rassistisch motivierten und durch die rechtsextreme Terrorzelle "NSU" (Nationalsozialistischer Untergrund) vollzogenen Morde zwischen 2000 und 2007 haben das gesellschaftliche Zusammenleben erschüttert und den Bedarf an politischer und gesellschaftlicher Auseinandersetzung mit den Themen Rassismus und Rechtsextremismus verdeutlicht.

Im Zuge dessen wurde in vielen Kreisen und Städten das Projekt "NRWeltoffen - lokale Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus" umgesetzt. Anhand dieses Handlungskonzepts wird die gegenwärtige Ausgangslage in der StädteRegion Aachen analysiert. Es werden Handlungsempfehlungen für die Politik, die Verwaltung, zivilgesellschaftliche Akteur_innen und verschiedene Bereiche des alltäglichen Lebens formuliert, um beiden Phänomenen geschlossen entgegenzuwirken. Dabei ist zu beachten, dass es sich bei Rechtsextremismus und Rassismus um zwei unterschiedliche Phänomenbereiche handelt, die ebenso unterschiedliche Gegenmaßnahmen erfordern:

"Der Rechtsextremismus ist eine politische Ideologie, die ihre gesellschaftlichen Vorstellungen auch umsetzen möchte, während der Rassismus eher ein kulturelles Phänomen ist, das Werte, Normen und Praxen in der Gesellschaft prägt" (Rommelpacher 2009).

Aufgrund der Bearbeitung beider Phänomenbereiche in diesem Handlungskonzept, wurden zwei verschiedene Strategien zur Erarbeitung der Handlungsempfehlungen für die StädteRegion Aachen genutzt. Der Phänomenbereich Rechtsextremismus wird anhand einer Ausgangsanalyse abgedeckt, die die Recherchen

eines Aachener Fachjournalisten sowie Medienberichte und Informationen lokaler Ordnungsbehörden, beinhaltet.

Der Phänomenbereich Rassismus wird in diesem Handlungskonzept hingegen als gesamtgesellschaftliche Machtstruktur verstanden und bedarf dementsprechend komplexer Interventionen.⁴⁰ Zudem soll bei der Bedarfsanalyse, bezogen auf Rassismus und Rassismuskritik, insbesondere die Betroffenenperspektive bei der Erarbeitung von Handlungsempfehlungen berücksichtigt werden.

Ziel des lokalen Handlungskonzepts für die StädteRegion Aachen ist es, die vielfältigen bestehenden Aktivitäten, Initiativen, Projekte und Programme, die sich gegen Rassismus und Rechtsextremismus richten, durch eine nachhaltig wirksame Strategie aufeinander abzustimmen und dabei die Bewohner_innen der StädteRegion Aachen einzubeziehen.

Dieses Handlungskonzept bietet allen Akteur_innen eine Orientierung für ein gezieltes Engagement gegen Rechtsextremismus und Rassismus.

³⁹ LKS NRW 2022

4 | Das erste Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus für die StädteRegion Aachen

Im Jahr 2017 wurde erstmals ein Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus in der StädteRegion Aachen verabschiedet. In diesem Handlungskonzept wurden Interviews mit verschiedenen Akteur_innen zu den Themen Rechtsextremismus, Rassismus und "Fremdenfeindlichkeit"⁴¹ in der Region durchgeführt. Beruhend auf den Ergebnissen wurden Handlungsfelder und entsprechende Empfehlungen erarbeitet.

Ein zentrales Ergebnis der Befragung war, dass sich die Menschen mit internationaler (Familien)Geschichte in der StädteRegion Aachen mit Rassismus und Diskriminierung konfrontiert sehen und dass es aus Sicht der Befragten eine kontinuierliche Arbeit gegen Rassismus und Rechtsextremismus auf kommunaler Ebene geben muss.

Im ersten Handlungskonzept für die StädteRegion wurden die folgenden Handlungsfelder definiert:

- » Politik, Behörden und öffentliche Institutionen
- » Zivilgesellschaft, Bündnisse, Ehrenamt und Vernetzung
- » Bildung: KITA, Schule & Erwachsenenbildung
- » Kinder & Jugend
- » Integration, Empowerment von Menschen mit Migrationshintergrund, Hilfe und Unterstützung von Betroffenen
- » Öffentlichkeitsarbeit, Medien und soziale Medien

In dieser Fortschreibung des Handlungskonzepts werden die Erkenntnisse und Vorhaben des ersten Handlungskonzepts berücksichtigt und Strategien weitergeführt, die sich in der Vergangenheit bewährt haben. Im ersten Handlungskonzept gegen Rassismus und Rechtsextremismus für die StädteRegion Aachen hat sich gezeigt, dass die rechtsextreme Szene in Gruppierungen auftrat und Akteur_innen sich überwiegend in Gruppierungen und Zusammenschlüssen, wie Syndi-

kat 52, der Identitären Bewegung (IB) und durch die Wahl bestimmter Parteien organisierte. Zudem trugen Rechtsextreme häufig szenetypische Kleidung und konnten durch ihre Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen und ihr Auftreten dem rechtsextremen Spektrum zugeordnet werden. Heute setzt sich die Szene deutlich vielfältiger zusammen und tritt insbesondere innerhalb einer Mischszene auf. Zudem äußert sich die Ideologie häufig subtil und durch oppositionelle Meinungen, mündet jedoch nach wie vor in Hetze gegen ohnehin benachteiligte Menschengruppen.

Zur Erstellung des ersten Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus und Rassismus für die StädteRegion Aachen im Jahr 2017 wurde eine qualitative Befragung zur Einschätzung rechtsextremer Tendenzen durch relevante Akteur_innen durchgeführt.⁴² Dabei wurde eine Person des Verfassungsschutzes, eine Schulsozialarbeiterin, sieben Menschen mit Fluchterfahrung, die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Köln und weitere Akteur_innen aus dem Themenfeld befragt. Die Ergebnisse der Befragung sind vielfältig. Als zentraler Appell der Befragten wurden die Sensibilisierung der Verwaltung zum Thema Rassismus sowie eine niedrigschwelligere Gestaltung politischer Teilhabe genannt.⁴³ Ferner wurde deutlich, dass auch zivilgesellschaftliche Vereine und Gruppen für das Thema sensibilisiert werden müssten und im Bildungssektor insgesamt ein großer Handlungsbedarf bestehe. Weiter wurde der Bedarf ermittelt, Sportvereine und ihre Aktivitäten, deren Hauptzielgruppe Jugendliche sind, zu den Themen Rechtsextremismus und Rassismus aufzuklären und die Teilhabemöglichkeiten für Neuzugewanderte zu verbessern. Zuletzt wurden Beratungs- und Fachstellen für Betroffene rechtsextremer und rassistischer Angriffe als wichtige Einrichtungen und besonders förderungswürdig benannt.

⁴¹ Vor einigen Jahren war der Begriff „Fremdenfeindlichkeit“ als Synonym für Rassismus geläufig. Der Begriff unterstellt jedoch ein „Fremdsein“ und impliziert Unterschiede die auf rassistischen Wissensbeständen beruhen. Oftmals wurde der Begriff anstelle von „Rassismus“ verwendet: was implizierte, dass Rassismus überwunden sei. Zudem wurden damit oftmals Aktionen gegen Menschen bezeichnet die nicht fremd sind, sondern nur als „Andere“ gesehen oder migrantisiert/rassifiziert werden.

⁴² StädteRegion Aachen 2017, S. 16ff

⁴³ StädteRegion Aachen 2017, S. 26f

5 | Vernetzung

Die Umsetzung des Projekts NRWeltoffen kann nur dann erfolgreich sein, wenn eine Vernetzung mit Partner_innen stattfindet, deren Angebote aufeinander abgestimmt sind und zentral koordiniert werden. Die koordinierende Fachstelle ist nicht für die autonome Umsetzung der im Handlungskonzept erarbeiteten Maßnahmen zuständig, sondern soll ein Netzwerk aus geeigneten Kooperationspartner_innen aufbauen, welches bei der Umsetzung des Handlungskonzepts fachlich begleitet und miteinbezogen wird. Zudem können die Fördermittel des Projekts dafür eingesetzt werden, Kooperationspartner_innen fortzubilden und die Umsetzung der im Handlungskonzept aufgeführten Maßnahmen zu unterstützen.

Auf kommunaler Ebene spielen Netzwerkpartner_innen eine entscheidende Rolle in der Bildungs- und Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Gemeinsam können sie gezielte Maßnahmen entwickeln, um präventiv gegen extremistische Strömungen vorzugehen und ein solidarisches Zusammenleben in der Kommune zu fördern.

Eine wichtige Gruppe von Netzwerkpartner_innen sind **lokale Initiativen und Vereine**, die sich gegen Rassismus und Diskriminierung engagieren. Sie setzen sich dafür ein, dass alle Menschen in der Kommune über gleiche Rechte und Chancen verfügen und sich frei von Diskriminierung bewegen können. Sie organisieren beispielsweise Veranstaltungen, Schulungen und Workshops, um auf die Problematik aufmerksam zu machen und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten.

Auch die **lokale Politik und Verwaltung** können als wichtige Netzwerkpartner_innen im Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus fungieren. Sie können durch gezielte Maßnahmen und politische Entscheidungen eine diskriminierungssensible Kultur in der Kommune fördern und sich aktiv gegen extremistische Strömungen stellen. Dazu gehört auch die Zusammenarbeit mit Polizei und Justiz, um Straftaten und Übergriffe konsequent zu verfolgen.

Ebenso wichtig sind lokale **Bildungseinrichtungen wie Schulen, Universitäten und Weiterbildungsinstitute**. Hier können Präventionsprogramme und Bildungsmaßnahmen gegen Rassismus und Diskriminierung entwickelt und umgesetzt werden. Durch Aufklärung und Bildung können Vorurteile und Stereotype abgebaut und ein offenes und tolerantes Miteinander gefördert werden.

Neben diesen wichtigen Netzwerkpartner_innen spielen auch **lokale Unternehmen und Arbeitgeber_innen** eine Rolle im Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Sie können sich aktiv für eine offene Unternehmenskultur einsetzen und sich gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz stellen. Es bietet sich ihnen außerdem die Möglichkeit, antidiskriminierende und antirassistische Projekte und Initiativen gezielt zu unterstützen.

Insgesamt ist es von großer Bedeutung, dass sich auf kommunaler Ebene alle Netzwerkpartner_innen gemeinsam für eine offene und tolerante Gemeinschaft einsetzen und sich aktiv gegen Rechtsextremismus und Rassismus positionieren. Durch die Zusammenarbeit und den Austausch von Ideen und Erfahrungen können gezielte Maßnahmen entwickelt werden, um eine diskriminierungsfreiere Kultur zu fördern und extremistischen Strömungen entgegenzuwirken.

In der StädteRegion Aachen gibt es vielfältige bestehende Strukturen, die für die Arbeit gegen Rassismus und Rechtsextremismus bedeutsam sind. In diesem Kapitel werden zur Übersicht die wichtigsten Kooperationspartner_innen des Projekts aufgeführt:

A) Die Integrationsagenturen

Integrationsagenturen haben das Ziel, die "gesellschaftliche Teilhabe von zugewanderten Menschen zu verbessern und das friedliche und respektvolle Miteinander in den Quartieren zu stärken."⁴⁴ Sie liegen in Trägerschaft der örtlichen Wohlfahrtsverbände und wer-

⁴⁴ Integrationsagenturen NRW 2022

den durch das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration (MKJFGFI) des Landes NRW gefördert. Schwerpunkte der Arbeit sind die Interkulturelle Sensibilisierung, die Sozialraumorientierte Arbeit, die Förderung bürgerschaftlichen Engagements, Antidiskriminierungsarbeit und -beratung.⁴⁵ Die Integrationsagenturen leisten in der StädteRegion Aachen einen wichtigen Beitrag, indem sie die Teilhabe zugewanderter Menschen verbessern und sich gegen Rassismus in der Zivilgesellschaft engagieren.

tueroeffnerev.de

caritas-aachen.de/angebote/migration-integration/integrationsagentur

www.drk.ac/angebote/existenzsichernde-hilfe/integrationsagenturen.html

B) Das Programm "Wegweiser - gemeinsam gegen Islamismus in der Region Aachen"

Das Programm "Wegweiser - gemeinsam gegen Islamismus in der Region Aachen" arbeitet im Bereich der Radikalisierungs- und Extremismusprävention mit dem Phänomenbereich Islamismus als Schwerpunkt. Das Präventionsprogramm wird durch das Ministerium des Innern des Landes NRW gefördert und bietet umfassende Unterstützung und Beratung von Personen und Institutionen, um frühzeitig Radikalisierungstendenzen zu verhindern. Neben der Präventions- und Beratungsarbeit informiert und sensibilisiert "Wegweiser" auch zu den Themen Islam, religiöse Vielfalt und der "Differenzierung zwischen religiös begründetem Extremismus und gelebter Religiosität".⁴⁶

www.aachen.de/de/stadt_buerger/gesellschaft_soziales/wegweiser_aachen/index.html

C) Das Fanprojekt Aachen

Im Jahr 2008 wurde das Fanprojekt Aachen in Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Aachen-Stadt e. V. gegründet. Es wird durch das MKJFGFI NRW, die StädteRegion und die Stadt Aachen finanziert und setzt sich für eine positive Fankultur in der Fußball-

szene ein. Die Fanprojekte tragen seit Jahren "nachweislich zur Reduzierung von Gewalt im Fußball bei"⁴⁷ und setzen sich im Rahmen ihrer sozialpädagogischen Arbeit mit der Fanszene unter anderem gegen Rassismus und Diskriminierung ein. Das Fanprojekt Aachen beteiligt sich an den Internationalen Wochen gegen Rassismus und bietet ganzjährig verschiedene Formate zur Auseinandersetzung mit den Themen Rassismus, Diskriminierung und Erinnerungskultur im Fußball an.

www.fanprojekt-aachen.de

D) Die Polizei Aachen

Als Reaktion auf die wiederkehrenden und bundesweiten Fälle von Rassismus, ausgehend von Polizist_innen, wurden zwei Polizeibeamte in Aachen zu Extremismusbeauftragten ernannt und engagieren sich seitdem gegen Rechtsextremismus und Rassismus innerhalb der Kolleg_innenschaft der Polizei Aachen. Die Extremismusbeauftragten sind an der rassismuskritischen Sensibilisierung in der Ausbildung der Polizist_innen beteiligt und organisieren Seminare, Workshops und Veranstaltungen in Aachen.

Im Rahmen des Projekts NRWeltoffen finden regelmäßige Treffen mit den Extremismusbeauftragten der Polizei statt, in denen gemeinsame Strategien für die rassismuskritische Arbeit und die Arbeit gegen Rechtsextremismus erarbeitet werden.

aachen.polizei.nrw

E) Demokratie leben! - Partnerschaften für Demokratie in der StädteRegion Aachen

Im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben! - Partnerschaften für Demokratie", welches durch das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wird, werden verschiedene Initiativen und Maßnahmen zur Demokratieförderung in der StädteRegion Aachen finanziert.

Das Programm unterstützt und berät Initiator_innen von Projekten, die schwerpunktmäßig die Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprä-

⁴⁵ Vgl. Integrationsagenturen NRW 2022

⁴⁶ Wegweiser in der Region Aachen 2022

⁴⁷ Poppe 2021, o. S.

vention zum Ziel haben. Der Beirat des Programms "Demokratie leben! - Partnerschaften für Demokratie" ist gleichzeitig auch die Steuerungsgruppe des Projekts NRWeltoffen und des Programms "Miteinander" in der StädteRegion Aachen. So findet ein regelmäßiger fachlicher Austausch der entsprechenden koordinierenden Fachstellen statt, bei dem auch Raum für einen inhaltlichen Austausch und die gegenseitige Beratung besteht.

staedteregion-aachen.de/demokratie

F) Das Programm "Miteinander in der StädteRegion Aachen für Vielfalt, Teilhabe und Empowerment"

Dieses eigens von der StädteRegion Aachen initiierte und finanzierte Programm setzt sich dafür ein, die Bewohner_innen der StädteRegion im Engagement gegen rechtsextreme, menschenfeindliche und rassistische Tendenzen zu unterstützen. In diesem Rahmen werden entsprechende Projekte gefördert und Informationsveranstaltungen organisiert. Das Programm ist ebenso wie das Projekt NRWeltoffen im Kommunalen Integrationszentrum StädteRegion Aachen angesiedelt und der Beirat ist ebenfalls die Steuerungsgruppe des Projekts "NRWeltoffen" und des Programms "Demokratie leben! Partnerschaften für Demokratie". Es findet eine enge Zusammenarbeit und ein enger inhaltlicher Austausch statt.

Die inhaltliche Arbeit der Programme "Miteinander" und "NRWeltoffen" überschneidet sich in vielen Punkten. Um die Fördermittel optimal einzusetzen und gemeinsame Ziele und Strategien zu verfolgen, findet hier ebenfalls Austausch und Kooperation statt.

staedteregion-aachen.de/miteinander

G) Der Arbeitskreis der Integrationsräte der StädteRegion Aachen (AKI)

In der Städteregion Aachen verfügen sieben der zehn Kommunen über Integrationsräte, deren Vertreter_innen sich regelmäßig in einem Arbeitskreis - dem AKI - zusammenfinden. Dieser ist ein politisches Repräsentationsgremium der Migrant_innen auf kommunaler Ebene und wird dementsprechend in die Erarbeitung

der Maßnahmen und Strategien des Projektes NRWeltoffen miteinbezogen. Die koordinierende Fachstelle des Projekts nimmt regelmäßig an den Sitzungen des Arbeitskreises teil und berichtet von den Vorhaben und dem Sachstand des Projekts NRWeltoffen.

Die Integrationsräte vertreten auf kommunaler Ebene die Interessen von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und befassen sich grundsätzlich mit allen Angelegenheiten der Kommunen. Im Umgang mit dem Thema Rassismus ist die Perspektive von Betroffenen erforderlich, wenn entsprechende Maßnahmen und Initiativen entschieden werden. Die Integrationsräte sind somit ein wichtiges Kontroll- und Informationsorgan für die koordinierende Fachstelle des Projekts NRWeltoffen.

bportal.staedteregion-aachen.de/staedteregion-a-z/-/egov-bis-detail/dienstleistung/11262/show

H) Das Netzwerk Integration der StädteRegion Aachen

Das sogenannte "Netzwerk Integration" in der StädteRegion möchte den "gemeinsamen Prozess von Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte, mit dem Ziel einer gleichberechtigten Teilhabe am ökonomischen, ökologischen, kulturellen und sozialen Leben"⁴⁸ fördern und bindet dabei öffentliche und freie Träger, Vereine, Organisationen, Institutionen und Verbände mit ein.⁴⁹

In den Treffen wird ein Informations- und Erfahrungsaustausch ermöglicht sowie Empfehlungen und Stellungnahmen zu politischen Entscheidungen abgegeben.⁵⁰

Die vielfältige Landschaft von Akteur_innen, welche sich in dem o. g. Themenbereich engagieren, bietet zudem Ressourcen, welche durch Synergien mit dem Projekt NRWeltoffen genutzt werden können.

staedteregion-aachen.de/de/navigation/aemter/kommunales-integrationszentrum-a-46/netzwerke/netzwerk-integration

⁴⁸ StädteRegion Aachen o. J.

⁴⁹ vgl. ebd.

⁵⁰ vgl. ebd.

I) Überregionale Vernetzung der NRWeltoffen-Standorte

Die Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus in Nordrhein-Westfalen organisiert jährliche Netzwerktreffen der NRWeltoffen-Standorte, in denen ein Austausch zu den bestehenden lokalen Projekten stattfindet. Zudem finden bei den Netzwerktreffen Vorträge zu jeweils aktuellen gesellschaftlichen Themen statt, welche für die Phänomenbereiche Rechtsextremismus und Rassismus von Bedeutung sind.

Neben den offiziellen Netzwerktreffen der Landeskoordinierungsstelle haben sich die koordinierenden Fachstellen der Standorte Düren, Heinsberg, Region Rhein-Erft, Stadt Aachen und StädteRegion Aachen zusammengeschlossen, um die überregionale Organisation der extremen Rechten zu thematisieren und gemeinsame Strategien zu entwickeln. Dieses Netzwerk plant zudem jährlich eine Fachtagung zu aktuellen Themen, um durch die bestehenden Netzwerke möglichst viele Menschen, Vereine, Institutionen und Initiativen zu erreichen und den entsprechenden Akteur_innen Handlungsmöglichkeiten in Bezug auf bestimmte Phänomenbereiche zu eröffnen.

www.lks.nrw.de/nrweltoffen

J) ira e. V.

Der Verein ist eine Anlaufstelle für Betroffene geschlechtsspezifischer Gewalt. Bei der Auseinandersetzung mit Rassismus ist eine intersektionale Perspektive erforderlich.⁵¹ Daher ist der Bedarf an bestimmten Förderprogrammen für Menschengruppen, die von einer Mehrfachdiskriminierung betroffen sein können, groß. ira e. V. richtet sich an Menschen, die von Themen wie Zwangsprostitution, sexuelle Ausbeutung, Zwangsverheiratung oder weiblicher Genitalverstümmelung betroffen sind. Die Beratungen können in Form anonymer, psychosozialer und rechtlicher Beratungen wahrgenommen werden. Neben der Fallarbeit bietet ira e. V. auch eine flächendeckende Präventionsarbeit an, bei der kommunale Einrichtungen, pädagogische Fachkräfte und Vertreter_innen von Institutionen und Initiativen erreicht werden sollen. Pers-

pektivisch soll in der StädteRegion Aachen die rassismuskritische Arbeit eine vermehrt intersektionale Perspektive einnehmen.

ira-ira.de

L) Anbindung an das Kommunale Integrationszentrum StädteRegion Aachen

Die Kommunalen Integrationszentren NRW sollen unter anderem dazu beitragen, die Bildungschancen von zugewanderten Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Entlang der Bildungskette werden in der StädteRegion Aachen vielfältige Maßnahmen zur diversitätssensiblen Öffnung von Bildungseinrichtungen unternommen.

Die Fachkräfte, die im Fachbereich "Integration durch (schulische) Bildung" des Kommunalen Integrationszentrum StädteRegion tätig sind, setzen Programme zur Mehrsprachigkeit, kultureller Vielfalt und rassismuskritischer Öffnung des Bildungssektors um. Die koordinierende Fachstelle des Projekts NRWeltoffen tauscht sich mit den Fachkräften des Bildungsbereichs zu aktuellen Herausforderungen in Bildungseinrichtungen aus und unterstützt die vom Bildungsbereich durchgeführten Maßnahmen rund um die Themen Rassismus und Rechtsextremismus.

Durch die Verortung im Kommunalen Integrationszentrum StädteRegion Aachen kann NRWeltoffen auf bestehende Netzwerke und Arbeitsfelder im Bereich "Integration als Querschnittsaufgabe" zurückgreifen und bei Bedarf entsprechend beraten.

staedteregion-aachen.de/de/navigation/aemter/kommunales-integrationszentrum-a-46/integration-durch-bildung

M) Das bundesweite Schüler_innen-Netzwerk "Schule ohne Rassismus - Schulen mit Courage"

Das Netzwerk "Schulen ohne Rassismus - Schulen mit Courage" bietet Schüler_innen und Lehrkräften die Möglichkeit, sich mit den Themen Rassismus, Diskriminierung, Ausgrenzung und Mobbing auseinanderzusetzen. In der StädteRegion Aachen sind zum Zeit-

⁵¹ Intersektionalität meint die Überschneidung und das Vorhandensein mehrerer Diskriminierungskategorien (z. B. Gender, Behinderung, Religiosität), von der eine Person gleichzeitig betroffen sein kann (vgl. Heinrich Böll Stiftung o.J.).

punkt der Erstellung dieses Handlungskonzepts achtzehn Schulen Teil des Netzwerks.

Die Regionalkoordination ist im Kommunalen Integrationszentrum StädteRegion Aachen verortet. Ihre Aufgabe ist es, die Schulen untereinander zu vernetzen und bei der Umsetzung von Maßnahmen gegen Rassismus beratend zu unterstützen. Darüber hinaus finden regelmäßige Netzwerk- und Informationstreffen statt, sowohl auf lokaler Ebene als auch auf landesweiter Ebene.

www.schule-ohne-rassismus.org

N) Die Volkshochschulen in der StädteRegion Aachen

Die Volkshochschulen (VHS) leisten in der StädteRegion Aachen einen wichtigen Beitrag zur Erwachsenen- und Weiterbildung. Es handelt sich dabei um kommunale Einrichtungen, die Veranstaltungen der gesellschaftlich-politischen Bildung anbieten und sich selbst als "Ort der Demokratie"⁵² verstehen. Die Volkshochschulen der StädteRegion Aachen beteiligen sich in Kooperation mit der koordinierenden Fachstelle des Projekts NRWeltoffen an den jährlich stattfindenden Aktionswochen und -tagen gegen Rassismus und erfüllen damit eine wichtige Kooperationsfunktion.

O) Die Koordinationsstelle Historisch-politische Bildung der StädteRegion Aachen

Seit 2018 besteht im Bildungsbüro (A 43) der StädteRegion Aachen eine Stelle zur Bearbeitung der Bereiche historisch-politische Bildung, Erinnerungskultur, Denkmalpflege und Friedensbildung. Im Rahmen der Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus spielt die historisch-politische Bildung eine tragende Rolle, sodass ein regelmäßiger Austausch zu dem Thema mit weiteren entsprechenden Stellen sinnvoll ist. Das Netzwerk historisch-politische Bildung in der StädteRegion Aachen tauscht sich in regelmäßigen Treffen über wichtige Veranstaltungen und Themen aus.

staedteregion-aachen.de/de/navigation/aemter/bildungsbuero-a-43/kubis-kulturelle-bildung-in-der-staedteregion-aachen/historisch-politische-bildung-erinnerungskultur

P) Die Schulpsychologischen Beratungsstellen - Systemberatung Demokratieförderung und Extremismusprävention

Angebunden an die schulpsychologische Beratungsstelle in der StädteRegion Aachen bietet die Systemberatung Extremismusprävention (SystEx) bedarfsorientierte Unterstützung an Schulen zu den Themen Extremismusprävention und Demokratieförderung an. Hauptaufgabe der SystEx-Kräfte ist die Prävention von links-, rechtsorientiertem, islamistischem und antisemitischem Extremismus an Schulen. Bei der Betreuung und Beratung der Schulen in der StädteRegion Aachen zu den Themen Rechtsextremismus und Rassismus erfolgt eine enge Abstimmung sowie Zusammenarbeit mit der SystEx Kraft, sodass sich die Angebote ergänzen und inhaltlich vielschichtig aufgestellt sind.

staedteregion-aachen.de/de/navigation/aemter/amt-fuer-kinder-jugend-und-familie-a-51/beratung-und-hilfe/schulpsychologische-beratungsstelle

Q) Die Migrant_innenorganisationen in der StädteRegion Aachen

Migrant_innenorganisationen (MO) sind Initiativen, Vereine und andere Zusammenschlüsse, die mehrheitlich aus Menschen mit internationaler (Familien-) Geschichte bestehen und als Brücke zwischen den verschiedenen Kulturen fungieren. Außerdem bilden die MOs eine wichtige Anlauf- und Beratungsstelle für Neuzugewanderte. Das Projekt NRWeltoffen profitiert in der StädteRegion von der Expertise der Migrant_innenorganisationen und versteht diese als wichtige Kooperationspartner_innen, wenn es um die Konzipierung und Umsetzung entsprechender Maßnahmen geht.

R) Die Servicestellen für Antidiskriminierung nach dem AGG (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz) in der Region

Die Servicestellen für Antidiskriminierung in der Region beraten Menschen, die von Diskriminierung und/ oder Rassismus betroffen sind und entwickeln gemeinsam mit ihnen Strategien, wie sie sich wehren können und welche Rechtsgrundlagen dem zugrunde

⁵² Bundesarbeitskreis Politik – Gesellschaft – Umwelt im Deutschen Volkshochschul-Verband e. V. 2017, S. 14 u. 18

liegen. In der StädteRegion gibt es zur Zeit die Service-
stelle Eifel - angesiedelt beim Caritasverband der
Region Eifel e. V. - sowie das Gleichbehandlungsbüro
in der Stadt Aachen in Trägerschaft des Pädagogischen
Zentrums Aachen e. V.

[www.caritas-eifel.de/soziale-arbeit/migrationshilfe/
servicestelle-fuer-antidiskriminierung/
servicestelle-fuer-antidiskriminierung](http://www.caritas-eifel.de/soziale-arbeit/migrationshilfe/servicestelle-fuer-antidiskriminierung/servicestelle-fuer-antidiskriminierung)

www.gleichbehandlungsbuero.de

Netzwerkarbeit gegen Rechtsextremismus und Rassis-
mus ist von großer Bedeutung, um diesen gesellschaft-
lichen Phänomenen erfolgreich entgegenzuwirken. Es
geht darum, lokale Initiativen und Organisationen zu
vernetzen und zu stärken, um gemeinsam einer sozia-
len Polarisierung und der Ausgrenzung ethnischer
Minderheiten entgegenzuwirken.

Um Radikalisierung und Ausgrenzung zu verhindern,
müssen auch präventive Maßnahmen ergriffen wer-
den, indem Menschen frühzeitig sensibilisiert und
informiert werden. Eine erfolgreiche Netzwerkarbeit
setzt zudem auf die Zusammenarbeit von Politik, Ver-
waltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, um eine
umfassende gesellschaftliche Veränderung zu errei-
chen.

5.1 Die Mitgliedschaft in der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR)

Die StädteRegion Aachen ist seit November 2019 Mit-
glied in der Europäischen Städtekoalition gegen Ras-
sismus. Mit der Mitgliedschaft verpflichtet sich die
StädteRegion Aachen zur Umsetzung des **Zehn-Punkte-
Aktionsplans gegen Rassismus**:

1. Verstärkte Wachsamkeit gegenüber Rassismus
2. Bewertung der örtlichen Situation und der
kommunalen Maßnahmen
3. Bessere Unterstützung für die Opfer von
Rassismus und Diskriminierung
4. Bessere Beteiligungs- und
Informationsmöglichkeiten für die Bürger/innen
5. Die Stadt als aktive Förderin gleicher Chancen

6. Die Stadt als Arbeitgeberin und Dienstleisterin
7. Chancengleichheit auf dem Wohnungsmarkt
8. Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung
durch Bildung und Erziehung
9. Förderung der kulturellen Vielfalt
10. Rassistische Gewalttaten und
Konfliktmanagement

www.eccar.info/en/10-point-action-plan

Die Europäische Städtekoalition gegen Rassismus
wurde am 10. Dezember 2004 in Nürnberg auf Initia-
tive der UNESCO mit dem Ziel gegründet, ein interna-
tionales Netzwerk von Städten zu schaffen, das sich für
die Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung
einsetzt.

Die Ziele der Koalition sind:

- » jede Form von Rassismus und Diskriminierung auf
kommunaler Ebene zu bekämpfen und dadurch
einen Beitrag zum Schutz und zur Förderung der
Menschenrechte sowie zur Achtung der Vielfalt in
Europa zu leisten,
- » die Mitgliedsstädte mit Hilfe des "Zehn-Punkte-
Aktionsplan gegen Rassismus" bei dieser Aufgabe
zu unterstützen und ihnen dabei zu helfen,
Prioritäten zu setzen, ihre Strategien zu optimieren
und ihre Zusammenarbeit zu intensivieren,
- » das gemeinsame Interesse der Mitgliedsstädte
gegenüber der Europäischen Union, dem Europarat
und den Regierungen der europäischen Staaten zu
vertreten und zu fördern,
- » die Kooperation mit Institutionen und
Organisationen, die sich ebenfalls die Bekämpfung
von Rassismus und Diskriminierung zur Aufgabe
gemacht haben, sowie mit anderen Städte-
Netzwerken in Europa zu stärken,
- » die europäische Öffentlichkeit durch
Veranstaltungen und Informationsmaterialien für
den Wert einer gerechten und durch Solidarität
geprägten Gesellschaft zu sensibilisieren und sie zu
motivieren, rassistischen und diskriminierenden
Einstellungen und Verhaltensweisen entschieden
entgegentreten.⁵³

Die Aufsicht über die Umsetzung des Zehn-Punkte-Projektplans ist in der StädteRegion Aachen innerhalb des Projekts NRWeltoffen angesiedelt und bietet gleichzeitig einen wichtigen Orientierungsrahmen für die rassismuskritische Arbeit der Kommunen. Konventionen, Empfehlungen und Erklärungen müssen von den jeweiligen Staaten ratifiziert und umgesetzt werden. Gleichzeitig ist es wichtig, lokale Akteur_innen auch in den Städten einzubeziehen, um sicherzustellen, dass internationale und nationale Instrumente umgesetzt werden. Die Kommunen sind der Schlüssel zur Entwicklung effektiver Synergien.

Im Rahmen der Arbeit in der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus beteiligt sich die koordinierende Fachstelle des Projekts NRWeltoffen schwerpunktmäßig an der Arbeitsgruppe zum Thema "Combat Antisemitismus". Im Rahmen dieser Arbeitsgruppe werden Strategien zur Bekämpfung von Antisemitismus und der Förderung jüdischen Lebens entwickelt. Diese Strategien sollen zukünftig vermehrt in der StädteRegion Aachen umgesetzt werden.

Netzwerkarbeit spielt eine entscheidende Rolle im Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Sie hilft dabei, Kräfte zu bündeln, Informationen auszutauschen und gemeinsame Strategien zu entwickeln, um diesen gefährlichen Phänomenen geschlossen entgegenzuwirken.



⁵³ ECCAR 2020, S. 2f

6 | Organisierter Rechtsextremismus in der Städtereion Aachen

In diesem Kapitel wird eine Klärung des Rechtsextremismus-Begriffs vorgenommen und im Anschluss daran genauer auf das gegenwärtige Vorkommen rechtsextremer Tendenzen in der StädteRegion Aachen eingegangen. Hierbei wird sich zeigen, dass die rechtsextreme Szene in der StädteRegion Aachen ebenso heterogen und diffus auftritt, wie es bundesweit der Fall ist.

6.1 Definition: Rechtsextremismus

Rechtsextreme Ideologien sind solche, die sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richten und dabei eine nationalistische und völkische Vorstellung vertreten.⁵⁴ Im Kern wird dabei die Ausgrenzung und Diskriminierung von Gruppen (aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe, Religion usw.) vorgenommen, die nach Auffassung der ausübenden Gruppierung dieser nicht angehören können⁵⁵:

Rechtsextremismus kann zudem in zwei Dimensionen gefasst werden:

- » Rechtsextreme Einstellungen: bei rechtsextremen Einstellungen ist nicht von einer universell gegebenen und geschlossenen Lehre auszugehen. Es handelt sich vielmehr um die Zusammensetzung verschiedener Einstellungsmuster wie Nationalismus, Ethnozentrismus, Antisemitismus, Rassismus, Islamfeindlichkeit sowie "den Nationalsozialismus verherrlichende oder wenigstens verharmlosende Einstellungen"⁵⁶.
- » Rechtsextreme Verhaltensweisen: Hierunter gefasst wird "politisch zielgerichtetes Verhalten"⁵⁷, also die Verpflichtung einer politischen Agenda, Protestverhalten und Provokation. Dazu gehören rechtsextreme Parteien (NPD usw.) und rechtsextreme Bürger_innenvereinigungen (z. B. Kameradschaften, Reichsbürger_innengruppen, etc.).⁵⁸ Das von den Personengruppen ausgehende und aus rechtsextremen Einstellungen

resultierende Verhalten in Form von Demonstrationen, Gewalt, Wahlverhalten usw. macht die rechtsextremen Verhaltensweisen aus.⁵⁹

Rechtsextremismus meint also:

"Zielsetzungen, die den Individualismus aufheben wollen zugunsten einer völkischen, kollektivistischen, ethnisch homogenen Gesellschaft [...] und in Verbindung damit den Multikulturalismus ablehnen und entschieden bekämpfen".
(Jaschke 2001, S. 30).

6.2 Die Entwicklung der rechten Szene in der Städtereion

Im ersten Handlungskonzept für die StädteRegion Aachen wurden mehrere relevante rechtsextreme Gruppierungen dargestellt. Damals wurde bereits eine Recherche des Szenekenners Michael Klarmann angefertigt, der seit mehreren Jahren die rechtsextreme Szene in der Region beobachtet. Diese Analyse floss in die dargestellte Ausgangslage mit ein. Auch in diesem Handlungskonzept werden, nebst aktueller Fachliteratur zur Darstellung der derzeitigen Dynamik rechtsextremer Tendenzen in der Region, aktuelle Recherchen von Michael Klarmann herangezogen.

In den Jahren 2008 bis 2012 fanden in Stolberg unter bundesweiter medialer Aufmerksamkeit regelmäßige Aufmärsche von rechtsextremen Gruppierungen statt. Der Tod eines jungen Mannes und die Migrationsbiografie des Täters wurden von Akteur_innen aus dem rechtsextremen Milieu dazu instrumentalisiert, Rechtsextreme aus ganz Deutschland zur Teilnahme an Aufmärschen mit rassistischen Motiven zu motivieren.⁶⁰ Auch in den anderen Kommunen der StädteRegion

⁵⁴ Vgl. Minkenberg 2008, S. 464

⁵⁵ Vgl. ebd.

⁵⁶ Stöss 2010, S. 22

⁵⁷ ebd.

⁵⁸ Vgl. ebd.

⁵⁹ Vgl. ebd., S. 23

⁶⁰ Vgl. MBR Köln 2021

Aachen, zu denen neben Stolberg, Herzogenrath, Baesweiler, Alsdorf, Würselen, Eschweiler, Simmerath, Roetgen und Monschau gehören, gab es Zusammenschlüsse der extremen Rechten.⁶¹

Die damals bekannteste aktive Vereinigung war die Kameradschaft Aachener Land, welche im Jahr 2012 verboten wurde.⁶² Später war die "Identitäre Bewegung (IB) - Ortsgruppe Aachen" um den Jahreswechsel 2016/ 2017 aktiv geworden. Sie erhielt vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit, machte jedoch u. a. durch ein Banner an der Burg Frankenberg in Aachen mit der Aufschrift "Grenzen schützen. Leben retten" auf sich aufmerksam.⁶³ Die IB führte ihre Aktivitäten überwiegend in der Stadt Aachen durch, konnte jedoch auch einige Anhänger_innen aus der StädteRegion Aachen für sich gewinnen und setzte sich "weitestgehend aus Mitgliedern [zusammen], die aus der Neonaziszene stammen und weiterhin eng mit dieser verbunden sind"⁶⁴. Teilweise treten ehemalige Mitglieder der aktiven Gruppierungen heute noch in der StädteRegion Aachen in Erscheinung.

Auffallend ist, dass Akteur_innen, die ursprünglich zu rechtsextremen Gruppierungen gehörten und im ersten Handlungskonzept aufgeführt wurden, mittlerweile teils nicht mehr öffentlich als Rechtsextreme auftreten, sich jedoch vermehrt im Kontext der Proteste gegen die Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus zeigten. Insbesondere unter den Verschwörungsgläubigen und Gegner_innen der Corona-Schutzmaßnahmen ist das politische Spektrum vielfältig.⁶⁵ Diese Mischszene organisiert sich neben regelmäßig stattfindenden "Spaziergängen" und Demonstrationen auch virtuell und propagiert ihre politische Agenda in den geläufigen sozialen Medien. Sie greift außerdem Themen wie den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, die steigenden Energiekosten in Deutschland oder den Klimawandel als Inhalte ihrer Proteste auf und instrumentalisiert diese, um Menschen zu mobilisieren.

Aktuelle und weiterführende Recherchen bestätigen, dass in der StädteRegion Aachen nach wie vor rechte Strukturen bestehen und dort ein Radikalisierungspotenzial - insbesondere aufgrund der derzeit herrschenden Krisen - besteht. Die äußerst vielfältige Szene rund

um die Corona-Protest-Bewegung kooperiert teils mit völkischen Parteien oder lässt die Anwesenheit von Rechtsextremen und offen rechten Redner_innen zumindest immer wieder zu. Nur vereinzelt positionieren sich Teilnehmende der Proteste gegen die dort anwesenden Rechtsextremen.

Die Gefahr dabei besteht darin, dass Teile dieser Protest-Szene mittlerweile auch andere Themen (z. B. den Klimawandel) instrumentalisieren, um Menschen zu mobilisieren. In Kombination mit den multiplen herrschenden Krisen, können einerseits gesellschaftliche Konflikte entstehen und verstärkt werden sowie andererseits rechte Parteien diese Krisen und gesellschaftlichen Konflikte radikal-oppositionell für sich nutzen.

6.3 Das Auftreten rechtsextremer Akteur_innen im Rahmen der Proteste gegen die Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus und sogenannter "Friedensdemos"

Bereits im Verfassungsschutzbericht 2020 wurde deutlich, dass Rechtsextremist_innen und andere antidemokratische Gruppierungen die Corona-Pandemie für sich instrumentalisierten und zu Gewaltangriffen und Angriffen auf die bestehenden demokratischen Strukturen aufriefen.

Demonstrationen und "Spaziergänge"⁷⁰ gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie finden zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Handlungskonzepts nur noch äußerst selten statt. Stattdessen wird jedoch der Angriffskrieg durch Russland auf die Ukraine als Thema von den Akteur_innen genutzt. Bei ebendiesen Protesten, die als sogenannte "Friedensdemos" stattfinden, werden überwiegend die USA, die NATO und die deutsche Bundesregierung kritisiert: "Man demonstriere gegen das ‚Terrorregime von Berlin‘ und gegen ‚Führer‘ wie Baerbock bzw. Habeck."⁷¹

Im Rahmen der Proteste gegen die Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus, fielen in der StädteRegion Aachen vereinzelt Personen auf, weil sie an der Anfertigung von Bannern mit NS-Vergleichen und einer bekannten Inschrift des Konzentrationslagers Auschwitz (statt "Arbeit macht frei", "Impfen macht frei

⁶¹ StädteRegion Aachen 2017

⁶² Vgl. ebd.

⁶⁴ Landesregierung NRW 2017

⁶⁵ vgl. Klarmann 2022

⁶⁶ ebd., S. 3

⁶⁸ Vgl. ebd.

- für 9 Monate⁷²⁾ beteiligt waren. Die Polizei leitete im Anschluss Ermittlungen gegen die Verantwortlichen ein.⁷³ Der o. g. Slogan relativiert die Shoa und damit die Verbrechen Deutschlands aus dem Zweiten Weltkrieg. In Kapitel 8 dieses Handlungskonzepts wird näher erläutert, weshalb ein solcher Vergleich höchstproblematisch ist.

Auch in der StädteRegion wird der Begriff "Globalismus" von Extremist_innen häufig als Äquivalent zum Begriff "Globalisierung" genutzt und meint verschiedene Phänomene, die mit der heutigen wirtschaftlichen, weltpolitischen und kulturellen Dynamik verbunden werden. Die Beschleunigung dieser Dynamik ist nicht selten der Auslöser für Verunsicherungen und Ablehnung.

Rechtsextreme deuten dies häufig als Gefährdung einer vermeintlichen "nationale Identität" durch globale Migrationsströmungen. "Globalismus" wird zudem als antisemitisches Narrativ im Zusammenhang mit Verschwörungsmythen genutzt, indem von "Globalist_innen" gesprochen wird, die eine sogenannte "Neue Weltordnung" herbeiführen würden. Manche Gruppen sprechen von einer "Elite" bestehend aus jüdischen Menschen, die globale Entwicklungen lenken, Migrationsströme leiten und damit die Steuerungsfähigkeit der Staaten unterbinden würde.⁷⁶ Der Begriff "Gender-Ideologie" findet sich häufig als antifeministischer Begriff bei der extremen Rechten. Damit gemeint sind Bewegungen wie die Genderforschung und gegenwärtige Sexismus-Debatten, aber auch beispielsweise der Einsatz für die Gleichbehandlung gleichgeschlechtlicher Lebenspartner_innenschaften. Mit dem fortschreitenden Angriffskrieg auf die Ukraine und der vermehrt öffentlich stattfindenden Kritik an Wladimir Putin und der Regierung Russlands, der Teilmobilisierung russischer Männer und Kriegsverbrechen verübt durch russische Streitkräfte, wird auch Kritik an der russischen Politik aufgegriffen und von den Protestierenden geäußert. Dennoch bleiben die Protestierenden der vorwiegenden Kritik am "Westen" treu.

6.4 Sonstige Akteur_innen aus dem rechtsextremen und antidemokratischen Spektrum

Die Behörden in der Region ordnen ca. 120 Bewohner_innen der StädteRegion Aachen dem "Reichsbürger"-Milieu zu.⁷⁸ Laut diesem könne man die in der Region lebenden "Reichsbürger_innen" zwar nicht eindeutig dem rechtsradikalen Spektrum zuordnen, dennoch seien sie grundsätzlich als extremistisch und verfassungsfeindlich einzustufen.

Im Juli 2020 wurden bundesweite Razzien aufgrund von Ermittlungen gegen eine rechtsextreme und antisemitische Gruppierung namens "Goyim-Netzwerk" durchgeführt. Ein Hauptverdächtiger lebt in der Grenzregion Aachen-Heerlen. Er agierte zuvor auch in Aachen selbst und soll die "Goyim Partei Deutschland", bei der es sich um eine Vereinigung von Rechtsextremen, "Reichsbürger_innen" und Antisemit_innen handelt, gegründet haben.⁷⁹

In Roetgen wohnte eine rechtsesotherische Verschwörungsgläubige, die unter anderem die "Gelbwesten-Protteste" gegen den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag im Januar 2019 in Aachen anmeldete. An der Demonstration nahmen verschiedene Akteur_innen wie Rechtsextremist_innen, "Reichsbürger_innen"⁸⁰ teil.

Die Gruppe "Syndikat 52", die im letzten Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus für die StädteRegion Aachen eine große Rolle gespielt hat, tritt zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Konzepts in Aachen nicht mehr öffentlich auf. "Syndikat 52" versteht sich als Nachfolgeorganisation der verbotenen KAL.⁸² Im Zeitraum zwischen 2015 bis 2022 fiel die Gruppe regelmäßig durch großflächige Neonazi-Schmierereien und Aufkleber auf.⁸³ Außerdem kam es immer wieder zu tätlichen Auseinandersetzungen mit Antifaschist_innen oder Aktionen gegen Lokalpolitiker_innen, insbesondere in der Stadt Aachen. Zuletzt wurden zwei Vertreter der Gruppe im Juni 2022 wegen der Schändung eines jüdischen Friedhofs in Geilenkirchen zu Bewährungsstrafen verurteilt.⁸⁴ Seit geraumer Zeit scheint die Gruppe in der StädteRegion Aachen inaktiv zu sein.

⁶⁹ Vgl. bpb 2022

⁷⁰ Zu den Hochzeiten der Corona-Pandemie war zur Eindämmung der Infektionszahlen das Versammlungsrecht in Deutschland zeitweise eingeschränkt. Gegner_innen der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie konnten durch unangemeldete Spaziergänge in Gruppen diese Einschränkungen teilweise umgehen.

⁷¹ vgl. Klarmann 2022

⁷² ebd., S. 19

⁷³ vgl. ebd.

⁷⁴ vgl. Klarmann 2022

⁷⁵ zit. nach Klarmann 2022, S. 23

6.5 Politisch motivierte Straftaten aus dem rechtsextremen Milieu

2021 wurden 59 Straftaten politisch motivierter Kriminalität von Rechts in der StädteRegion Aachen in der Kriminalstatistik für das Land NRW aufgeführt.⁸⁵ Davon wurden 17 Straftaten in Eschweiler, 7 Straftaten in Alsdorf, 15 in Stolberg, 10 Straftaten in Herzogenrath, 4 Straftaten in Würselen und 4 Straftaten in den Eifelkommunen Roetgen und Simmerath zur Anzeige gebracht.⁸⁶ Bei den Straftaten handelte es sich um Volksverhetzung, Verstöße gegen die § 86 und 86a des StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen), Beleidigungen, Bedrohungen und Nötigungen.⁸⁷ Bei dieser Aufzählung ist davon auszugehen, dass die Dunkelziffer dieser Straftaten höher ist als die Zahl der registrierten Straftaten.

6.6 Rechtsextremismus und Radikalisierung im Netz

Virtuelle Lebenswelten nehmen einen großen Teil des Alltags vieler Menschen ein. Dass auch rechtsextreme Akteur_innen den virtuellen Raum einnehmen, um ihre menschenfeindliche Grundhaltung zu verbreiten, ist sehr beständig. Besonders Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene werden regelmäßig von rechtsextremen Inhalten erreicht. Die Kombination aus einem vermeintlich anonymen Raum und einer daraus resultierenden geringen Hemmschwelle bei der Äußerung von Inhalten, führen dazu, dass politische Radikalisierung im Internet stattfindet. Zudem sind die Algorithmen der wichtigsten Sozialen Medien wie Facebook, Instagram und Youtube so konzipiert, dass sie Radikalisierung begünstigen, indem den Konsument_innen immer wieder Inhalte zugespielt werden, die ihnen interessant erscheinen. Interessiert sich ein_e Konsument_in also für Verschwörungsmymen oder völkische Ideologien, werden ihm_ihr immer wieder ähnliche Inhalte zugespielt, was die Weltanschauung entsprechend festigt.

Zudem ist die Vernetzung mit politisch Gleichgesinnten im Internet äußerst einfach und bietet eine Möglichkeit, sich relativ schwer nachvollziehbar in einem

anonymen Raum zu organisieren und Strukturen zu festigen. Welche Gefahren die mögliche Radikalisierung birgt, wird deutlich, wenn man die rechtsextremen Terroranschläge der letzten Jahre genauer betrachtet: Rechtsterrorist_innen "vernetzten sich untereinander, verbreiteten ihre menschenfeindlichen Auffassungen online, planten ihr Vorgehen und fanden dafür Unterstützung von ihrer digitalen Community".⁸⁸

Im Internet finden vermehrt Meinungsbildungsprozesse statt, weil der Zugang zu den dort verfügbaren Informationen sich häufig niedrigschwelliger als in der analogen Welt darstellt. So können auch Falschinformationen, Verschwörungsmymen und rechte Ideologien einfach verbreitet werden. Dabei sind Falschinformationen kaum zu identifizieren und haben einen großen Wirkungsradius.

Rechtsextreme Akteur_innen zielen bei ihrer digitalen Propaganda darauf ab, bereits bestehende Strukturen und Mitglieder der Szene ideologisch zu festigen und gleichzeitig neue Mitglieder zu gewinnen.⁸⁹ Außerdem kann durch radikale Äußerungen im Netz eine große Aufmerksamkeit (auch durch die Empörung ihrer Gegner_innen) erzielt werden und die Grenzen dessen, was gesagt werden darf, können verschoben werden.

Rieger et. Al. (2020) nennen drei Kernelemente von Online-Propaganda:

- » Stilmittel der Komplexitätsreduktion: Komplexe globale, wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge werden durch Falschinformationen und/ oder die Reduktion auf für die eigene Argumentation notwendige Fakten verkürzt dargestellt und dazu genutzt, um ursprünglich nicht bestehende Bezüge herzustellen und Realität entsprechend den intendierten politischen Zielen zu manipulieren. Auf diese Erklärungen folgen dann vermeintlich simple Lösungen, die meist mit der Präsentation von "Schuldigen" verbunden sind, gegen die man geschlossen vorgehen möchte.
- » Das "Wir-Die"- und "Opfer"-Narrativ: Bei gesellschaftlichen Missständen wird damit argumentiert, dass die "eigene" nationale Gruppe

⁷⁶ Amadeu Antonio Stiftung 2023

⁷⁷ vgl. ebd., S. 41

⁷⁸ Demokratie Leben! Stadt Aachen 2023

⁷⁹ vgl. MBR Köln 2021

⁸⁰ vgl. ebd.

⁸¹ Vgl. Klarmann 2022

⁸² Vgl. StädteRegion Aachen 2018, S. 8

⁸³ Vgl. Demokratie leben! Aachen 2022

⁸⁴ Endstation Rechts/ Klarmann 2022

⁸⁵ vgl. Landtag Nordrhein-Westfalen 2022

⁸⁶ vgl. ebd.

⁸⁷ vgl. ebd.

(bspw. in diesem Fall das "Deutsche Volk") Opfer politischer Entscheidungen ist und die gegenübergestellte Gruppe (bspw. geflüchtete Menschen) der Grund für diese Benachteiligung ist. Als Lösung wird an dieser Stelle also das geschlossene Vorgehen gegen die "schuldige" Gruppe propagiert.

- » Verschwörungstheorien: Diese helfen dabei, die Ideologien und Propaganda zu verinnerlichen. Auch hier werden unterkomplexe Erklärungen dazu genutzt, eine interne "Wahrheit" zu verbreiten und bieten damit ein Gefühl, dass den Anhänger_innen vermittelt, dass sie Teil einer "ausgewählten Gemeinschaft sind".⁹⁰ Die verbreiteten Verschwörungsmythen gehen häufig mit antisemitischen Vorurteilen oder der vermeintlichen Bedrohung durch "Andere" (bspw. Geflüchtete, Muslim_innen, Jüd_innen) einher.

Durch die o. g. Elemente bietet sich der virtuelle Ort für die Verbreitung rechtsextremer und rassistischer Narrative an. Dementsprechend wichtig sind Gegenstrategien und die Aufklärung über die Strategien rechter und verfassungsfeindlicher Gruppierungen, die den virtuellen Raum für sich nutzen. Auch in der StädteRegion nutzen die rechten Akteur_innen, Parteien und Gruppierungen Online-Medien und -Nachrichtendienste, um sich zu vernetzen und Informationen zu teilen.

6.7 Fazit

In diesem Kapitel wird deutlich, dass sich in der StädteRegion Aachen sowohl online als auch in der analogen Welt Gruppierungen gebildet haben, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung infrage stellen und gefährden. In der Darstellung wird die Komplexität gegenwärtiger rechtsextremer und antidemokratischer Dynamiken deutlich, was einen Bedarf an entsprechenden Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in der StädteRegion Aachen begründet. Die Kontinuität bundesweiter rechtsterroristischer Attentate und Gewalttaten verdeutlichen den Stellenwert von Gegenmaßnahmen, die auf verschiedenen Ebenen ansetzen müssen.

Die StädteRegion Aachen ist eine der bevölkerungsreichsten Regionen Nordrhein-Westfalens und liegt im Herzen Europas. Gerade auf lokaler Ebene bilden sich immer wieder Gruppierungen, Organisationen und Szenen, die die Städte und Gemeinden herausfordern. In den letzten Jahren haben sich in der Region vermehrt rechte Akteur_innen etabliert, die durch ihre rassistischen Ansichten und Handlungen auf sich aufmerksam machen.

Eine wichtige Methode, die von rechten Akteur_innen in der StädteRegion Aachen genutzt wird, ist die Organisation von Demonstrationen und Kundgebungen. Hierbei werden rassistische und antisemitische Parolen skandiert, um Aufmerksamkeit zu erregen und die eigene Ideologie zu verbreiten.

Eine weitere Strategie von rechten Akteur_innen in der StädteRegion Aachen ist die gezielte Nutzung von sozialen Medien. Hierbei werden Falschinformationen verbreitet und gezielte Hassbotschaften gegen Migrant_innen, Geflüchtete und andere Gruppen mit internationaler (Familien-)Geschichte gesendet. Diese Methoden sind besonders effektiv, da sie eine schnelle Verbreitung von Informationen ermöglichen und die Gruppen ggfs. in der Anonymität agieren können.

Rechte Akteur_innen in der StädteRegion Aachen versuchen auch politischen Einfluss zu erlangen, indem sie für rechtsextreme Parteien kandidieren oder sich in lokalen politischen Gremien engagieren. Hierbei setzen sie sich für eine Politik ein, die auf Abschottung und Ausgrenzung von Menschen mit internationaler (Familien-)Geschichte abzielt. Insgesamt ist festzustellen, dass rechte Akteur_innen in der StädteRegion Aachen versuchen, ihre Ideologie auf unterschiedlichen Ebenen zu verbreiten und politischen Einfluss zu erlangen. Es ist daher wichtig, dass die Politik und die Zivilgesellschaft aktiv gegen diese Tendenzen vorgehen und für eine offene und tolerante Gesellschaft eintreten.

Die StädteRegion Aachen ist eine vielfältige Region mit ebenso diversen Bewohner_innen mit unterschiedlichen Hintergründen. Eine offene und tolerante Gesellschaft, in der alle Menschen respektiert und geschützt werden, ist unerlässlich für ein friedliches Zusammenleben.

⁸⁸ Back Up – Come Back - Westfälischer Verein für die offensive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus e. V. o. J., S. 7

⁸⁹ ebd., S. 11

⁹⁰ Rieger et. Al. 2020, S. 347

Rechtsextreme Ideologien und Gewalttaten stellen jedoch eine ernsthafte Bedrohung für diese Gesellschaft dar. Darüber hinaus ist es wichtig, den Rechtsextremismus in der StädteRegion Aachen zu bekämpfen, um die demokratischen Institutionen und die Rechtsstaatlichkeit zu schützen. Eine Stärkung der demokratischen Grundwerte und eine Verurteilung von rechtsextremer Gewalt und Hassverbrechen sind notwendig, um sicherzustellen, dass die Grundlagen unserer friedlichen Gesellschaft nicht untergraben werden. Insgesamt ist die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in der Städtereion Aachen wichtig, um eine offene, tolerante und demokratische Gesellschaft zu schützen und zu bewahren.

Rechtsradikale Positionen sind in vielen Ländern weltweit ein aktuelles Problem. Diese Ideologien sind geprägt von einem autoritären Weltbild, das sich gegen demokratische und liberale Werte richtet. Rechtsradikale Organisationen und Bewegungen fordern häufig eine Abschottungspolitik und stellen die nationale Identität über die Interessen anderer Länder und Kulturen.

Um diesen gefährlichen Ideologien entgegenzuwirken, sind effektive Gegenmaßnahmen erforderlich. Eine mögliche Strategie ist es, die demokratischen Institutionen und Grundrechte zu stärken und gleichzeitig entschlossen gegen rechtsextreme Gewalt und Hassrede vorzugehen. Hierbei spielt eine aktive Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle.

Zusätzlich müssen politische Entscheidungsträger_innen und Medien den öffentlichen Diskurs bewusst gestalten und extremistische Positionen nicht legitimieren oder normalisieren. Es ist wichtig, rechtsradikale Gruppierungen und ihre auf gesellschaftliche Spaltung ausgelegte Stimmungsmache nicht zu verharmlosen und den Fokus auf eine inklusive Gesellschaft zu legen, die sich für Gleichberechtigung und Diversität einsetzt.

Eine weitere wichtige Maßnahme ist es, Bildung und Aufklärung zu fördern, um Vorurteile und Stereotype abzubauen und eine kritische Auseinandersetzung mit extremistischen Positionen zu ermöglichen. Hierbei kann eine enge Zusammenarbeit zwischen Bil-

dungseinrichtungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und staatlichen Institutionen eine wichtige Rolle spielen.

Insgesamt erfordern rechtsextremistische Positionen eine breit angelegte und langfristige Strategie, die auf verschiedenen Ebenen ansetzt und eine aktive Auseinandersetzung mit dieser menschenfeindlichen Lehre ermöglicht. Eine konsequente und entschlossene Haltung gegenüber rechtsextremistischen Positionen ist unerlässlich, um die Demokratie und die Freiheit aller Menschen zu schützen.

⁹¹ Vgl. *demokratie leben! Stadt Aachen 2023*

⁹² Vgl. ebd.

Als allgemeine Empfehlungen für die StädteRegion Aachen ergeben sich die folgenden Punkte:

Sensibilisierung und Prävention:

Kommunen und Städte sollten ein Bewusstsein für Rechtsextremismus schaffen, indem sie öffentliche Kampagnen und Veranstaltungen organisieren, die aufklären und sensibilisieren. Auch in Schulen sollte das Thema stärker in den Lehrplan aufgenommen werden.

Netzwerke aufbauen:

Die Kommunen sollten eng mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, wie z. B. Migrant_innen- und Geflüchtetenorganisationen, zusammenarbeiten, um ein Netzwerk aufzubauen und den Austausch von Informationen und Erfahrungen zu ermöglichen. Ein Instrument hierzu kann eine Meldestelle für Rassismuvorfälle sein.

Stärkung der Demokratie:

Kommunen und Städte sollten sich für eine offene und demokratische Gesellschaft einsetzen. Dazu gehört auch die Förderung von demokratischen Beteiligungsformen und die Stärkung von lokalen Gemeinschaften.

Opfer von Rechtsextremismus unterstützen:

Die Unterstützung von Opfern von Rechtsextremismus und rassistischen Übergriffen sollte ein zentraler Bestandteil der Arbeit von Kommunen und Städten sein. Hierzu gehört auch die Bereitstellung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten.

Null-Toleranz-Politik:

Kommunen und Städte sollten eine Null-Toleranz-Politik gegenüber rechtsextremistischen Aktivitäten verfolgen. Hierzu gehört auch die Zusammenarbeit mit der Polizei und anderen Sicherheitsbehörden.

Empowerment von Betroffenen:

Die Stärkung von Betroffenen von Rassismus und Diskriminierung durch die Förderung von Selbstorganisation und Partizipation ist ein wichtiger Aspekt im Kampf gegen Rechtsextremismus.

Fortbildung und Schulung:

Kommunale Mitarbeiter_innen, insbesondere in den Bereichen der Sozialen Arbeit und Bildung, sollten regelmäßig in Bezug auf Rechtsextremismus und Rassismuskritik geschult, sensibilisiert und fortgebildet werden.

Diese Empfehlungen können dazu beitragen, eine demokratische, offene und tolerante Gesellschaft zu fördern und den Einfluss von rechtsextremen Strömungen zu begrenzen.



7 | Befragung: Rassismuserfahrungen in der StädteRegion Aachen

Im folgenden Kapitel werden die Ergebnisse aus der für dieses Handlungskonzept durchgeführten Erhebung dargestellt. Bewohner_innen mit internationaler (Familien-)Geschichte wurden in der StädteRegion Aachen zu ihrer Wahrnehmung von Rassismuserfahrungen in verschiedenen Bereichen des alltäglichen Lebens befragt. Sie wurden außerdem gebeten, konkrete Wünsche, Bedarfe und Handlungsempfehlungen an die Einrichtungen in der StädteRegion Aachen zu formulieren.

Dem zugrunde liegt der Leitgedanke, dass die Betroffenenperspektive bei der Arbeit gegen Rassismus vermehrt einbezogen werden muss, sodass die entsprechenden Maßnahmen sich an den Erfahrungen und Wahrnehmungen der betroffenen Menschen orientieren und ihnen bestmöglich die Diskurshoheit zum Thema Rassismus zukommt.

In diesem Handlungskonzept wird Rassismus als Konstruktion von Unterschieden, welche in der Legitimation eines gesellschaftlichen Machtverhältnisses mündet, verstanden. Diese konstruierten Unterschiede wirken sich auf die Teilhabezugänge von Menschen aus, indem auf das äußere Erscheinungsbild, die Sprache, die Religion o. ä. Bezug genommen wird und dies dann anhand von Vorurteilen und Kategorisierungen gedeutet wird. So entstehen sozial hergestellte Differenzen, die trotz gesetzlich verankerter Gleichheitsgrundsätze durch systematische Machtgefälle und die Ungleichverteilung von materiellen und symbolischen Ressourcen soziale Ungleichheit produzieren.⁹³

In diesem Kapitel wird zunächst der theoretische Rahmen der Befragung dargestellt, um im Anschluss daran die Methode, die Ergebnisse sowie die Ergebnisdiskussion darzulegen.

7.1 Begriffsklärung und theoretischer Rahmen: Rassismus

Lange wurde in Deutschland der Begriff Rassismus ausschließlich genutzt, wenn die "Rassentrennung" in

den USA, die Apartheid in Südafrika, die Kolonialzeit oder der Nationalsozialismus thematisiert wurden. Seit den 1990er Jahren wird der Begriff zunehmend in der Wissenschaft und dem öffentlichen Diskurs genutzt, um die Kontinuität einer rassistischen Weltordnung zu benennen und präziser darauf eingehen zu können.

Philomena Essed (2022) definiert Rassismus wie folgt: "Rassismus ist eine Ideologie, eine Struktur und ein Prozess, mittels derer bestimmte Gruppierungen auf der Grundlage tatsächlicher oder zugeschriebener biologischer oder kultureller Eigenschaften als wesensmäßig andersgeartete und minderwertige ‚Rassen‘ oder ethnische Gruppen angesehen werden. In der Folge dienen diese Unterschiede als Erklärung dafür, dass Mitglieder dieser Gruppierungen vom Zugang zu materiellen und nicht-materiellen Ressourcen ausgeschlossen werden."⁹⁴

So werden bestimmte Menschengruppen nicht in ihrer Heterogenität anerkannt, sondern als homogene Gruppe, deren Handeln durch ihre Hautfarbe, Religion, oder (vermeintliche) Herkunft erklärt und damit eingeschränkt betrachtet wird. So findet eine stereotypische Einordnung bestimmter Menschen statt, die in einem diametralen Verhältnis zur konstruierten ‚eigenen‘ Gruppe mündet.

Demnach handelt es sich bei Rassismus nicht ausschließlich um das Ausüben rassistischer Diskriminierungen, sondern vielmehr um die auf der Diskriminierung der so konstruierten Gruppen beruhende Legitimation gesellschaftlicher Hierarchien und der damit einhergehenden ungleichen Verteilung von Ressourcen.⁹⁵

Dennoch bedarf es zum genaueren Verständnis von Rassismus eines Blickes darauf, wie Rassismus sich im Alltag äußert. Hierzu wird meist in institutionellen, strukturellen und individuellen Rassismus unterschieden: "Von strukturellem Rassismus spricht man, wenn

⁹³ vgl. Mecheril et al. 2010, S. 162

⁹⁴ Philomena Essed 2022, S. 373-387

⁹⁵ vgl. ebd.

das gesellschaftliche System mit seinen Rechtsvorstellungen und seinen politischen und ökonomischen Strukturen Ausgrenzungen bewirkt, während der institutionelle Rassismus sich auf Strukturen von Organisationen, eingeschliffene Gewohnheiten, etablierte Wertevorstellungen und bewährte Handlungsmaximen bezieht. [...] Der individuelle Rassismus [Alltagsrassismus, Erg. D. Autorin] hingegen beruht auf persönlichen Handlungen und Einstellungsmustern und bezieht sich auf die direkte persönliche Interaktion."⁹⁶

Anhand der oben dargestellten Definition von Rassismus wird klar, dass Rassismus nicht nur dann stattfindet, wenn Menschen diesen bewusst und mit "böser Absicht" ausüben, sondern sich auch auf subtile Art und Weise äußert. Dennoch finden sich alltägliche Praktiken in der Interaktion mit BiPoC, die als Alltagsrassismen benannt werden können. Alltagsrassismus äußert sich vielfältig:

"Es ist die Frage nach der - vermeintlichen - Herkunft, obwohl man in Rostock geboren wurde. Es sind die abwertenden Blicke im Bus, die rassistischen Rufe im Stadion oder auch die Zurückweisung an der Diskotür. Der mit zweierlei Maß messende Ausbilder, die rassistisch-unsensiblen Kolleg_innen oder die diskriminierenden Darstellungen in Büchern, Zeitungen und Filmen." (Nguyen 2014, S. 2)

Eines haben diese Beispiele gemeinsam: Anhand von Alltagsrassismen äußern sich alte und starre Konstruktionen und Zuschreibungen, welche dazu dienen, Menschen einzuordnen. Diese Einordnungen sind meist negativ konnotiert und von rassistischen Denkmustern gelenkt. Dabei wird den mit Rassismus in Verbindung stehenden Wir-/ Ihr- Konstruktionen, die mit einer Hierarchisierung verbunden sind, Ausdruck verliehen.⁹⁷ Alltagsrassismus geht demnach mit einem Machtgefüge einher, bei dem die Mehrheitsgesellschaft, also das ‚Wir‘ entscheidet, was die Norm ist und diese Norm dabei nicht hinterfragt, sondern damit eine "historisch gewachsene, (weiße) Normalität aufrecht [hält, Erg. Der Autorin]. [...] Sie hat Repräsentationsmacht und entscheidet, wer wie dargestellt wird".⁹⁸

Im 19. Jahrhundert erlebte in Europa der biologisch argumentierende Rassismus seine Blütezeit.⁹⁹ Nach

der Zeit der Aufklärung war es notwendig, Menschenrassen pseudowissenschaftlich zu konstruieren, um Versklavung, Ausbeutung und die koloniale Unterwerfung und Beherrschung von Territorien zu legitimieren.¹⁰⁰ Dies zeigt bis heute seine Nachwirkungen: "Der europäische Kolonialismus verankerte in den Denkmustern ‚weißer‘ Europäer_innen Vorstellungen von einer Ungleichwertigkeit der nicht-europäischen kolonisierten Bevölkerungen, die bis in die Gegenwart nachwirken, wenn Geflüchtete als ‚kulturell fremd‘ und ‚bedrohlich‘ betrachtet werden."¹⁰¹ Dieses Bild findet nicht selten Anklang bei Rechtsextremist_innen und -populist_innen, welche sich selbst durch eine Abgrenzung (häufig von Muslim_innen) in eine überlegene, christlich-moralische und fortschrittlich-emanzipierte Position zu rücken versuchen.

Durch die vergangene antirassistische Arbeit in der StädteRegion Aachen findet zwar bereits ein Fachdiskurs mit fachnahen Akteur_innen, Vereinen und Institutionen statt, dieser erreicht bisher jedoch nicht die breite Öffentlichkeit. Häufig wird Rassismus im öffentlichen Diskurs noch dem rechtsextremen Spektrum zugeordnet. Die eigene Positionierung innerhalb einer strukturell benachteiligenden Gesellschaft wird dabei häufig außer Acht gelassen.

Im nationalen Rassismus- und Diskriminierungsmonitor zeigte sich, dass ca. 30% der Menschen eine Rassismuskritik durch betroffene Menschen als Überempfindlichkeit empfinden und ca. jede_r Zweite Rassismuskritik als Einschränkung der Meinungsfreiheit sieht.¹⁰²

Die in der StädteRegion Aachen durchgeführte Umfrage verdeutlicht ebenfalls, dass nach wie vor ein hoher Bedarf der gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Rassismus fortbesteht.

7.2 Methodik und Forschungsstand

Bei der vorliegenden Befragung zu rassistischen Diskriminierungserfahrungen wurde eine quantitative Forschungsmethode angewandt, die durch zwei qualitative Fragen in Form der freien Antwortmöglichkeit ergänzt wurde.

⁹⁶ Rommelspacher 2009, S. 30

⁹⁷ vgl. ebd.

⁹⁸ Nguyen 2014, S. 2

⁹⁹ vgl. Messerschmidt 2009, S. 80

¹⁰⁰ Vgl. ebd.

¹⁰¹ ebd.

¹⁰² NaDiRa 2022, S. 4

Die Rohdaten sowie alle weiteren Ergebnisse der Befragungen können bei der koordinierenden Fachstelle des Projekts NRWeltoffen der StädteRegion Aachen eingesehen werden.

Mehr als 70% der Befragten geben an, in ihrem Leben Rassismus erfahren zu haben.¹⁰³ Dies untermauert die Notwendigkeit entsprechender Maßnahmen und eines Konzeptes für die Antirassismuserbeit in der StädteRegion Aachen sowie die Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rassismus und Diskriminierung.

Um die Perspektive der Menschen, welche von rassistischen Diskriminierungen betroffen sind, verstärkt einzubeziehen, wurde der aktuelle Fragebogen dieser Umfrage so konzipiert, dass die Bereiche erfasst werden, in denen es aus Sicht der Betroffenen vermehrt zu rassistischen Diskriminierungserfahrungen kommt. So können konkrete Handlungsbedarfe aus der Sicht der Betroffenen ermittelt und Handlungsaufträge an die Antirassismuserbeit in der StädteRegion Aachen sowie die Politik formuliert werden. Ferner wird der persönliche Umgang mit rassistischen Diskriminierungserfahrungen abgefragt, um herauszustellen, wie Betroffene im Sinne des Empowerments bei der Verarbeitung dieser und dem Umgang mit ihnen unterstützt werden können.

Der quantitative Teil des Fragebogens wurde mit dem Online-Tool LimeSurvey durchgeführt. Die Auswertung wurde ebenfalls mithilfe der Statistiken angefertigt, welche das Tool erstellt.

Der quantitative Fragebogen wird durch einige Fragen mit der Möglichkeit einer freien schriftlichen Antwort (Freifelder) ergänzt, sodass zusätzliche Themen und Wünsche formuliert werden können.

Der Fragebogen besteht aus 34 Fragen und behandelt die folgenden Themenschwerpunkte:

- » Allgemein-personenbezogene Daten (demografische Daten)
- » Persönliche Rassismuserfahrungen
- » Einschätzung zu den Ursachen von Rassismus

- » Erfahrungen mit Behörden und Institutionen
- » Persönlicher Umgang mit Rassismus
- » Reaktionen auf rassistische Diskriminierungserfahrungen durch Dritte
- » Handlungsaufträge an die StädteRegion Aachen

Zur Beteiligung Betroffener an der Erstellung der Umfrage wurde der Fragebogen vor der Veröffentlichung und Durchführung im Arbeitskreis der Integrationsräte der StädteRegion Aachen vorgestellt und entsprechende inhaltliche und methodische Rückmeldungen in die Weiterarbeit miteinbezogen.

Der Fragebogen wurde auf Wunsch des Arbeitskreises der Integrationsräte auf die in der StädteRegion am häufigsten vorkommenden Sprachen übersetzt, um auch den Menschen, die nicht ausreichend deutsche Sprachkenntnisse besitzen, die Möglichkeit zur Teilnahme an der Befragung zu gewähren. Die Sprachen, in die übersetzt wurde, sind: Türkisch, Arabisch, Persisch, Russisch, Englisch, Französisch und Rumänisch. Durch einen Pre-Test, an dem Menschen mit internationaler (Familien-)Geschichte teilgenommen haben, wurde der Fragebogen auf Unstimmigkeiten und Verständlichkeit geprüft und entsprechende Rückmeldungen eingearbeitet. Die Teilnehmenden des Pre-Tests haben nicht an der hier dargestellten Befragung teilgenommen.

7.3 Zielgruppe und Stichprobe

Zielgruppe der Umfrage sind Menschen mit Migrationsbiografie oder Migrationsbiografie innerhalb der Familie, also Menschen, die als ‚nicht-deutsch‘ gelesen werden und von rassistischen Diskriminierungserfahrungen betroffen sind. Zur Akquise der Teilnehmer_innen wurden die Migrant_innenselbstorganisationen, die Integrationsräte, Ehrenamtliche, das Netzwerk Integration und die Migrationsberatungen der StädteRegion Aachen kontaktiert.

Die vorliegende Auswertung bezieht sich auf 122 vollständig ausgefüllte Fragebögen. Demnach lassen sich keine verallgemeinernden Aussagen treffen, Tendenzen können jedoch benannt werden.

¹⁰³ Vgl. Kapitel 7.4

7.4 Forschungsfragen

Durch die Befragung soll erfasst werden, welche Bedarfe gesehen werden und welche Maßnahmen aus Sicht der Betroffenen durch die StädteRegion Aachen durchgeführt werden sollen. Dabei sind die Forschungsfragen die folgenden:

Inwiefern und in welchen Bereichen des alltäglichen Lebens erfahren die Befragten rassistische Diskriminierungen?

Welche Aspekte werden von den Befragten als Ursache für rassistische Diskriminierungen gesehen?

Was lösen Rassismuserfahrungen bei den Befragten aus und welche Folgen hat Rassismus für die Betroffenen?

Welche Wünsche werden im Hinblick auf die Prävention von Rechtsextremismus und Rassismus an die Städtereion Aachen gerichtet?

7.5 Auswertung der Umfrageergebnisse

7.5.1 Allgemein-personenbezogene Daten

An der Umfrage haben 60 Frauen, 38 Männer und eine nicht-binäre Person teilgenommen. 23 Personen machten keine Angabe zu ihrem Geschlecht. 22,95% (n=28) der Teilnehmenden sind zum Zeitpunkt der Befragung zwischen 18 und 24 Jahren alt, 17,21% (n=21) zwischen 25 und 34 Jahren alt, 13,11% (n=16) zwischen 35 und 44 Jahren alt, 18,03% (n=22) der Befragten zwischen 45 und 54 Jahre alt und 9,84% (n=12) älter als 55 Jahre. 62 (50,82%) der Teilnehmenden haben die deutsche Staatsbürgerschaft, 15 (12,3%) haben die türkische Staatsbürgerschaft, sieben (5,74%) der Teilnehmenden besitzen die syrische Staatsbürgerschaft, sechs (4,92%) Befragte die marokkanische Staatsbürgerschaft und vier (3,28%) der Befragten die afghanische Staatsbürgerschaft. Jeweils ein_e Befragte_r (0,82%) hat die bulgarische, die rumänische, die polnische und die nigerianische Staatsbürgerschaft. Weiter gibt eine Person an, ‚staatenlos‘ zu sein und 11 Personen (9,02%) eine sonstige Staatsbürgerschaft (nicht EU).

Als nächstes wird erfasst, in welchen Kommunen der StädteRegion Aachen die Befragten wohnen. Drei der Befragten wohnen in Alsdorf (2,46%), neun der Befragten in Baesweiler (7,38%), zehn der Befragten in Eschweiler (8,2%), acht der Befragten in Herzogenrath

(6,56%), neun der Befragten in Stolberg (7,38%), zwei der Befragten in Simmerath (1,64%), eine befragte Person in Roetgen (0,82%), sechs der Befragten in Monschau (4,92%), sieben der Befragten in Würselen (5,74%) und 37 der Befragten (30,33%) in der Stadt Aachen. 30 der befragten Personen machten keine Angabe zu der Kommune, in welcher sie leben.

14 der Teilnehmer_innen leben seit weniger als fünf Jahren in Deutschland (11,48%), 12 der Teilnehmenden zwischen fünf und zehn Jahren (9,84%), sieben der Teilnehmenden seit zwischen 15 und 20 Jahren (5,74%), 26 der Teilnehmenden seit mehr als 20 Jahren in Deutschland und 40 der Befragten Personen (32,79) sind in Deutschland geboren.

32 der Befragten (26,23%) geben Deutsch als ihre Muttersprache an, während 66 Personen eine sonstige Sprache als ihre Muttersprache angeben (54,10%).

Korrelationen zwischen den einzelnen Kategorien der allgemein-personenbezogenen Daten und anderen Kategorien der Umfrage sind für dieses Handlungskonzept nicht relevant und werden dementsprechend nicht näher ausgeführt. Dennoch helfen die Daten bei der Einordnung der Stichprobe. Dabei zeigt sich, dass es sich bei der Stichprobe um Personen aller Altersgruppen (ab Volljährigkeit) und Bewohner_innen aller Kommunen, die zur StädteRegion Aachen gehören, handelt.

7.5.2 Religionszugehörigkeit

In diesem Teil der Umfrage wurde erfasst, welcher Religion sich die Befragten zugehörig fühlen. 18 (14,75%) der Befragten geben an, sich dem Christentum zugehörig zu fühlen. 56 der Befragten (45,9%) geben an, sich dem Islam zugehörig zu fühlen, drei Personen dem Buddhismus (2,46%), eine Person (0,82%) dem Hinduismus und 19 Personen, dass sie sich keiner Religion zugehörig fühlen.

7.5.3 Angaben zu persönlichen Rassismuserfahrungen

Von den 122 befragten Personen geben 90 Personen (73,77%) an, in ihrem Leben rassistische Diskriminierungserfahrungen gemacht zu haben. 16 Personen (13,11%) geben an, in ihrem Leben keine rassistischen Diskriminierungserfahrungen erlebt zu haben. Eben-

falls 16 Personen machen hierzu keine Angabe. Bei der Frage, worauf sich die rassistischen Diskriminierungen bezogen, geben 72 Personen (59,05%) an, dass diese sich auf das äußere Erscheinungsbild (z. B. Kleidung, Haarfarbe etc.) bezogen, 46 Personen (37,70%), dass sie sich auf die Sprache bezogen, 74 (60,66%) Personen, dass sie sich auf die zugeschriebene Herkunft bezogen und 11 Personen (9,02%), dass sie nicht genau sagen können, worauf sich diese bezogen. 11 Personen (9,02%) geben zudem an, dass sich die rassistischen Diskriminierungserfahrungen auf sonstige Merkmale bezogen.

An diese Frage schließt ein Freifeld an, dessen Auswertung in Kapitel 7.7.7 aufgeführt wird.

Die Befragten wurden in der Umfrage gebeten, ihre Einschätzung abzugeben, ob rassistische Diskriminierungserfahrungen in den letzten drei Jahren nach ihrer subjektiven Einschätzung gestiegen sind, gesunken sind oder unverändert seien. Darauf antworten 67 der Befragten (54,92%), dass rassistische Diskriminierungen aus ihrer Sicht in den letzten drei Jahren zugenommen hätten. 12 der Befragten (9,84%) geben an, dass sie weniger geworden seien und 16 Personen (13,11%), dass die Frequenz unverändert ist. 19 befragte Personen (15,57%) machen die Angabe, dass sie dies nicht beurteilen können oder wollen.

An diese Frage schließt ein Freifeld an, dessen Inhalte in Kapitel 7.6.3.1 anhand einer qualitativen Inhaltsanalyse dargestellt werden.

Im nächsten Teil der Umfrage wurde gefragt, in welchem Umfeld die Befragten in der Vergangenheit rassistische Diskriminierungserfahrungen gemacht haben. Dabei wurden die Bereiche im Arbeitsverhältnis (z. B. Arbeitssuche, Arbeitsplatz, Berufsausbildung), Bildung (KiTa, Schule, Universität, Sprachkurs), Amt oder Behörde (z. B. Arbeitsagentur, Ausländerbehörde), Alltag (z. B. beim Einkaufen, im Bus), im Internet (z. B. Facebook, Twitter), bei der Polizei, im Gesundheitssektor (z. B. Arzt, Krankenhaus), bei Freizeitaktivitäten (z. B. Fitnessstudio, Sportverein) und im eigenen Freundeskreis, abgefragt. Die Teilnehmer_innen der Umfrage konnten die Bereiche von "trifft voll zu" bis "trifft absolut nicht zu" anhand einer 6-stufigen Intervallskala bewerten.

Die Ergebnisse werden in der folgenden Tabelle (Abb. 1) abgebildet

Bei der Sichtung der Ergebnisse fällt auf, dass bei der Frage nach rassistischen Diskriminierungserfahrungen Amt oder Behörde von mehr als einem Drittel der Befragten (n=55) als Bereich, in denen die Erfahrung gemacht werden, mit "trifft völlig zu" bewertet wurde.

	Trifft völlig zu	Trifft zu	Trifft eher zu	Trifft eher nicht zu	Trifft nicht zu	Trifft absolut nicht zu
Im Arbeitsverhältnis	22,13%	20,49%	15,57%	13,11%	10,66%	5,74%
Bildung	21,31%	22,95%	18,03%	10,66%	9,02%	4,92%
Amt oder Behörde	36,89%	18,03%	12,30%	7,38%	9,84%	4,92%
Alltag	19,67%	33,61%	17,21%	9,84%	8,20%	1,64%
Internet	15,57%	20,49%	13,11%	15,57%	14,75%	9,02%
Polizei	9,84%	15,57%	13,11%	17,21%	17,21%	13,11%
Gesundheitssektor	9,84%	13,93%	13,11%	18,85%	12,30%	19,67%
Freizeitaktivitäten	12,30%	9,84%	14,75%	17,21%	20,49%	13,11%
Freundeskreis	0,82%	9,84%	9,02%	14,75%	23,77%	29,51%

Abbildung 1 Einschätzung rD in verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens
rD: rassistische Diskriminierung

Das Arbeitsverhältnis und die Bildung werden ebenfalls von mehr als 20% der Befragten mit "trifft völlig zu" bewertet. Zudem fällt auf, dass diese drei Bereiche (Amt oder Behörde, Bildung, im Arbeitsverhältnis) von über der Hälfte der Befragten (Amt oder Behörde 67,22%, Bildung 62,29%, im Arbeitsverhältnis 58,19%) mit "trifft voll zu" bis "trifft eher zu" bewertet wurde. Ähnliches zeigt sich im Bereich Alltag, bei dem 33,61% der Befragten mit "trifft zu" bewerten und 19,67% mit "trifft völlig zu". Der Gesundheitssektor hingegen wird von der Hälfte der Befragten (50,82%) mit "trifft eher nicht zu" bis "trifft absolut nicht zu" bewertet. Ähnlich zeichnet es sich in den Bereichen Freizeitaktivitäten und Freundeskreis ab. Bei dem Bereich Alltag bewerten nur 1,64% der Befragten mit "trifft absolut nicht zu".

74 (60,66%) der 122 Befragten geben an, "bereits offen rassistisch beleidigt" worden zu sein. 41 (33,61%) der Personen verneinen dies.

29 Befragte (23,77%) geben an, bereits aus rassistischen Motiven heraus bedroht worden zu sein und 84 Personen (86,85%) geben an, noch nicht aus rassistischen Gründen bedroht worden zu sein.

Bei der Frage nach körperlichen Angriffen aus rassistischen Gründen geben 14 Personen (11,48%) an, dass sie bereits körperlich angegriffen wurden, während 99 Personen (81,15%) dies verneinen. Auch hier machen 9 Personen keine Angabe.

7.5.4 Erfahrungen mit Behörden und Ämtern

Zehn der Befragten (8,2%) stimmen der Aussage aufgrund ihres optischen Erscheinungsbildes öfter vom Ordnungsamt oder von der Polizei kontrolliert zu werden völlig zu. 38 Personen (46,36%) stimmen dem zu oder eher zu und 22 Personen (18,03%) stimmen absolut nicht zu.

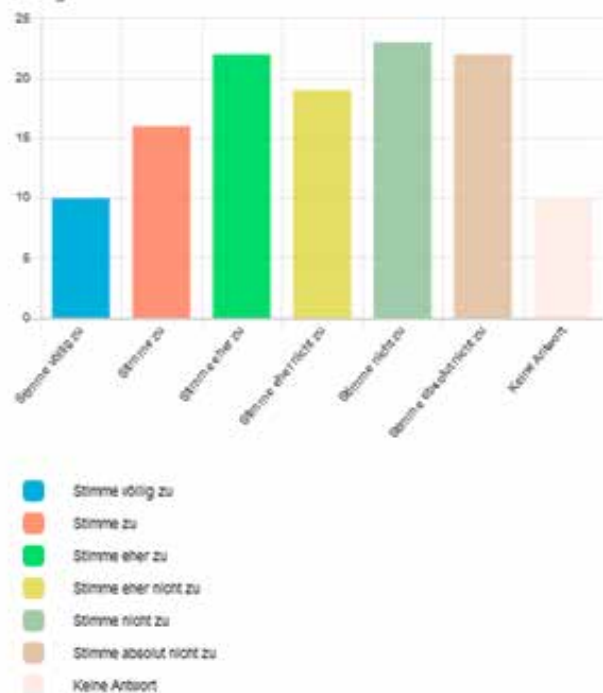
Der Aussage "Ich habe das Gefühl, bei Behörden und Ämtern ist meine Migrationsbiografie von Nachteil" stimmen 29 Personen (23,77%) völlig zu, 26 Personen (21,31%) stimmen zu und 16 Personen (13,11%) stimmen eher zu (vgl. ebd.). 22 Personen (18,03%) stimmen der Aussage eher nicht zu, 10 Personen (8,20%) und 9 Personen (7,38%) stimmen absolut nicht zu.

7.5.5 Persönlicher Umgang mit Rassismus

Der nächste Teil der Umfrage bezieht sich auf die Auswirkungen von und den Umgang mit rassistischen Diskriminierungserfahrungen.

Bei der Frage nach den Auswirkungen rassistischer Diskriminierungserfahrungen auf die Befragten, wurden elf Antwortmöglichkeiten geboten und eine Mehrfachnennung war möglich. Elf der Befragten (10,78%) geben an, dass sie versucht haben, Widerstand zu leisten und sich dadurch besser fühlten und zwölf Personen (11,76%), dass sie Widerstand leisteten, sich dadurch jedoch schlechter fühlten. 53 Personen (51,96%) geben an, vorsichtiger im Umgang mit anderen Menschen geworden zu sein und 46 Befragte (45,10%), dass es sie emotional mitgenommen hat. 22 Personen (21,57%) geben an, dass sie die Situation so sehr belastet hat, dass sie diese immer wieder vor Augen haben. 19 Personen (18,63%) verspüren seitdem ein Angstgefühl und 32 Personen (39,04%) sind durch rassistische Diskriminierungen sensibler in

Ich habe das Gefühl, aufgrund meines Aussehens häufiger vom Ordnungsamt/von der Polizei kontrolliert zu werden.

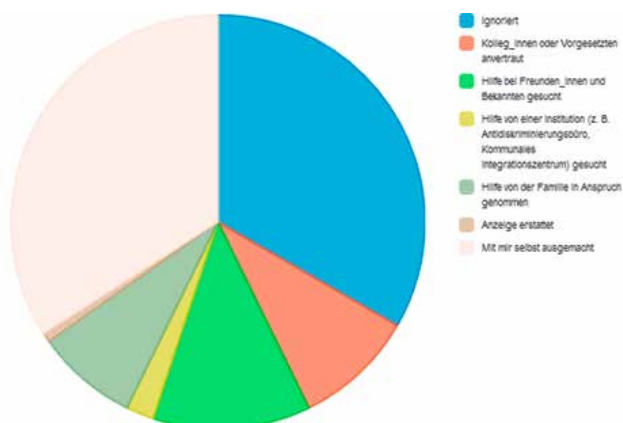


Bezug auf Rassismus geworden. 22 Befragte (21,57%) geben als Auswirkung Aggressivität ihrerseits an, wohingegen 34 Personen (33,33%) ein Gefühl von Einsamkeit und Ausschluss verspürten. 15 Befragte (14,71%) geben an, dass rassistische Diskriminierungserfahrungen schlechte Auswirkungen auf die Gesundheit der/des Befragten hatte. Als Reaktion auf rassistische Diskriminierungen geben 46 Befragte (45,10%)

"ignoriert" an. 13 Personen (12,75%) geben an, dass sie sich Kolleg_innen oder Vorgesetzten anvertraut haben und 17 Befragte (16,67%), dass sie sich Hilfe bei Freund_innen oder Bekannten gesucht haben. 3 Personen (2,94%) geben an, dass sie Hilfe von einer Institution (z. B. Antidiskriminierungsbüro) eingefordert haben und 11 Personen (10,76%) haben Hilfe von der Familie in Anspruch genommen. Eine Person (0,98%) hat Anzeige gegen die rassistische Diskriminierung erstattet und 47 Personen (46,08%) geben an, dass sie das Thema mit sich selbst ausgemacht haben. An der Abbildung 3 ist zu erkennen, dass die mit Abstand häufigsten Reaktionen "ignoriert" und "mit mir selbst ausgemacht" sind:

Abbildung 3 Reaktion auf rassistische Diskriminierungserfahrungen

29 der befragten Personen (28,43%) kennen öffentliche Stellen, an die sie sich bei rassistischen Diskriminierungserfahrungen wenden können. 68 Befragte (66,67%) kennen keine Stellen, an die sie sich wenden können.



7.5.6 Reaktionen auf rassistische Diskriminierungserfahrungen durch Dritte

In diesem Teil der Umfrage wird abgefragt, von welchen Institutionen und Personen Menschen sich ernstgenommen fühlen, wenn sie von rassistischen Diskriminierungserfahrungen erzählen. Der Aussage, sich von Freund_innen ernstgenommen zu fühlen, stimmen 36 Personen (35,29%) völlig zu. 34 Personen (27,87%) stimmen der Aussage zu und 12 Personen (11,76%) stimmen eher zu. 6 Personen (5,88%) stimmen jeweils eher nicht zu oder nicht zu.

Von Menschen mit Migrationsbiografie fühlen sich 47 Befragte (46,06%) völlig ernstgenommen und 34 Befragte (33,33%) ernstgenommen. Acht Personen (7,84%) geben an, in diesem Kontext eher ernstgenommen zu werden, während sich vier Personen (3,92%) eher nicht und eine Person (0,98%) sich von Menschen mit Migrationsbiografie nicht ernstgenommen fühlt.

Der Aussage, von Menschen ohne Migrationsbiografie ernstgenommen zu werden, stimmen zehn Personen (9,8%) völlig zu. 17 Personen (16,67%) stimmen zu und 21 Personen (20,59%) eher zu. 22 Personen (21,57%) geben an, dass sie sich von Menschen ohne Migrationsbiografie eher nicht ernstgenommen fühlen, 10 Personen (9,80%), dass sie sich nicht ernstgenommen fühlen und 9 Befragte (8,82%), dass sie sich absolut nicht von Menschen ohne Migrationsbiografie ernstgenommen fühlen.

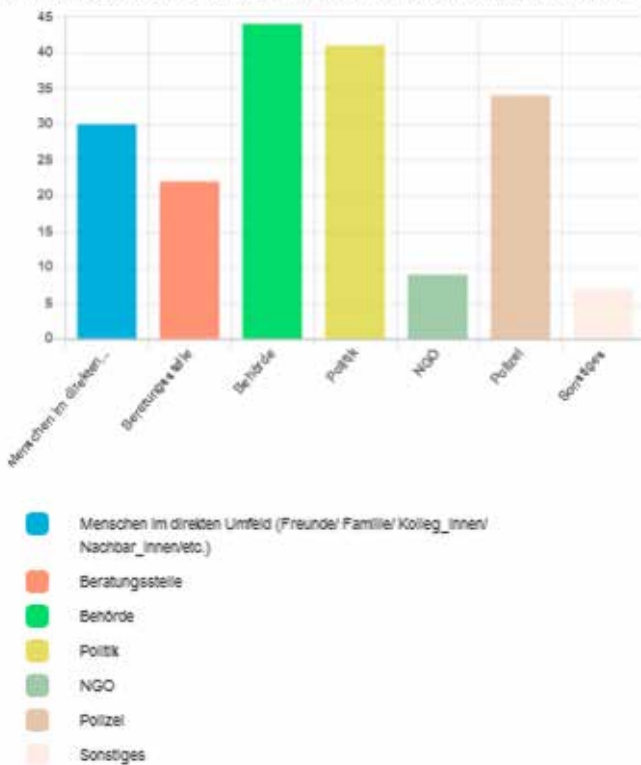
Von staatlichen Institutionen (z. B. Schulen, Ämter, Polizei) fühlen sich 4,9% der Befragten beim Äußern zu rassistischen Diskriminierungserfahrungen völlig ernstgenommen. 11,76% geben an, dass sie sich ernstgenommen fühlen und 14,71%, dass sie sich eher ernstgenommen fühlen. 32,35% der Befragten geben an, dass sie sich eher nicht ernstgenommen fühlen, 13,73%, dass sie sich nicht ernstgenommen fühlen und 5,88%, dass sie sich von staatlichen Institutionen absolut nicht ernstgenommen fühlen.

Im Arbeitskontext fühlen sich 9,8% der Befragten völlig ernstgenommen, wenn sie von rassistischen Diskriminierungen erzählen. 20,59% fühlen sich ernstgenommen und 24,51% eher ernstgenommen. 20,59% der Befragten fühlen sich eher nicht ernstgenommen, 7,84% nicht ernstgenommen und 2,94% absolut nicht ernstgenommen.

7.5.7 Unterstützung durch Dritte

Bei der Frage, von wem man sich mehr Unterstützung gewünscht hätte, antworten 30 Personen (29,41%), dass sie sich mehr Unterstützung von Menschen im direkten Umfeld (Familie, Freunde, Kolleg_innen) gewünscht hätten. 22 Personen (21,57%) geben an, dass sie sich mehr Unterstützung von Beratungsstellen gewünscht hätten und 44 Befragte (43,14%), dass sie sich von Behörden mehr Unterstützung wünschen würden. Die Politik wird von 41 Personen (40,20%)

Von wem hätten Sie sich mehr Hilfe oder Unterstützung gewünscht?



genannt und NGOs lediglich von 9 Personen (8,82%). Von der Polizei hätten sich 34 Personen (33,33%) mehr Hilfe gewünscht. Bei der Antwortoption "Sonstiges" werden die folgenden Personen/ Institutionen genannt: Therapeut_in, Mitmenschen im öffentlichen Raum, Gesellschaft, Schule.

7.5.8 Gründe für die Zu- oder Abnahme rassistischer Diskriminierungserfahrungen aus Sicht der Befragten

Die Befragten wurden gebeten in einem Freifeld mit 30 möglichen Zeichen zu erläutern, woran es ihrer Meinung nach liegen könnte, dass rassistische Diskriminierungen zu- bzw. abgenommen haben. Die Ergebnisse werden, wie in Kapitel 7.4 erläutert, anhand einer qualitativen Inhaltsanalyse herausgearbeitet und mithilfe eines Programms kategorisiert.

Die Antworten der Befragten, welche angeben, dass rassistische Diskriminierungen in den letzten drei Jahren zugenommen haben, wurden in zehn Kategorien unterteilt. Sechs der Befragten geben an, dass Medien (Zeitungen, TV, Soziale Medien) die Zunahme von rassistischen Diskriminierungen ihrer Einschätzung nach verursachen.

"An den Medien und Schlagzeilen in der Bildzeitung". Davon gaben zudem zwei Personen an, dass die Medien falsche Informationen verbreiten würden: "Falsche Medien, zu wenig Ahnung von Islam"/ "Manipulative Medien".

Sechs der befragten Personen nennen die Äußerungen und den Zuwachs der Alternative für Deutschland (AfD) als Grund für die Zunahme rassistischer Diskriminierungserfahrungen: "Weil AfD stärker geworden ist, sind die rassistischen Ideen und Äußerungen auch mehr und stärker".

Sechs der Befragten nennen fehlendes politisches Handeln als Grund für die Zunahme rassistischer Diskriminierungserfahrungen.

Zwölf der Befragten sehen einen Zusammenhang zwischen der Angst vor Krisen und die persönliche Unzufriedenheit oder soziale Ungleichheiten aufgrund gesellschaftlicher Begebenheiten als Grund für die Zunahme rassistischer Diskriminierungserfahrungen: "Unzufriedenheit der Bevölkerung [...], Wegfall der Mittelschicht, Coronakrise".

Vorurteile werden von vier Personen als Grund für die Zunahme rassistischer Diskriminierungserfahrungen genannt.

Sechs Personen nennen die fehlende Bildung und Sensibilisierung zum Thema Rassismus als Grund für die Zunahme: "nicht genug über Diversität und Akzeptanz geleert" [sic].

Sieben Befragte nennen die fehlende Offenheit gegenüber Menschen einer anderen geografischen Herkunft als Grund für die Zunahme rassistischer Diskriminierungen und ein Befragter äußert, dass der "deutsche Steuerzahler [...] die Welt retten soll", was aber nicht möglich sei, "weil die eigene Bevölkerung benachteiligt würde".

Zwei Befragte geben eine Unveränderbarkeit der Menschen als Grund für die Zunahme von rassistischen Diskriminierungen an.

Zuletzt nennt ein_e Befragte_r fehlende Selbstliebe als Grund für die Zunahme rassistischer Diskriminierungen:

"Racism is a thing of the mind. The point is that we don't love ourselves".

Die Befragten, welche angeben, dass ihrer Einschätzung nach im Zeitraum der letzten drei Jahre weniger rassistische Diskriminierungen stattfanden, begründen ihre Einschätzung wie folgt:

Sechs Befragte sehen eine wachsende Toleranz vonseiten der Mehrheitsgesellschaft als einen wichtigen Auslöser dafür, dass ihrer Einschätzung nach weniger rassistische Diskriminierungen stattfinden: "Die Menschen heute sind toleranter geworden".

Drei der Befragten geben an, dass das Nichterkennen der zugeschriebenen Herkunft der Grund ist, dass rassistische Diskriminierungserfahrungen ihrer Einschätzung nach abgenommen haben: "man sieht nicht direkt woher ich komme".

Die Medien werden von zwei Personen als Grund der wahrgenommenen Abnahme rassistischer Diskriminierungserfahrungen genannt. Eine Person nennt die kommunale Integrationsarbeit und zwei Personen die Auseinandersetzung mit dem Thema als Grund für die wahrgenommene Abnahme. Zuletzt wird noch die öffentlich geführte "Black-Lives-Matter" Bewegung als Grund für die Abnahme rassistischer Diskriminierungen genannt: "Seit dem Geschehen mit George Floyd wurde Rassismus zum Gespräch[s]thema."

Eine Person gibt an, dass die Frequenz rassistischer Diskriminierungserfahrungen seiner_ihrer Meinung nach gleichgeblieben sei, die Medien lediglich öfter darüber berichten würden.

7.5.9 Wünsche an die Städteregion Aachen

Um bei der Erarbeitung des Handlungskonzepts die Wünsche und Bedarfe von Menschen, die von Rassismus betroffen sein können, mit einzubeziehen, werden konkrete Wünsche an die Städteregion in Hinblick auf die Maßnahmen abgefragt, die durch das Projekt NRWtoffen durchgeführt werden. Diese können in einem Freifeld beantwortet werden. Auch hier wurde die qualitative Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring angewendet. Im Folgenden werden die Ergebnisse dargestellt.

Drei der Befragten nennen die Förderung von Gleichberechtigung durch die Städteregion Aachen als einen zentralen Wunsch.

Vier Befragte nennen Aufklärung zum Thema Rechtsextremismus und Rassismus als Wunsch: "Die Menschen aufklären". Zehn weitere Personen wünschen sich außerdem, dass diese Aufklärung und eine Sensibilisierung bereits in der Schule stattfinden sollte: "Das Thema sollte schon in Schulen behandelt werden".

Zwölf der befragten Personen nennen Maßnahmen zur Sensibilisierung der breiten Bevölkerung als Wunsch und Handlungsauftrag für die Städteregion Aachen: "Sensibilisierung in allen Themenbereichen! Auch kleine Schritte können viel bewirken."

Elf Befragte wünschen sich eine größere Sichtbarkeit der Themen Rechtsextremismus und Rassismus. Dies soll durch Öffentlichkeitsarbeit durch die Städteregion Aachen sowie durch Plakate, Workshops und die Sozialen Medien passieren: "Menschen mit Migrationsbiografie ein Raum in der Öffentlichkeit geben, mehr in Öffentlichkeitsarbeit darüber reden."

Fünf Befragte wünschen sich, dass den Menschen mit Migrationsbiografie oder Migrationsbiografie in der Familie bei den Themen Rechtsextremismus und Rassismus Gehör geschenkt würde und sie an dem Diskurs beteiligt werden.

Drei Befragte sind der Meinung, dass Beratungsstellen für Menschen mit Migrationsbiografie gestärkt werden sollten und eine weitere Person wünscht sich mehr Unterstützung bei Antragsstellungen seitens der Städteregion Aachen: "mehr Anlaufstellen [...] direkt vor Ort, z. B. Ausländeramt, die den Antragstellern zur Seite stehen.". Ferner wünschen sich drei Personen, dass das Personal innerhalb der Städteregion diverser wird.

Zwei Personen wünschen sich, dass durch die Medien, welche in der Städteregion agieren, mediale Hetze gegen Menschen mit Migrationsbiografie und Muslim_innen verhindert wird: "Mediale Propaganda gegen Ausländer und Muslimen soll verhindert werden".

Eine Person wünscht sich einen Feiertag zum Feiern der Interkulturalität. Sieben Personen wünschen sich dazu passend einen Raum für Austausch und Begegnung, um Rassismus und Rechtsextremismus entgegenzuwirken: "Offene Begegnungen zwischen Migranten und Deutschen, Offene Tür für Flüchtlingsheime, etc."

Eine weitere Person nennt die Stärkung von Zivilcourage als Wunsch. Zwei Personen wünschen sich, dass rassistische Verhaltensweisen bei Lehrer_innen strenger behandelt und diese dafür sensibilisiert würden: [sic] "Ich erwarte, und hoffe, dass man mehr Gegenüber Lehrern nachgeht, die rassistische Verhaltensweisen an Tag legen und sich rausreden ohne jegliche Konsequenzen dann weiter machen, da sie beamtet sind."

Sechs Befragte wünschen sich einen strengeren Umgang mit Rechtsextremismus und Rassismus: "Härter durchgreifen!"

Zwei der 122 Befragten sehen die Situation als unveränderbar und nennen keine Wünsche an die StädteRegion Aachen und das Projekt NRWeltoffen.

Der meistgenannte Wunsch, der von den Befragten geäußert wird, ist der Wunsch nach einer Sensibilisierung innerhalb der Ämter der StädteRegion Aachen. Insgesamt 13 der befragten Personen geben dies an: "Das Personal in der StädteRegion soll über dieses Thema sensibler gemacht werden." Eine Person fügt den Vorschlag hinzu, dass die Menschen, die die Behörden besuchen, anschließend zu rassistischen Diskriminierungserfahrungen befragt werden sollten, um zu erheben, wie rassistisch in den Behörden agiert wird. Das Ausländeramt sollte nach dem Wunsch von vier Personen besonders sensibilisiert werden: "Der Ausländerbehörde ein Anti Rassismus Training anbieten und im Umgang mit Klientel vermitteln sensibler umzugehen."

Eine Person wünscht sich, dass die Menschen sich darüber bewusst werden, dass Schikane nicht die Antwort auf die eigenen Unzulänglichkeiten ist: "Die Perspektive der Menschen muss sich verändern: Schikane ist nicht die Antwort auf die eigenen Unzulänglichkeiten."

7.6 Ergebnisdiskussion

Im Folgenden werden die relevantesten Ergebnisse der Umfrage komprimiert dargestellt, um an den Forschungsfragen orientiert, Thesen zu bilden, anhand derer im Anschluss das Handlungskonzept erstellt wurde. Anschließend an die Darstellung der zentralen Ergebnisse, folgen die Interpretation der Ergebnisse, sowie mögliche Anknüpfungspunkte für weiterführende Untersuchungen.

7.6.1 Zusammenfassung der Ergebnisse

In Bezug auf die Forschungsfrage, in welchen Bereichen des alltäglichen Lebens die Befragten die meisten rassistischen Diskriminierungserfahrungen machen, kann keine eindeutige Aussage getroffen werden. Vielmehr zeigt sich, dass dies einerseits von der subjektiven Erfahrung abhängig ist und gleichzeitig in allen Bereichen des alltäglichen Lebens vorkommt.

90 der befragten Personen geben an, in ihrem Leben rassistische Diskriminierungserfahrungen gemacht zu haben. 67 der Befragten geben an, dass die Häufigkeit in den letzten drei Jahren zugenommen hat. An dieser Stelle ist zu erwähnen, dass es sich bei der durchgeführten Befragung nicht um eine repräsentative Stichprobe handelt und somit keine Aussage über eine wesentlich größere Grundgesamtheit getroffen werden kann. Ähnliche repräsentative Studien zeigen jedoch ähnliche Ergebnisse.¹⁰⁴

Ferner werden in dieser Befragung Ämter, Behörden, der Bildungssektor und Arbeitsverhältnisse am höchsten frequentiert bei den Fragen ausgewählt, die das Vorkommen rassistischer Diskriminierungserfahrungen in den verschiedenen Lebensbereichen erfassen sollen.

Als Ursachen für die wahrgenommene Zu- oder Abnahme von Rassismus, werden von den Befragten diverse Gründe genannt. Als erstes werden die Medien als Ursache genannt und ferner eine gesellschaftliche Unzufriedenheit sowie soziale Ungleichheit, die dazu führt, die eigenen Probleme auf "andere" Menschen zu projizieren. Weiter nennen die Befragten eine fehlende

¹⁰⁴ Vgl. Afrozensus2020/ NaDiRa 2022 uvm.

Sensibilisierung der Bevölkerung zu den Themen als mutmaßliche Ursache von Rassismus.

Rassistische Diskriminierungserfahrungen wirken sich sehr divers auf die Befragten aus. Hier wird am häufigsten die Hilfe von Familienmitgliedern und Freund_innen in Anspruch genommen und der deutliche Wunsch nach mehr Unterstützung seitens der Politik, Behörden und Ämtern genannt. Nur 29 der befragten Personen geben an, Stellen zu kennen, bei denen sie Unterstützung bei rassistischen Diskriminierungserfahrungen einholen können.

Am häufigsten wird der Wunsch an die StädteRegion geäußert, die städtereigenen Mitarbeitenden der Behörden und Ämter zu sensibilisieren, um rassistische Diskriminierungserfahrungen in diesen Bereichen zukünftig zu verringern. Hierbei wird mehrfach das Ausländeramt als wichtiger Adressat von etwaigen Sensibilisierungsmaßnahmen genannt. Ferner wird die Sichtbarkeit des Themas in der Öffentlichkeit als Wunsch formuliert und die Förderung einer diversitätsbewussten und vorurteilsbewussten Haltung innerhalb der Gesellschaft benannt. Außerdem wird die Sensibilisierung der Medien als Wunsch aufgeführt und grundsätzlich ein Raum für transkulturelle Begegnungen gewünscht. Zuletzt wird mehrfach eine rassistensensible Bildung in der Schule als Wunsch angegeben.

7.6.2 Interpretation der Ergebnisse

Die Darstellung der zusammengefassten Ergebnisse zeigt, dass die hier befragten Menschen in der StädteRegion nach wie vor auf vielfältige Art und Weise von rassistischen Diskriminierungen betroffen sind. Auch die Zunahme rechtsextremer Tendenzen in den letzten Jahren wird von den Teilnehmenden wahrgenommen. Somit spiegelt sich hier wider, dass dem Thema Rassismus und Rechtsextremismus weiterhin in allen Bereichen der Gesellschaft Beachtung geschenkt werden muss, um negative Folgen für die betroffenen Menschen innerhalb ihrer Lebenswelt einzudämmen.

Es wird wahrgenommen, dass im Bildungssektor häufiger rassistische Diskriminierungen stattfinden. Dies lässt sich dadurch begründen, dass dort ein erhöhter Leistungs- und Konkurrenzdruck besteht und Lehrer_innen utilitaristische Bildungsgedanken innehaben, die dazu führen, dass beispielsweise mehrsprachig aufgewachsene Schüler_innen als zusätzliche Belastung gesehen werden.¹⁰⁵ Zudem werden innerhalb des Bildungssektors rassistische Praktiken reproduziert und Machtverhältnisse oft unhinterfragt gelebt.¹⁰⁶ An dieser Stelle ist jedoch zu erwähnen, dass die Schulen aus verschiedenen Gründen (Folgen der Schulschließung während der Corona-Pandemie, Lehrer_innenmangel, technische Ausstattung etc.) gegenwärtig vor große zusätzliche Herausforderungen gestellt sind, was die Auseinandersetzung mit dem Thema gegenwärtig deutlich verlangsamt. In der StädteRegion Aachen zeigt sich gleichzeitig an vielen Schulen eine große Bereitschaft, neuzugewanderte Schüler_innen aufzunehmen. Ebenso werden diese Schüler_innen von vielen Schulen mit ihren Kompetenzen und Ressourcen als Bereicherung für die Schulen wahrgenommen.

Zugleich werden Ämter und Behörden als Stellen genannt, von denen rassistische Diskriminierungen ausgehen. Es handelt sich bei den hiesigen Ämtern und Behörden um die untere Verwaltungsebene des Landes NRW. Somit machen diese die ausübende Instanz der Landesverwaltung NRW aus und zeigen damit eine Verankerung und Reproduktion von Rassismus (z. B. durch die Haltungen bestimmter Mitarbeiter_innen oder durch diskriminierende Rechtsnormen) auf dieser Ebene.

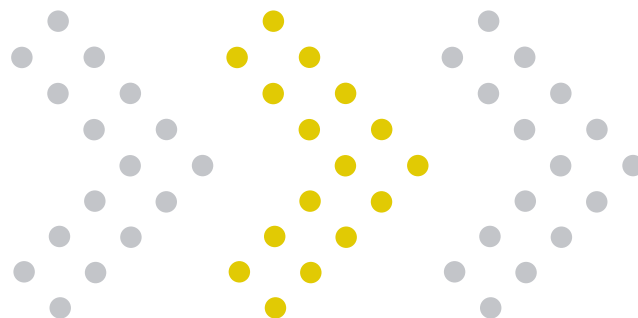
Zwölf der Befragten nennen eine gesellschaftliche Unzufriedenheit und Krisen als Ursache für die Zunahme von Rassismus und Rechtsextremismus. Diese These wurde bereits 1967 von Theodor Adorno in seiner Rede "Aspekte des neuen Rechtsextremismus" wie folgt begründet: Adorno analysierte 1967 in seinem Vortrag bestimmte gesellschaftliche Bedingungen als Voraussetzungen für neue rechtsradikale Bewegungen und benennt diese als "Narben der Demokratie"¹⁰⁸, welche den Nährboden für rechte Bewegungen ausmachen. Diese Narben übersetzt er

¹⁰⁵ vgl. Fereidooni/ Medal 2017, S. 26

als das Gefühl vieler Menschen, sich innerhalb einer Gesellschaft aufgrund einer ungerechten Verteilung von Gütern und Ressourcen, ausgeschlossen und abgehängt zu fühlen. Er vertritt die Ansicht, dass die Voraussetzungen für rechtsradikale Bewegungen in Deutschland "nach wie vor fortbestehen"¹⁰⁹. Dies begründet er unter anderem mit der "nach wie vor vorherrschenden Konzentrationstendenz des Kapitals"¹¹⁰, also mit der Vernichtung mittelständischer Unternehmen zugunsten global agierender Konzerne und der immer weiter auseinanderdriftenden Schere zwischen Arm und Reich. Dies wiederum führe zu einer Deklassierung von Schichten und dazu, dass Menschen ihren sozialen Status gefährdet sehen. Adorno sieht diese Abstiegsangst als einen Grund dafür, dass Menschen für Manipulationen und rassistische und antisemitische Vorurteile anfällig werden.¹¹¹

Neben der Unzufriedenheit wird eine fehlende Sensibilisierung, also das Fehlen einer rassistuskritischen und diversitätssensiblen Haltung genannt. Demnach sind Maßnahmen erforderlich, die diese Perspektive gesamtgesellschaftlich stärken.

Die Befragten wünschen sich bei dem Umgang mit rassistischen Diskriminierungserfahrungen mehr Unterstützung seitens der Politik. Auch hier zeigt sich, dass es nicht ausreichend ist, Maßnahmen durchzuführen, welche auf die Problematik reagieren. Es ist ebenso erforderlich, dass politische Entscheidungen dahingehend getroffen werden, dass die Apparatur und die Gesetze ein offenes Miteinander fördern. Mit der Förderung profitorientierter und utilitaristischer Leit motive soll zwar die finanzielle Versorgung gesichert werden, gleichzeitig wird dadurch die soziale Ungleichheit und Verunsicherung jedoch verstärkt.



¹⁰⁸ Adorno 2019, S. 18

¹⁰⁹ vgl. ebd. S. 18f

¹¹⁰ Ebd., S. 18

¹¹¹ vgl. ebd.

8 | Antisemitismus – Grundlagen und Handlungsempfehlungen

Antisemitismus ist eine Form des Rassismus, die sich gegen Jüdinnen und Juden richtet und in vielen Ländern weltweit ein ernstes Problem darstellt. Die Geschichte des Antisemitismus reicht zurück bis in die Antike und hat im Laufe der Jahrhunderte viele Ausprägungen und Erscheinungsformen angenommen. Auch heute ist Antisemitismus präsent und zeigt sich sowohl in Form von offener Gewalt und Diskriminierung, als auch in subtileren Formen wie Vorurteilen und Stereotypen. Insbesondere im Zusammenhang mit politischen und gesellschaftlichen Konflikten ist Antisemitismus immer wieder ein Thema. In diesem Kapitel werden einige aktuelle Erscheinungsformen des Antisemitismus dargestellt und Möglichkeiten zur Bekämpfung dieses Phänomens diskutiert.

Der Anschlag auf die Synagoge in Halle im Jahr 2019, sowie die Diskussion um antisemitische Darstellungen bei der Documenta 2022 sind zwei der jüngsten Beispiele, bei denen Antisemitismus sich auf unterschiedliche Weise zeigt. Antisemitismus äußert sich gegenwärtig vielfältig - in Form von Verleugnung des Holocausts bis hin zu der Verbrennung von Israel-Fahnen bei antisemitischen Demonstrationen. Der stetige Anstieg von Antisemitismus in den letzten Jahrzehnten zeugt von einem gesellschaftlichen Klima, welches antisemitische Narrative begünstigt.¹¹²

Dabei spielt gegenwärtig das Vorkommen antisemitischer Ideologien innerhalb von Verschwörungsmythen und ihrer Anhänger_innenschaft eine große Rolle. Antisemitismus und Verschwörungsmythen sind schon seit Jahrhunderten miteinander verbunden. Viele der alten Verschwörungsmythen, die seit Jahrhunderten gegen Jüd_innen kursieren, haben bis heute nicht an Popularität verloren. In jüngerer Zeit haben sich auch neue Verschwörungsmythen entwickelt, die mit der Verbreitung über Social Media und andere digitale Medien noch schneller und einfacher verbreitet werden können als in der Vergangenheit.

Verschwörungsmythen gegenüber Jüdinnen und Juden können sehr unterschiedlich ausfallen. Häufig drehen sie sich um die angebliche Kontrolle von Politik, Wirtschaft und Medien durch jüdische Gruppen oder um angebliche geheime Pläne zur Unterwanderung oder Auslöschung anderer Völker und Kulturen. Diese Mythen sind frei erfunden oder basieren auf unbestätigten Vermutungen, sie können dennoch gefährliche Auswirkungen auf das Leben jüdischer Menschen haben.

Antisemitische Verschwörungsmythen können zu einer Radikalisierung von Einzelpersonen oder Gruppen führen, die dann Hass und Gewalt gegen Jüdinnen und Juden ausüben. Deshalb ist es wichtig, dass diese Mythen öffentlich entlarvt und widerlegt werden, bevor sie zu einer Gefahr werden können. Zudem ist es notwendig, Bildungs- und Aufklärungsarbeit zu leisten, um Vorurteile und Stereotype abzubauen und ein besseres Verständnis für die Geschichte und Kultur von Jüd_innen zu schaffen. Nur so kann langfristig dem Antisemitismus und den damit verbundenen Verschwörungsmythen entgegengewirkt werden.

Antisemitische Narrative finden sich jedoch nicht ausschließlich bei sogenannten "Querdenker_innen"-Demonstrationen und in Verschwörungsmythen wieder, sondern sind gesamtgesellschaftlich zugegen. Dies wird im nachfolgenden Kapitel anhand verschiedener Studien deutlich.

Durch die für dieses Handlungskonzept durchgeführte Befragung wurden keine Informationen zum Thema Antisemitismus erfasst. Antisemitismus kommt jedoch nach wie vor in einer besorgniserregenden Häufigkeit vor und tritt vielfältig auf. In diesem Kapitel wird ein Einblick in gegenwärtige antisemitische Phänomene in Form eines Interviews unternommen, um diese ebenfalls bei den Handlungsempfehlungen für die StädteRegion Aachen zu berücksichtigen.

Hierzu wurde auf die Expertise des Centrums für Antisemitismus- und Rassismusstudien (CARS) in Aachen

¹¹² vgl. Küpper/ Zick 2020

zurückgegriffen. Das CARS ist an der Katholischen Hochschule NRW Abteilung Aachen angesiedelt und möchte "durch Forschungs- und Lehrprojekte sowie die Vernetzung mit unterschiedlichen Akteur_innen von Wissenschaft, der Praxis Sozialer Arbeit, Zivilgesellschaft und internationalen Partner_innen [...] einen Beitrag im Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus"¹¹³ leisten. Die Themenschwerpunkte des CARS sind die kritische Theorie des Antisemitismus/ des Rassismus, psychoanalytische und gesellschaftstheoretische Perspektiven, moderner Antisemitismus, israelbezogener Antisemitismus und die Transformation der Erscheinungsformen von Antisemitismus.¹¹⁴

Für dieses Handlungskonzept hat Prof. Dr. Stephan Grigat, Professor für Theorien und Kritik des Antisemitismus und Leiter des CARS, einige Fragen zum Thema Antisemitismus beantwortet und Thesen zum Umgang mit den am häufigsten auftretenden Antisemitismusformen formuliert. Das Kapitel zum Thema Antisemitismus wurde vor den Terroranschlägen der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023 fertiggestellt. Zum Zeitpunkt der Drucklegung zeichnete sich eine Eskalation des Nahostkonfliktes ab. Diese Entwicklungen konnten im Handlungskonzept nicht mehr berücksichtigt werden.

8.1 Begriffsklärung: Antisemitismus

Die "International Holocaust Remembrance Alliance" definiert Antisemitismus wie folgt:

"Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/ oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen."¹¹⁵

Um sich dem Thema Antisemitismus zu nähern, bedarf es eines kurzen Blicks auf die seit Jahrhunderten andauernde Kontinuität von Antisemitismus: Seit der Antike konnte sich Antisemitismus, begründet durch eine "emotionale und religiöse Antipathie"¹¹⁶ gegenüber Jüdinnen und Juden, als globales Phänomen verankern. Der Antisemitismus des Mittelalters ging dann

schließlich im 19. Jahrhundert in den modernen Antisemitismus über. Dieser zeichnete sich dadurch aus, dass die religiös begründete Ablehnung jüdischer Menschen nun durch diffuse Rasetheorien und das Ideal einer vermeintlichen "Wissenschaftlichkeit" abgelöst wurde. Diese damals neue Form des Antisemitismus "fand sein Telos, seine totale Zuspitzung in der eliminatorisch-rassistischen antisemitischen Ideologie des Nationalsozialismus"¹¹⁷ und damit in der Ermordung von sechs Millionen Jüdinnen und Juden.

Trotz der durch den Nationalsozialismus verübten Shoa und den daraus zu ziehenden Lehren, existiert der Antisemitismus fort. Antisemitismus scheint sich in seinen Erscheinungsformen an die Gesellschaft und die "sozial akzeptierten Bedingungen seiner Artikulation" anzupassen und findet heute weiterhin statt.¹¹⁸

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde vor allem der im Jahr 1948 gegründete Staat Israel eine Projektionsfläche antisemitischer Ideologien. In diesem Zusammenhang findet im Kontext der Konflikte zwischen der israelischen Regierung und den Palästinenser_innen häufig eine universelle Beschuldigung von Jüdinnen und Juden für die Repressionen durch die israelische Regierung statt. Dies ist besonders in Teilen der islamischen Welt zu finden, wird jedoch auch in weiteren Diskursen als Wahrheit anerkannt, beispielsweise in Teilen der Linken.¹¹⁹

Zudem findet man antisemitische Ressentiments innerhalb von sich verbreitenden Verschwörungsmysen. Dabei erklären u. a. Rechtsextremist_innen die antisemitischen Morde des Zweiten Weltkrieges als einen Teil einer lügenhaften Verschwörung, die zum Ziel hat, alle Widerstände gegen das kapitalistische System zu brechen.¹²⁰ Im Kontext der Verschwörungstheorien in Bezug auf die islamistischen Terroranschläge am 11. September, der Banken- und Finanzkrise der mittleren 2000er Jahre und der Corona-Pandemie werden Jüdinnen und Juden immer wieder beschuldigt, eine weltweite macht- und finanzorientierte Verschwörung zu lenken.¹²¹

Wie die Autoritarismus-Studie 2020 der Universität Leipzig zeigt, sind 10,2% der 2.503 Befragten nach wie vor der Meinung, dass der Einfluss von Jüdinnen und

¹¹³ Centrum für Antisemitismus- und Rassismusstudien o. J.

¹¹⁴ Ebd.

¹¹⁵ www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitions-charters/

arbeitsdefinition-von-antisemitismus

¹¹⁶ Bergmann 2016, S. 6

¹¹⁷ Renzmann 2018, S. 95

¹¹⁸ Bernstein 2020, S. 17

¹¹⁹ vgl. Brumlik 2019, S. 66

¹²⁰ Hufer 2018, S. 68

¹²¹ vgl. Mendel/ Messerschmidt 2017, S. 13

¹²² Decker/ Brähler 2020, S. 225

Juden weltweit zu groß sei. 24,6% der Befragten stimmen der Aussage teilweise zu¹²². Weiter stimmen 43,2% der Aussage "Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer" voll oder teilweise zu.¹²³

Im Jahr 2020 erfasste das Bundeskriminalamt 2.351 antisemitische Straftaten in Deutschland.¹²⁴ Dies zeigt unter anderem, dass Antisemitismus nicht auf die Verfolgung der Jüdinnen und Juden im Zweiten Weltkrieg reduziert werden kann, sondern dieser sich auch heute noch wiederfindet und zu antisemitischer Gewalt und Diskriminierungen führt.

Im Jahr 2022 wurden von der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) 2.480 antisemitische Straftaten erfasst.¹²⁵ Damit gibt es im Vergleich zum Jahr 2020 einen leichten Anstieg.

Antisemitismus stellt auch heute ein verbindendes Moment des Rechtsextremismus dar, darf jedoch ebenso wie Rassismus nicht als Randphänomen begriffen werden. Im Kontext der Proteste gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie ab dem Frühjahr 2020 gewannen antisemitische Verschwörungserzählungen an Zuspruch. Die Entwicklung antisemitischer Straftaten zeigt in Deutschland eine steigende Tendenz.¹²⁶ Im Jahr 2020 wurden in NRW 276 antisemitische Straftaten registriert, während im Jahr 2021 437 Straftaten registriert wurden.¹²⁷ Antisemitismus lässt sich in sämtlichen Extremismusspektren wiederfinden¹²⁸: "Im Rechtsextremismus, bei ‚Reichsbürgern‘ oder ‚Selbstverwaltern‘, im Islamismus und auslandsbezogenen Extremismus ebenso wie im Linksextremismus".¹²⁹ Der Stellenwert und die Unterschiede des in den verschiedenen Spektren existierenden Antisemitismus münden jedoch in ebenso verschiedenen Ideologien, Ausprägungen und Umgangsweisen.

Während Rechtsextreme antisemitische Welterklärungsmodelle nutzen, um ihren rassistisch motivierten und häufig auf den Nationalsozialismus bezogenen Antisemitismus zu begründen, nutzen die Anhänger_innen der Proteste gegen die Eindämmung der Corona-Pandemie antisemitische Phantasmen und Verschwörungstheorien oder vergleichen sich als

Protestierende mit den verfolgten Jüdinnen und Juden in der Zeit des Nationalsozialismus.¹³⁰

Der nach wie vor weitverbreitete Antisemitismus erfordert ein breites und entschlossenes Gegenwirken. Die StädteRegion Aachen begreift Antisemitismus als Querschnittsthema und solidarisiert sich deutlich mit den in Aachen und der Region lebenden Jüdinnen und Juden. Dazu gehört unter anderem auch die Sichtbarmachung der lokalen Historie von Antisemitismus und der Verfolgung jüdischer Menschen in der Zeit des Nationalsozialismus.

¹²³ Decker/Brähler 2020, S. 225

¹²⁴ BKA 2021, S. 8

¹²⁵ Spiegel Politik 2022

¹²⁶ vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz 2021, S. 21

¹²⁷ Landtag Nordrhein-Westfalen 2022

¹²⁸ vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz, 2021, S. 109

¹²⁹ ebd.

¹³⁰ vgl. ebd.

Israelbezogener Antisemitismus

Israelbezogener (oder: antizionistischer) Antisemitismus ist eine wichtige Form des Antisemitismus und entstand mit der Gründung des israelischen Staates. Israelbezogener Antisemitismus meint die Übertragung antisemitischer Ressentiments auf den Staat Israel in Verbindung mit der Dämonisierung, dem Messen des Staates Israels mit anderen als den üblichen Standards und der dadurch begründeten Delegitimierung der Souveränität des Staates Israel.¹³¹

Die bekanntesten Kriterien zur Unterscheidung von Kritik an dem Staat Israel und israelbezogenem Antisemitismus sind der vom israelischen Autor Natan Sharansky entwickelte 3D-Test. Durch den 3D-Test können israelbezogene antisemitische Äußerungen identifiziert werden und Kritik am Staat Israel gleichzeitig von israelbezogenem Antisemitismus abgegrenzt werden.¹³² Die 3D-Kriterien meinen:

Dämonisierung

Im klassischen Antisemitismus werden Jüd_innen als Kollektiv dämonisiert. Beim israelbezogenen Antisemitismus wird diese Form der Dämonisierung auf den Staat Israel übertragen und ein generalisierter Vorwurf erhoben, der Staat Israel würde als Kollektiv Unheil bringen oder willentlich eine Gefahr für den weltweiten Frieden sein.

Delegitimierung

Wenn der jüdischen Religion, dem jüdischen Volke oder dem Staat Israel sein Existenzrecht und damit seine Legitimität abgesprochen wird, handelt es sich um ein Kriterium für das Vorhandensein israelbezogenen Antisemitismus.¹³³

Doppelstandards

Ein deutliches Zeichen für das Auftreten von Antisemitismus ist die ungleiche Behandlung bzw. Benachteiligung von Menschen aufgrund ihres jüdischen Hintergrundes. In Bezug auf den Staat Israel ist die Frage zu stellen, „ob die Kritik an Israel

selektiv angewendet wird. Mit anderen Worten, erzeugt ähnliche Politik anderer Regierungen die gleiche Kritik, oder wird hier ein doppelter Standard eingesetzt?“¹³⁴

Islamischer Antisemitismus

Der Begriff des „islamischen Antisemitismus“ ist berechtigterweise durchaus umstritten, da dieser einen pauschalen Verdacht auf „den“ Islam impliziert. Statt eines generalisierten Verdachts meint dieser Begriff jedoch eine spezifische und signifikant größere Ausprägung von antisemitischen Narrativen in muslimisch-geprägten Milieus.¹³⁵ Bei dieser Einordnung von Antisemitismus handelt es sich um ein äußerst sensibles Thema, da die Gefahr einer Vorverurteilung von muslimisch-geprägten Menschen, antisemitisch zu sein, besteht: „Der Begriff islamischer Antisemitismus bezeichnet eine antisemitische Ideologie innerhalb einer religiös geprägten Gesellschaft. Er zielt weder auf alle Muslim_innen noch generell auf den Islam, dessen Schriften auch projüdische Passagen enthalten, ab.“¹³⁶ Der sogenannte islamische Antisemitismus setzt sich aus antisemitischen Vorstellungen des Frühislams und antisemitischen Narrativen aus dem Spektrum antisemitischer Verschwörungstheorien europäischen Ursprungs zusammen.¹³⁷ Auch spielt der Nahostkonflikt bei diesem Phänomen eine Rolle: der Israel-Palästina-Konflikt ist ein regionaler Konflikt, der seit der Gründung des Staates Israel besteht und über den seit seiner Entstehung weltweit medial berichtet wird. Viele arabische Staaten (u. a. Syrien, Irak, Libanon, Jordanien und Ägypten) lehnten die Existenz des Staats jahrzehntelang ab. Auch heute noch wird Israel von einigen politischen Akteur_innen in muslimisch geprägten Ländern abgelehnt, was dazu führen könnte, dass die entsprechenden Anhänger_innen bestimmte jüd_innenfeindliche Denkweisen übernehmen könnten.

¹³¹ Landtag Nordrhein-Westfalen 2022

¹³² vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz, 2021, S. 109

¹³³ ebd.

¹³⁴ vgl. ebd.

¹³⁵ Anti-Defamation League, global100.adl.org

¹³⁶ Becker 2020, S. 76

¹³⁷ Vgl. ebd. S. 75

Schuldabwehrantisemitismus

Eine weitere Form bzw. Komponente von Antisemitismus ist der Schuldabwehrantisemitismus (auch: Sekundärer Antisemitismus). Die implizite oder explizite Abwehr von Schuld und/oder der Übernahme von Verantwortung für die Shoah bezeichnet man als Schuldabwehrantisemitismus. Jede Form der Holocaust-Relativierung oder -Ablehnung kann als Schuldabwehrantisemitismus definiert werden und sich in unterschiedlicher Ausprägung äußern. Hierzu zählt auch die Forderung, einen „Schlussstrich“ unter die deutschen antisemitischen Verbrechen des Zweiten Weltkriegs zu setzen und den Antisemitismus damit als historisches Ereignis anzusehen, welches nichts mit der gegenwärtigen Anwesenheit von Antisemitismus zu tun hat.

8.2.1 Gespräch mit Stephan Grigat „Antisemitismus ist immer eine Form der Krisenbewältigung“ vom 26.01.2023

Die wichtigsten Formen des heutigen Antisemitismus

In der heutigen Zeit zeigt sich Antisemitismus in ganz unterschiedlichen Erscheinungsformen. Die in Deutschland bekannteste Form ist der sich auf den Nationalsozialismus beziehende und damit auch **strafbare Antisemitismus** aus dem **rechtsextremen Spektrum**. Zu nennen sind hier mit Parolen wie „Wer Deutschland liebt, ist Antisemit“ offen antisemitisch auftretende Neonazigruppen, die ebenfalls in nordrhein-westfälischen Städten Präsenz zeigen. Auch wenn diese Ausprägung gemessen an den reinen Zahlen die am wenigsten verbreitete und damit auch nicht die gesellschaftlich relevanteste ist, so ist sie doch aufgrund des ihr innewohnenden Gewaltpotentials ganz besonders gefährlich.

„Denken Sie an den Anschlag in Halle, aber auch an andere Übergriffe, die aus diesem neonazistischen Milieu verübt werden. Dieses Milieu ist ebenso rassistisch wie

offen antisemitisch und eine klare Gefährdung für jüdische Menschen, für jüdische Einrichtungen oder für Menschen, die für Juden gehalten werden.“ (Stephan Grigat)

Gesellschaftlich wesentlich relevantere Formen sind laut Stephan Grigat die in Folge beschriebenen Phänomene. Da es aufgrund der nationalsozialistischen Massenmorde in Deutschland nach 1945 kaum noch jüdische Gemeinschaften gab, entwickelte sich in dieser Zeit gesamtgesellschaftlich ein **„Antisemitismus fast ohne Juden.“** Demnach zeigen nicht wenige Menschen in den Umfragen weiterhin althergebrachte antisemitische Vorstellungen, obwohl sie persönlich keine jüdischen Menschen kennen. Diese aktuelle Ausprägung zeichnet sich auch dadurch aus, dass es sich dabei um einen **„Antisemitismus ohne (bekennende) Antisemiten“** und damit um eine kodierte und weniger offene Form handelt.

„Charakteristisch für diesen postnationalsozialistischen Antisemitismus sind kodierte und weniger offene Formen, bei denen Menschen nicht sagen würden ‚ich als Antisemit...‘, sondern man würde den Vorwurf, antisemitisch zu sein, weit von sich weisen, um dann mit einem großen ‚Aber‘ fortzufahren.“ (Stephan Grigat)

Im Bereich des Politischen zeigen sich in den unterschiedlichen Strömungen verschiedene Ausprägungen des Antisemitismus. Neben dem bereits angesprochenen klassischen rechtsextremen Spektrum spielen seit einigen Jahren nicht offen antisemitische **rechtspopulistische Bewegungen** eine immer größere Rolle, die jedoch eine ganze Reihe antisemitischer Motive vertreten. So ist in aktuellen Umfragen neben dem **israelbezogenen Antisemitismus** der sogenannte **Schuldabwehrantisemitismus** die am stärksten präsenteste Antisemitismusform. Stephan Grigat bezieht sich auf eine große Studie der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2022, wonach fast 50 Prozent der Befragten der Aussage zustimmten, in Deutschland solle ein **Schlussstrich** unter die Debatte zur Zeit des Nationalsozialismus gezogen werden.¹⁴² Diese hohe Zustimmung war Grigat zufolge eigentlich ein Phänomen der deutschen Nachkriegszeit, welches aufgrund der Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen in den vergangenen Jahrzehnten stark zurück-

gegangen ist. War die Rede von einem sogenannten „**Schuldskult**“ bis vor einigen Jahren noch ein Kennzeichen eindeutig rechtsextremer Gruppierungen, so findet sich diese Formulierung nun auch in neurechten und rechtspopulistischen Kreisen. Bei der Verbreitung derartiger Denkweisen insbesondere in Verbindung mit z. B. bildungspolitischen Forderungen, den sogenannten „**Schuldskult**“ nicht weiter im Schulunterricht zu vermitteln, handelt es sich laut Grigat eindeutig um **Schuldabwehrantisemitismus**. Dieser findet sich insbesondere bei der politischen Rechten, wenn auch nicht ausschließlich dort.

*„Eine weitere aktuelle Erscheinungsform des Antisemitismus, die hohe Zustimmungswerte hat, ist der **israelbezogene Antisemitismus**. Auch dieser findet sich bei rechtsradikalen offenen Antisemiten, die Parolen plakatierten wie ‚Israel ist unser Unglück‘ und damit den alten Slogan ‚Die Juden sind unser Unglück‘ aufgreifen. Aber auch hier ist die offene Formulierung von Antisemitismus nicht das Typische, sondern es sind die kodierte und verschobene Formen. Es geht hier um eine Verlagerung von antisemitischen Ressentiments auf den jüdischen Staat, der **delegitimiert** wird, der **dämonisiert** wird, der **mit anderen Standards gemessen** wird, als das normalerweise bei anderen Staaten der Fall ist.“ (Stephan Grigat)*

Auch für diese Ausprägung des Antisemitismus sind laut Stephan Grigat kodierte und subtile Formen typisch und nicht offen antisemitische Aussagen. Antisemitische Ressentiments werden hier auf den jüdischen Staat Israel projiziert. Dieser wird **dämonisiert**, **delegitimiert** und mit **anderen Standards** (vgl. **Doppelstandards**) als andere Länder gemessen. Israelbezogener Antisemitismus kann nicht ausschließlich rechts im politischen Spektrum verortet werden, sondern auch bei Teilen der politischen Linken, für die er ein relevantes Problem darstellt. Darüber hinaus zeigt er sich auch in der gesellschaftlichen Mitte, einschließlich der christlichen Kirchen.

Abschließend benennt Grigat den „Komplex eines **islamischen und islamistischen Antisemitismus**“, welcher sich in Teilen mit den zuvor beschriebenen Formen überschneidet. Er betont die Wichtigkeit, diesen Themenkomplex gesellschaftlich und politisch offen anzusprechen, um ihn nicht der radikalen politischen

Rechten zu überlassen. Derzeit ist zu beobachten, wie von rechts nur auf den linken und islamischen Antisemitismus geschaut wird und von Seiten der Linken nur auf den rechten Antisemitismus. Dabei ist es von besonderer Bedeutung, alle Erscheinungsformen des Antisemitismus ins Auge zu fassen, die verschiedenen Ausprägungen individuell zu beurteilen und auf deren Gefahren und Relevanz hinzuweisen. Insbesondere darf die Kritik an radikalen, islamistischen oder orthodox-konservativen islamischen Erscheinungsformen des Antisemitismus nicht allein der radikalen Rechten überlassen werden, da diese das Thema instrumentalisieren wird um ihre rassistischen Ansichten zu verbreiten. Genaue Zahlen für die Städteregeion liegen laut Stephan Grigat derzeit nicht vor.

„Ich kann Ihnen keine genauen Zahlen zu dieser Form des Antisemitismus in Aachen sagen, aber gesamtgesellschaftlich in Deutschland zeigen alle Umfragen, dass sowohl klassische judenfeindliche Vorstellungen als auch und insbesondere ein israelbezogener Antisemitismus in einem islamisch geprägten Milieu deutlich stärker ausgeprägt sind als in der sonstigen Gesellschaft. Es geht hier um ein real vorhandenes Problem, vor dem man keinesfalls die Augen verschließen darf, und das gleichzeitig nicht dazu verwendet werden darf, eine rassistisch motivierte Fremdenfeindlichkeit zu propagieren.“ (Stephan Grigat)

Ursachen für die herrschenden antisemitischen Narrative

Antisemitismus ist laut Stephan Grigat immer eine Form der Krisenbewältigung. Dabei muss es sich nicht um konkrete und greifbare Krisen (z. B. Wirtschaftskrisen) handeln, entscheidend ist, dass durch das Individuum etwas als krisenhaft wahrgenommen wird.

„Ganz allgemein würde ich sagen, dass Antisemitismus eine Art Unfähigkeit ist, mündig und selbstreflexiv auf gesellschaftliche Krisensituationen, Ambivalenzen und Widersprüchlichkeiten zu reagieren. Neben gesellschaftlichen Krisen sind hier auch individuelle Krisen zu nennen.“ (Stephan Grigat)

Diese beiden Krisenarten werden auf jüdische Menschen, das Judentum und inzwischen sehr häufig auf den jüdischen Staat Israel übertragen, wobei das

¹⁴² Jenny Hestermann, Roby Nathanson, Stephan Stetter (Hg.): Deutschland und Israel heute: Zwischen Verbundenheit und Entfremdung, Gütersloh 2022, S. 28, Abb. 14.

Thema Israel mit dem Nahostkonflikt in einen politischen Konflikt eingebettet ist, der wiederum stark durch antisemitische Perspektiven geprägt ist. In diesem Falle muss es darum gehen, diesen Konflikt zu analysieren und der Öffentlichkeit fundiertes historisches Wissen zum Nahostkonflikt zu vermitteln.

Regionale Bewegungen und Ereignisse in Bezug auf Antisemitismus in der jüngsten Zeit

Da das Centrum für Antisemitismus- und Rassismusstudien (CARS) zum Zeitpunkt des Gesprächs mit Stephan Grigat noch keine Erhebungen in Bezug auf Antisemitismus in der Region durchgeführt hatte, waren diesbezüglich keine fundierten Aussagen möglich. Mit Sicherheit ließ sich zu diesem Zeitpunkt jedoch sagen, dass Gruppierungen aus den zuvor erwähnten politischen Spektren auch in der StädteRegion Aachen existieren, darunter zahlenmäßig sehr kleine neonazistische Gruppen, arabisch- und türkisch-nationalistische Gruppierungen wie die Grauen Wölfe, aber auch islamische und islamistische. Abschließend müssen noch Solidaritätskundgebungen genannt werden, bei denen offen israelbezogene antisemitische Parolen gerufen wurden sowie Kundgebungen aus dem Milieu der sogenannten „Querdenker“ und Maßnahmenkritiker_innen im Kontext der Coronapandemie. Auch hier gab es zum Zeitpunkt der Drucklegung keine detaillierten Zahlen.

Stephan Grigat sprach die dringende Empfehlung aus, auf von Antisemitismus betroffene Menschen – etwa in der jüdischen Gemeinde in Aachen - zuzugehen, sie nach ihren Erfahrungen zu befragen und sie dadurch mit in den Diskurs einzubeziehen. Darüber hinaus weist er auf die bundesweite und auch in NRW bestehende Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) hin, die konkrete antisemitische Vorfälle auch in der StädteRegion Aachen dokumentiert und darüber hinaus auch als Meldestelle fungiert.

Konkrete Schritte und Maßnahmen seitens der Verwaltung für ein wirksames Engagement gegen Antisemitismus

Bei der Bekämpfung von Antisemitismus sieht Stephan Grigat mehrere Punkte. Im ersten Schritt muss eine Grundlage durch entsprechende Erhebungen und

Untersuchungen auf lokaler Ebene geschaffen werden, um die Situation vor Ort besser einschätzen zu können. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, mit den unmittelbar Betroffenen zu sprechen und mit den relevanten Institutionen wie der RIAS aber auch anderen zu kooperieren.

Zwei Aspekte sind für den Kampf gegen Antisemitismus und dessen Eindämmung entscheidend. Zunächst sollte es um Bildung und Aufklärung gehen. Wenn sich Antisemitismus, wie bereits dargestellt, unter anderem aus der Unfähigkeit von Menschen ergibt, einen angemessenen, selbstreflexiven und mündigen Umgang mit gesellschaftlichen Krisen zu finden, sollten Menschen genau dazu befähigt werden, um das Entstehen entsprechender Denkmuster zu verhindern.

„Theodor W. Adorno, ein wichtiger Vertreter der Kritischen Theorie in der Antisemitismusforschung, hat das „Erziehung zur Mündigkeit“ genannt. Und diese „Erziehung zur Mündigkeit“ möchte ich als Handlungsempfehlung sehr stark machen. Eine Erziehung zur Mündigkeit, die möglichst viele Menschen in die Lage versetzt, dass zumindest die Wahrscheinlichkeit, dass sie mit antisemitischen oder auch rassistischen Projektionen auf Krisen reagieren, deutlich verringert wird, halte ich für entscheidend.“ (Stephan Grigat)

Bei der Planung von Maßnahmen ist zugleich ein Bewusstsein hinsichtlich der „Grenzen der Aufklärung“ – eine für die Antisemitismuskritik Theodor W. Adornos und Max Horkheimers zentrale Formulierung – von Bedeutung. Denn bei Personen mit einem geschlossenen antisemitischen Weltbild, die dem verschwörungsideologischen Mythos einer sogenannten „jüdischen Weltverschwörung“ anhängen, erschöpfen sich die Möglichkeiten von Bildungs- und Aufklärungsarbeit.

In diesen Fällen müssen staatliche und nicht-staatliche Akteure rote Linien ziehen. Insbesondere im Kontext der Bildungsarbeit – nicht zuletzt im Kontext Schule – ist das Aufzeigen klarer Grenzen beim Thema Antisemitismus von zentraler Bedeutung. Zugleich fühlen sich nicht wenige Lehrkräfte mit dem Thema Antisemitismus überfordert. So ist das Wort „Jude“ quer durch alle Schulformen eine gängige Beleidigung, worauf

sehr viele Lehrkräfte mit Hilflosigkeit oder Verharmlosungen reagieren. Dabei ist es gerade hier wichtig, sich eindeutig zu positionieren und unmissverständlich klar zu machen, dass solche Äußerungen inakzeptabel sind und Konsequenzen nach sich ziehen müssen.

„Das gilt auch in Bezug auf den israelbezogenen Antisemitismus, wird aber hier besonders schwierig. Es fehlt bei vielen Lehrkräften an Wissen, insbesondere über den Nahostkonflikt, um den es dabei aber – wie vermittelt auch immer – sehr häufig auch geht.“ (Stephan Grigat)

Daher ist es unerlässlich, Lehrkräften entsprechende Fortbildungen zum Thema Nahostkonflikt und Antisemitismus anzubieten und auf breiter Ebene durchzuführen. Generell muss in diesem Bereich noch viel nachgeholt werden. Auch Bildungsformate mit geflüchteten Menschen, die aus dem Nahen Osten stammen und nicht selten eine von Ablehnung geprägte Haltung gegenüber Israel mitbringen, können sehr gut funktionieren. Grigat zufolge nehmen diese Menschen weit häufiger als allseits angenommen wird das vermittelte Wissen zum Nahostkonflikt an und übernehmen damit neue und ihnen bis dahin unbekanntere Sichtweisen.

„Gerade im Bereich des israelbezogenen Antisemitismus hilft Bildung bis zu einem gewissen Punkt sehr, und gleichzeitig ist das einer der Bereiche, bei dem auch die Grenzziehung gegenüber inakzeptablen Äußerungen sehr eindeutig sein muss.“ (Stephan Grigat)

Empfehlungen zur Vertiefung

Stephan Grigat (Hg.): Kritik des Antisemitismus in der Gegenwart: Erscheinungsformen – Theorien – Bekämpfung. Baden-Baden: Nomos 2023
<https://www.nomos-shop.de/nomos/titel/kritik-des-antisemitismus-in-der-gegenwart-id-114237/>

Kompetenznetzwerk Antisemitismus

Das Kompetenznetzwerk Antisemitismus ist ein Zusammenschluss aus fünf Institutionen mit Expertise in der Antisemitismusprävention, der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit sowie der Dokumentation und Analyse antisemitischer Vorfälle. Es unterstützt

von Antisemitismus betroffene Personen sowie Akteure aus Bildung, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Die Netzwerkseite bietet fundierte Informationen zu Bildungs- und Beratungsangeboten, Materialien, Veranstaltungen, Initiativen usw.

Kompetenznetzwerk Antisemitismus:

<https://kompetenznetzwerk-antisemitismus.de/>

Netzwerkpartner:

Anne Frank Zentrum e. V. (www.annefrank.de)

Bildungsstätte Anne Frank e. V.

(www.bs-anne-frank.de)

Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e. V. (RIAS)

(www.report-antisemitism.de/rias-bund)

Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment (ZWST e. V.) (www.zwst-kompetenzzentrum.de)

Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus KIGa e. V. (www.kiga-berlin.org)

Amadeo Antonio Stiftung

Die Internetseite der Stiftung bietet zahlreiche aktuelle Informationen und Publikationen zum Themenfeld Antisemitismus.

<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/antisemitismus/>

Action Kit gegen israelbezogenen Antisemitismus: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/actionkit-israelbezogener-antisemitismus/>

Antisemitismus - einfach erklärt: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/antisemitismus-einfach-erklart/>

Was ist israelbezogener Antisemitismus? <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/faltblatt-was-ist-israelbezogener-antisemitismus/>

Schule ohne Rassismus Schule mit Courage

Themenfeld Antisemitismus: <https://www.schule-ohne-rassismus.org/themen/antisemitismus/>

Centrum für Antisemitismus- und Rassismusstudien (CARS)

Das CARS ist am Standort Aachen der Katholischen Hochschule (katho) NRW verortet. Die Internetpräsenz bietet zahlreiche „Working Papers“ sowie Weiterbil-

dungsangebote, Workshops und Veranstaltungshinweise:

<https://katho-nrw.de/forschung-und-transfer/forschungsinstitute/centrum-fuer-antisemitismus-und-rassismusstudien-cars>

Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs)

Die ibs ist im NS-Dokumentationszentrum Köln angesiedelt. Zu finden sind hier verschiedene Qualifizierungs- und Beratungsangebote sowie Handreichungen zum Umgang mit Antisemitismus an Schulen: <https://museenkoeln.de/ns-dokumentationszentrum/default.aspx?s=463>

Das Städtenetzwerk ECCAR

Die StädteRegion Aachen arbeitet außerdem im Rahmen der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR) in der Arbeitsgruppe "Combat Antisemitism" mit (vgl. S. 35).

Gemeinsam mit über 20 Städten arbeitet die StädteRegion in dieser Arbeitsgruppe an konkreten Umsetzungen und Hilfen im Rahmen der komplexen Anforderungen an die kommunale Auseinandersetzung mit Antisemitismus. Ziel ist es, "Best-practice"-Beispiele auszuarbeiten und die kommunale Arbeit gegen Antisemitismus weiterzuentwickeln und voranzutreiben.

9 | Schluss

Der vorliegende Bericht zeigt, wie sehr rassistische und extremistische Tendenzen auch in der StädteRegion Aachen vorkommen. Umso wichtiger ist es, dieses bestehende Problem ernst zu nehmen und nicht zuzulassen, dass Hass, Hetze und Intoleranz unsere Gesellschaft spalten. Extremistische sowie autoritäre Einstellungen, Parteien und Regierungen gefährden weltweit den nationalen und internationalen Frieden.

Abschließend ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir als Bewohner_innen und Mitarbeiter_innen in der StädteRegion Aachen zusammenstehen und handeln, um Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus effektiv zu bekämpfen. Dieses Handlungskonzept bietet einen umfassenden Ansatz, der auf Prävention, Bildung, sozialer Teilhabe und politischem Engagement basiert.

Indem wir die Ursachen dieser Ideologien verstehen und ihnen aktiv entgegenwirken, können wir eine inklusivere und gerechtere Gesellschaft schaffen, in der Vielfalt und Toleranz geschätzt werden. Jede_r ein-

zelne von uns hat eine Verantwortung, sich gegen Hass und Diskriminierung einzusetzen, sei es in unserem persönlichen Umfeld oder im öffentlichen Diskurs.

"Wir wissen nicht, aber wir können es ahnen, wie viele Menschen sich in Erkenntnis ihrer wachsenden Unfähigkeit, die Last des Lebens unter modernen Verhältnissen zu ertragen, sich willig einem System unterwerfen würden, das ihnen mit der Selbstbestimmung auch die Verantwortung für das eigene Leben abnimmt."

Zitat von Hannah Arendt (1906 - 1975), jüdische politische Theoretikerin und Publizistin



10 | Literaturverzeichnis

Aachener Nachrichten (2021): Die Ergebnisse der Bundestagswahl in der Städtereion Aachen. (https://www.aachener-nachrichten.de/lokales/bundestagswahl-2021-ergebnisse-in-der-staedtereion-aachen_aid-Jaschke,62141821, Stand 12.10.2021).

Adorno, Theodor (2019): Aspekte des neuen Rechtsradikalismus. Berlin: Suhrkamp Verlag.

Aikins, J. K./ Bremberger, T./ Gyamerah, D./ Aikins, M. (2022): Afrozensus – Intersektionale Analysen zu Anti-Schwarzem Rassismus in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg): <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/schwarz-und-deutsch-2022/506172/afrozensus/> (Stand 12.07.2023).

Aikins, M./ Zeit Online (2021): Rassismus in der Medizin – „Rassismus im Gesundheitswesen wird schlimmstenfalls verleugnet“. <https://www.zeit.de/gesundheit/2021-12/rassismus-gesundheitssystem-schwarze-menschen-arzt-muna-aikins> (Stand 18.01.2023).

Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg., 2022): Antisemitismus einfach erklärt – einfache Antworten auf grundlegende Fragen. Cottbus.

Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg. 2022): Begriffe, Trends und Dauerbrenner der Verschwörungsideologien. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/verschwoerungsmuethen-und-antisemitismus/begriffe-trends-und-dauerbrenner-der-verschwoerungsideologien/> (Stand 29.06.2023).

Amadeu-Antonio-Stiftung (Hrsg. 2022): Internet: Wie reagieren „Querdenken“-Szene und AfD auf den Mord von Idar-Oberstein? <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/internet-wie-reagieren-querdenken-szene-und-afd-auf-den-mord-von-idar-oberstein-75431/> (Stand 07.08.2022).

Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg., 2014): Kritik oder Antisemitismus – Eine pädagogische Handreichung zum Umgang mit israelbezogenem Antisemitismus. Berlin.

Anti-Defamation League/ Global 100 (o. J.): <https://global100.adl.org/map>. (Stand 13.03.2023).

Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS, o. J.): Diskriminierungserfahrungen im Zusammenhang mit der Corona-Krise. https://www.antidiskriminierungsstelle.de/DE/was-wir-machen/projekte/Corona/Corona_node.html (Stand 12.12.2022).

Back Up – Come Back - Westfälischer Verein für die offensive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus e. V. (Hrsg., o. J.): Hashtags & Hakenkreuze – Rechtsextreme Propaganda und Radikalisierung im Netz. Dortmund.

Becker, U (2020): Islamischer Antisemitismus. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.): Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Antisemitismus, Band 8. Jena, S. 74–85.

Bergmann, Werner (2016): Geschichte des Antisemitismus. Verlag C. H. Beck. München.

Bertelsmann Stiftung (2015): Religionsmonitor. Verstehen was verbindet. Sonderauswertung Islam – die wichtigsten Ergebnisse im Überblick. (Gütersloh: <https://bit.ly/1XVjA0H>)

Bieri, Prof. Dr. Peter (2005): Wie wäre es, gebildet zu sein? Pädagogische Hochschule Bern.

Blume, Dr. M. (2019): Antisemitismus steckt in allen Verschwörungsmythen. <https://www.deutschlandfunkkultur.de/religionswissenschaftler-michael-blume-antisemitismus-100.html> (Stand 12.02.2023).

Brumlik, Micha (2019): Antisemitismus. In: Hafenecker, Benno/ Unkelbach, Katharina/ Widmaier, Benedikt (Hrsg.): Rassismuskritische politische Bildung. Frankfurt a. M.: WOCHENSCHAU Verlag.

Bundesarbeitskreis Politik – Gesellschaft – Umwelt im Deutschen Volkshochschul-Verband e. V. (2017): Volkshochschule als Ort der Demokratie. Bonn.

Bundesamt für Verfassungsschutz (2019): Antisemitismus im Islamismus. www.verfassungsschutz.de/publikationen (Stand 17.02.2023).

Bundesfachnetz Gesundheit & Rassismus (o. J.): Rassismus in der Medizin. <https://www.gesundheit-und-rassismus.de/rassismus-in-der-medizin> (Stand 15.03.2023). Essen.

Bundeskriminalamt (BKA, 2021): Politisch motivierte Kriminalität – rechts- (https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKrechts/PMKrechts_node.html, Stand 17.10.2021).

Bundeskriminalamt (BKA, 2023): Verfassungsschutzbericht 2022 vorgestellt: Zahl der extremistischen Straftaten auf Höchststand. (<https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2023/pressemitteilung-2023-4-vs-b-2022.html>, Stand 29.06.23).

Bundesministerium des Inneren und für Heimat (2022): Verfassungsschutzbericht 2021. Berlin/ Bonn.

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (2021): Rassismus im Gesundheitswesen. In: Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin in Niedersachsen e. V. (03/ 2021): impulse für Gesundheitsförderung. Hannover.

Bundeszentrale für politische Bildung (2020): Rechtsextremistische und rechtsterroristische Gewalt in Europa. (<https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/324955/rechtsextremistische-und-rechtsterroristische-gewalt-in-europa/>, Stand 05.07.2023).

Bundeszentrale für politische Bildung (2022): AfD als Verdachtsfall eingestuft. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/taegliche-dosis-politik/505958/afd-als-verdachtsfall-eingestuft/> (Stand 02.02.2023).

Butterwegge, Caroline/ Butterwegge, Christoph (2021): Kinder der Ungleichheit – wie sich die Gesellschaft ihrer Zukunft beraubt. Frankfurt a. M.: Campus Verlag GmbH.

Can, H. (2013): Empowerment aus der People of Color-Perspektive – Reflexionen und Empfehlungen zur Durchführung von Empowerment-Workshops gegen Rassismus. Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales/ Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LDAS, Hrsg.). Berlin.

Centrum für Antisemitismus- und Rassismusstudien (CARS, o. J.): <https://katho-nrw.de/forschung-und-transfer/forschungsinstitute/centrum-fuer-antisemitismus-und-rassismusstudien-cars> (Stand 07.03.2023).

Decker, Oliver/ Brähler, Elmar: Leipziger Autoritarismus Studie 2020 – Autoritäre Dynamiken – Allte Ressentiments – neue Radikalität. Gießen: Psychosozial Verlag.

Fereidooni, Karim/ Medal, El (2017): Rassismuskritik und Widerstandsformen. Heidelberg: Springer VS.

Decker, Oliver/ Brähler, Elmar: Leipziger Autoritarismus Studie 2020 – Autoritäre Dynamiken – Allte Ressentiments – neue Radikalität. Gießen: Psychosozial Verlag.

Demokratie leben! Aachen (Hrsg.) / Klarmann, Michael (2022): Rechte Straftaten in der Region: Entwicklungen im Jahr 2021. <https://www.demokratie-leben-aachen.de/de/aktuelles/detail/taten21> (Stand 17.08.2022). Aachen.

Demokratie leben! Aachen (Hrsg.) / Klarmann, Michael (2022a): Das heterogen Sonderbare: „Reichsbürger“ im Raum Aachen. <https://www.demokratie-leben-aachen.de/de/aktuelles/detail/reichsbuerger> (Stand 29.06.2023). Aachen.

Demokratie leben! Aachen (Hrsg./ Klarmann, Michael (2023): Die Verschiebung des „Postbaren“: AfD kontrolliert Facebook-Gruppen in der Region. <https://www.demokratie-leben-aachen.de/de/aktuelles/detail/FBafd> (Stand 12.07.2023). Aachen.

Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM, 2022): Rassistische Realitäten: Wie setzt sich Deutschland mit Rassismus auseinander? Auftaktstudie zum Nationalen Diskriminierungs- und Rassismonitor (NaDiRa), Berlin.

End, M. (2015): Antiziganismus – Begrifflichkeiten, Forschungsansatz, aktuelle Erscheinungsform. Reinhardt. München.

Endstation Rechts/ Klarmann, Michael (2022): Bewährungsstrafen nach massiver Schändung eines jüdischen Friedhofes. <https://www.endstation-rechts.de/news/bewaehrungsstrafen-nach-massiver-schaendung-eines-juedischen-friedhofes> (Stand 12.10.2022).

Essed, P. (1992): Multikulturalismus und kultureller Rassismus in den Niederlanden. In: Institut für Migrations- und Rassismusforschung (Hrsg.): Rassismus und Migration in Europa. Hamburg: Argument Verlag GmbH, S. 373-387.

Europäische Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR, 2020): Europäische Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR) e. V.. ECCAR Geschäftsstelle c/o Heidelberg (Hrsg.). Heidelberg.

Frei, Nadine/ Schäfer, R./ Nachtwey, O. (2020): Politische Soziologie der Corona-Proteste. <https://osf.io/preprints/socarxiv/zyp3f/> (Stand 13.03.2023). Universität Basel. Basel.

Heinrich Böll Stiftung (o. J.): <https://www.gwi-boell.de/de/intersektionalitaet> (Stand 04.10.2022).

Hufer, K.p. (2016): Klaus-Peter Hufer: „Ich bin überzeugt von der Wirkung und der Bedeutung von Argumenten“. Bundeszentrale für politische Bildung: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/232141/klaus-peter-hufer-ich-bin-ueberzeugt-von-der-wirkung-und-der-bedeutung-von-argumenten/> (Stand 15.03.2023).

IKK Classic (Hrsg., 2022): Vorurteile & Diskriminierung machen krank. – eine rheingold Grundlagenstudie zur Wirkung von Vorurteilen und Diskriminierung im Alltag. Dresden.

Integrationsagenturen NRW (2022): <https://integrationsagenturen-nrw.de/?language=de> (Stand 12.12.2022).

Islamophobia Research and documentation Project –(IRDP 2021): What is islamophobia? (<https://jahrbuch-islamophobie.de/islamophobie/>, Stand 10.11.2021).

Jaschke, Hans-Gerd (Hg., 2001): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder. Westdeutscher Verlag GmbH. Wiesbaden.

Kemmesies, U./ Wetzels, P./ Austin, B./ Büscher, C/ Dessecker, A./ Grande, E./ Rieger, D. (2022): MOTRA Monitor 2021. MOTRA Verlag. Wiesbaden.

Keskinkilic, Ozan Zakariya (2019): Was ist antimuslimischer Rassismus? Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Bonn.

Klarmann, Michael (2022): Rechts der Union in der Städtereion Aachen: Einige Jahre im Rückspiegel. Ohne Verlag. Aachen

Klöck, Tilo (1998): Solidarische Ökonomie und Empowerment. AG Spak Bücher. Neu-Ulm.

Kraft, D./ Oertel, B./ Rada, U./ Tikhomirova, A. (2023): Osteuropa – Impulse für die Bildungsarbeit. Durch das Netzwerk Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage (Hrsg.).

Küpper, Beate/ Zick, Andreas (2007): Antisemitismus in Deutschland und Europa. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/30329/antisemitismus-in-deutschland-und-europa/> (Stand 29.06.2023).

Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus Nordrhein Westfalen (LKS NRW, 2022): Integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus (Stand 01.02.2023). Düsseldorf.

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 2023: Europawahl 2024: Wahlprognosen – Umfragen. <https://www.europawahl-bw.de/wahlprognosen-europawahl#c88228>. (Stand 27.07.2023).

Landtag Nordrhein-Westfalen (2022): Kleine Anfrage 6385 der Abgeordneten Verena Schäffer Bündnis 90/ DIE GRÜNEN. Drucksache 17/ 16431. Düsseldorf.

Mayring, Philipp (2011): Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Technik. Weinheim: Verlagsgruppe Beltz.
Mecheril, P./ Castro Varela, M./ Dirim, I./ Kalpaka, A./ Melter, C. (2010): Migrationspädagogik. Beltz Verlag. Weinheim.

Mendel, Meron/ Messerschmidt, Astrid (2017): Fragiler Konsens – Antisemitismuskritische Bildung in der Migrationsgesellschaft. Frankfurt a. M.: Campus Verlag GmbH.

Messerschmidt, Astrid (2009): Weltbilder und Selbstbilder. Nildungsprozesse im Umgang mit Globalisierung, Migration und Zeitgeschichte. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel.

Ministerium des Inneren des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW, 2017): Verfassungsschutzbericht des Landes NRW Über das Jahr 2016. Düsseldorf.

Minkenberg, M. (2008): Rechtsextremismus. In: Nohlen, D./ Grotz, F. (2008): Kleines Lexikon der Politik. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn.

Mobile Beratung Köln gegen Rassismus (MBR Köln, 2021): Städteregion Aachen. (<https://www.mbr-koeln.de/vor-ort/staedteregion-aachen/>, Stand 12.10.2021).

Mudde, Cas (2020): RECHTS AUSSEN – „Extreme und RADIKALE RECHTE in der heutigen Politik weltweit“. Bonn: Dietz Verlag.

Neue deutsche Medienmacher (NdM, 2019): NdM-Glossar – Wörterverzeichnis der Neuen deutschen Medienmacher*innen (NdM) mit Formulierungshilfen, Erläuterungen und alternativen Begriffen für die Berichterstattung in der Einwanderungsgesellschaft. Berlin.

Nguyen, Toan Quoc (2014): Offensichtlich und zugedeckt – Alltagsrassismus in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung. (<https://www.bpb.de/dialog/194569/offensichtlich-und-zugedeckt-alltagsrassismus-in-deutschland>, Stand 17.11.2021).

Panagiotidis, J./ Petersen, H.- C. (2022): Rassismus gegen Weiße? Für eine Osterweiterung der deutschen Rassismusdebatte. <https://geschichtedergegenwart.ch/rassismus-gegen-weise-fuer-eine-osterweiterung-der-deutschen-rassismusdebatte/> (Stand 30.08.2022).

Pfahl-Traughber, Prof. Dr. A. (2011a): Islamismus – was ist das überhaupt?. <https://www.bpb.de/themen/islamismus/dossier-islamismus/36339/islamismus-was-ist-das-ueberhaupt/> (Stand 26.07.2023).

Pfahl-Traughber, Prof. Dr. A. (2011): Antisemitismus im Islamismus. <https://www.bpb.de/themen/islamismus/dossier-islamismus/36356/antisemitismus-im-islamismus/> (Stand 12.02.2023).

Poppe, T. (2021): Kampf um die Fanprojekte. <https://www.deutschlandfunk.de/bundesliga-kampf-um-die-fanprojekte-100.html> (Stand 17.10.2022).

Rensmann, Lars (2018): Antisemitismus in bewegten Zeiten – Zur kritischen Relevanz des Konzepts in Wissenschaft und demokratischer Praxis. Center for International Relations Research (Hrsg.).

Rieger, D./ Frischlich, L./ Rack, S./ Bente, G. (2020): Digitaler Wandel, Radikalisierungsprozesse und Extremismusprävention. In: Ben Slama, B./ Kemmesies, U. (Hrsg., 2020): Handbuch Extremismusprävention. Wiesbaden.

Rommelspacher, Birgit (2009): Was ist eigentlich Rassismus? In: Mecheril, Paul/ Melter, Claus: Rassismuskritik: Band 1: Rassismustheorie und -forschung (Politik und Bildung). Frankfurt a. M.: Wochenschau Verlag.

Ronzheimer, Paul (2021): Kurz über eingewanderten Islamismus: ich will diese kranke Ideologie nicht in Europa. (<https://m.bild.de/wa/ll/bild-de/unangemeldet-42925516.bildMobile.html>, Stand 10.11.2021).

Spiegel Politik (2023): Fälle extremer Gewalt gegen Juden erreichen Höchststand. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/antisemitismus-in-deutschland-faelle-extremer-gewalt-gegen-juden-erreichen-hoechststand-a-1ce73796-8286-4806-aa21-3f6681e54237> (Stand 29.06.2023).

StädteRegion Aachen (Hrsg., 2018): Handlungskonzept gegen Rechteextremismus und Rassismus für die StädteRegion Aachen. <https://www.staedteregion-aachen.de/de/navigation/aemter/kommunales-integrationszentrum-a-46/integration-als-querschnittsaufgabe/nrweltoffen-lokale-handlungsstrategien-gegen-rechts-extremismus-und-rassismus> (Stand 07.07.2022). StädteRegion Aachen.

StädteRegion Aachen (o. J.): Netzwerk Integration. <https://bportal.staedteregion-aachen.de/staedteregion-a-z/-/egov-bis-detail/dienstleistung/11032/show> (Stand 14.10.2022). Aachen.

Statista 2023: Stimmenanteile rechtspopulistischer Parteien bei den letzten Wahlen in ausgewählten europäischen Ländern bis 2022. (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/941937/umfrage/stimmenanteile-rechtspopulistischer-parteien-in-europa/>, Stand 10.07.2023)

Stöss, R. (2010): Rechtsextremismus im Wandel. Friedrich Ebert Stiftung. Berlin.

Tagesschau 2019: Deutschland: Europawahl 2019. <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2019-05-26-EP-DE/index.shtml> (Stand 27.07.2023).

Völkel, B./ Pacyna, T. (Hrsg., 2017): Neorassismus in der Einwanderungsgesellschaft – eine Herausforderung für die Bildung. transcript. Bielefeld.

Wegweiser – gemeinsam gegen Islamismus (2022): Wegweiser in der Region Aachen. https://www.aachen.de/de/stadt_buerger/gesellschaft_soziales/wegweiser_aachen/angebot.html (Stand 17.10.2022). Aachen.

Yigit, N./ Can, H. (2006): Die Überwindung der Ohnmacht – Politische Bildungs- und Empowerment-Arbeit gegen Rassismus in People-of-Color-Räumen – das Beispiel der Projektinitiative HAKRA. In: Elverich, G. (2006) / Kalpaka, A./ Reindlmeier, K. (Hrsg., 2006): Spurensicherung. IKO. Frankfurt a.M. S. 167-193.

Yilmaz, Güney (2021): Die Anderen der Anderen – Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus in Deutschland heute. In: Mansour, Ahmad (2020): Solidarisch sein!: Gegen Rassismus, Antisemitismus und Hass. Frankfurt am Main: Fischer VS.

Jenny Hestermann, Roby Nathanson, Stephan Stetter (Hg.): Deutschland und Israel heute: Zwischen Verbundenheit und Entfremdung, Gütersloh 2022, S. 28, Abb. 14.

Herausgeberin

StädteRegion Aachen
Der Städteregionsrat
A 46 | Kommunales Intergrationszentrum
Trierer Straße 1
52078 Aachen

Telefon + 49 241 5198 0
E-Mail info@staedteregion-aachen.de
Internet www.staedteregion-aachen.de

Verantwortlich Verena Mohnen
Redaktion/Text Verena Mohnen
Gestaltung/Druck StädteRegion Aachen, Druckerei
Bezeichnung A46/Handlungskonzept 08.23
Bilder ©JuliaDorian - stock.adobe.com

Stand

Oktober 2023

StädteRegion Aachen

Der Städteregionsrat
Postanschrift
StädteRegion Aachen
52090 Aachen

Telefon + 49 241 5198 0
E-Mail info@staedteregion-aachen.de
Internet staedteregion-aachen.de

Mehr von uns auf

